Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Klassenkampf erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark, durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druckerei: Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 12 Pf für den mm Höhe u. Spalte; 70 Pf im Textteil. Manuskripte sind zu richten nach Halle (Saale), Postschließfach 1. Fernsprecher: Redaktion: 21047, Verlag: 21047, Druckerei: 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle; Friedmann & Co., Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1065 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, 30. Januar 1929 | 9. Jahrgang • Nr. 25

preußische Handelsminister Dr. Schreiber erklärt den Erwerbslosen:

„Wir haben weder Arbeit noch Brot für Euch!"

Abgleitende Konjunktur — Erschütterte Stabilisierung — Der Krieg als Lösung?

Ueber drei Millionen Erwerbslose

(WTB.) Berlin, 29. Januar.

Auch in der ersten Hälfte des Januar ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen nicht unerheblich gestiegen. Die besonders große Zunahme der männlichen Unterstützten läßt darauf schließen, daß ein wesentlicher Teil der Steigerung auf das Ausscheiden der Außenberufe zurückzuführen ist. Daneben machen sich aber auch die Wirkungen der abgleitenden Konjunktur bemerkbar.

Die Zahl der Unterstützten in der Arbeitslosenversicherung belief sich am 15. Januar auf 2 029 000 gegenüber 1 702 000 am 31. Dezember 1928. Die Steigerung in diesen 14 Tagen umfaßt also rund 327 000 Personen (19 Prozent), und zwar haben die männlichen Hauptunterstützten um 238 000 (21,4 Prozent), die weiblichen um 29 000 (9 Prozent) zugenommen. In diesen Ziffern sind die Hauptunterstützten in der Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit mitbestellt.

In der Krisenunterstützung befanden sich im Berichtszeitpunkt rund 138 000 Hauptunterstützungsempfänger, das sind rund oder 8,7 Prozent mehr als am 31. Dezember. Von der Zunahme entfallen rund 3000 Personen oder 8,4 Prozent auf weibliche Unterstützte und 2000 oder 10 Prozent auf weibliche.

Die amtlichen Zahlen über die Erwerbslosigkeit geben bekanntlich nur die Unterstützungsberechtigten an. Die unmittelbar große, ständig wachsende Zahl der Nicht- oder nicht mehr Unterstützungsberechtigten wird überhaupt nicht gezählt. Man geht insgesamt weit über drei Millionen Erwerbslose gibt. Man geht man nicht zu hoch, wenn man feststellt, daß es in Wirklichkeit insgesamt weit über drei Millionen Erwerbslose gibt. Es kommen noch die 55 000 sächsisch-thüringischen Textilarbeiter hinzu, die von den Unternehmern ausgesperrt worden sind, dann wird die Zahl noch größer. Die Zahl der nicht mehr unterstützungsberechtigten wird in den nächsten Tagen besonders deswegen steigen, weil viele Hunderttausende Saisonarbeiter, durch den Verrat der SPD.-Führer nur sechs Wochen lang Unterstützung bekommen, jetzt ausgesteuert werden.

Die obige WTB.-Meldung möchte die Tatsache, daß ein großer Teil der Erwerbslosigkeit auf die Wirkungen der abgleitenden Konjunktur zurückzuführen ist, abschwächen. Das gelingt nicht. Diese Tatsachen sind denn doch zu offensichtlich. Sie waren sogar den preußischen Handelsminister Dr. Schreiber veranlaßt, dem Hauptausschuß des Preußischen Landtages Angaben zu machen, wie morsch und schwankend diese viel gepriesene kapitalistische Stabilisierung tatsächlich ist. So ist nach ihm die Zahl der Konkurse um 40 Prozent gestiegen, die Erwerbslosigkeit um 429 000 Erwerbslose (rund 25 Prozent), die der Kurzarbeiter um 210 000 (rund 170 Prozent) größer als Ende 1927.

Die Auslandsverschuldung hat in den fünf Jahren der Festwährung eine Höhe von 12 Milliarden erreicht und bedingt jährlich eine Milliarde Mark Zinsen. Dazu kommen die Dawes-Lasten! Dann jammert er natürlich über den angeblich zu geringen Kapitalzuwachs der Trustbourgeoisie usw. Und schließlich muß er feststellen:

„Unsere Wirtschaft kann also sehr vielen Volksgenossen nicht Arbeit und Brot geben."

Dieses Wort ist das Eingeständnis des vollkommenen Bankrottes der kapitalistischen Wirtschaft. Es ist das Alarmsignal für die über drei Millionen Erwerbslosen, für die unter schlechten Löhnen arbeitenden Werktätigen — Arbeiter, Angestellten, Beamten — sich in einheitlicher Front zum Kampfe für die Beseitigung dieser kapitalistischen Hungerwirtschaft einzusetzen und unter Führung der Kommunistischen Partei durch den Sturz der Bourgeoisie und die Niederschlagung ihrer Helfershelfer, der sozialdemokratischen Führer, die sozialistische Wirtschaft zu errichten, die allen Menschen Brot und Arbeit geben wird.

Der Kapitalismus versucht eine andere Lösung seiner Schwierigkeiten: Er organisiert neuen Krieg! Er bereitet das größte Geschäft mit Granaten, Tanks, Giftgasen usw. vor. Doch auch der Krieg wird keine Lösung, sondern nur eine Wiederherstellung aller Schwierigkeiten des Kapitalismus im erhöhten Maßstabe bringen.

Die werktätigen Massen selbst tragen die revolutionäre Lösung dieser Schwierigkeiten in ihren Händen: Die Errichtung der Herrschaft der Arbeiter und Bauern und der Aufbau des Sozialismus ist auch in Westeuropa die Aufgabe unserer Generation.

192 Millionen für Kriegsrüstungen

(Eig. Drahtm.) Berlin, 30. Januar.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß der Etat, den der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding dem Reichstag vorgelegt hat, die zweite Rate für den Panzerkreuzer „A" in der Höhe von 13,2 Millionen Mark enthält. Das ist aber nur die einzige Ausgabe, die im Etat für Marineneubauten vorgesehen sind. Insgesamt sind in diesem Etatsjahr für Marineneubauten 192 Millionen vorgesehen. Die 192 Millionen Mark setzen sich im einzelnen aus folgenden Positionen zusammen:

Für das laufende Jahr sind 27 Millionen eingesetzt, außerdem sieht der Etat weitere 87,4 Millionen Mark vor, die für den Angriff genommenen Neubauten beansprucht werden und ratenweise in den nächsten Etats erhoben werden sollen. In diesen beiden Positionen sind noch 57,5 Millionen enthalten, die für das Jahr 1928 angesetzt waren.

Trotzki wird ausgewiesen!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 30. Januar.

Wie die „Rote Fahne" erfährt, steht die Ausweisung Leo Trotzkis aus der Union der Sowjetrepubliken bevor. Trotzki hat die Möglichkeit, mit seiner Familie einen Aufenthaltsort außerhalb des Gebietes der Sowjetrepubliken zu wählen.

Die ausgeschlossenen Trotzkisten haben, wie bereits vor einigen Tagen mitgeteilt wurde, in letzter Zeit offen und bewußt den Weg des aktiven Kampfes gegen die proletarische Diktatur den Weg der illegalen konterrevolutionären Tätigkeit gegen die Sowjetmacht beschritten. Sie bekämpfen nicht nur die bolschewistische Partei, sondern den Arbeiterstaat als solchen. Dabei arbeiten sie nicht nur ideologisch-politisch, sondern auch organisatorisch und konspirativ mit offenen Klassenfeinden des Proletariats zusammen. Die gesamte Wirksamkeit der illegalen Truppe unter Leitung Leo Trotzkis, insbesondere ihre Versuche zur Zersetzung in der Roten Armee, ihre gegenrevolutionäre Streikpropaganda in den Betrieben, ihre sowjetfeindliche Aktion unter dem Bauerntum, unterscheidet sich durch nichts mehr von der Tätigkeit der Weißgardisten und Menschewisten.

Die Ausweisung Trotzkis aus der Sowjetunion ist daher ein notwendiger Akt der revolutionären Selbstverteidigung, eine unerläßliche Maßnahme im Interesse des bolschewistischen Staates. Die internationale Arbeiterschaft wird diesen Schritt vollkommen billigen. Trotzki kehrt in die bürgerlich-kapitalistische Welt zurück, die seinen Kampf gegen die Bolschewiki seit jeher begrüßt hat. Er verläßt das Land der siegreichen Revolution, deren Fahne er verraten hat.

Die Kampflinie unserer Partei

Die Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPD., die am 24. und 25. Januar tagte, faßte eine Reihe außerordentlich wichtiger Beschlüsse für die Parteiarbeit im bevorstehenden Zeitabschnitt. Die gesamte Parteimitgliedschaft muß die Beschlüsse des Plenums, die wir in den nächsten Tagen veröffentlichen, sorgfältig studieren und zur Richtschnur für die praktische Arbeit nehmen.

Der Inhalt der Tagung wurde auf allgemeinpolitischem Gebiet durch die neuesten Symptome der wachsenden Kriegsgefahr, durch die sowjetfeindliche Wehrpolitik des deutschen Imperialismus, durch die Verschärfung der proletarischen Wirtschaftskämpfe, die wachsende Erwerbslosenbewegung und die bevorstehenden Betriebsrätewahlen bestimmt. Die innerparteiliche Lage wird durch die Beschlüsse des EKKI., den Offenen Brief an die KPD. vom 19. Dezember, durch den Ausschluß der rechten Liquidatoren und die Notwendigkeit des verstärkten Kampfes gegen die opportunistische Versöhnlergruppe gekennzeichnet.

Die Tagesordnung des Plenums umfaßte die politische Lage und die Aufgaben der Partei, Gewerkschaftsfragen und Betriebsrätewahlen, Offener Brief der Komintern und innerparteiliche Lage, Aufgabe der Frauenarbeit, Einberufung des Reichsparteitages.

Das Zentralkomitee faßte seine Beschlüsse auf Grund einer eingehenden marxistischen Analyse der ökonomischen und politischen Entwicklung in Deutschland seit dem 6. Weltkongreß. Es beleuchtete die wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit im Rahmen der internationalen Situation. Die fünf Monate, die seit dem Weltkongreß vergangen sind, lieferten den stärksten Beweis dafür, daß die Einschätzung der dritten Periode durch die Komintern vollständig richtig ist. Die politische Resolution des ZK. nimmt daher die grundlegenden Merkmale dieser Periode zum Ausgangspunkt für die Kennzeichnung der objektiven Lage und für die Bestimmung unserer Taktik in Deutschland.

Eine ganze Kette bedeutsamer Erscheinungen der internationalen Politik weist auf die beschleunigte Vorbereitung des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion, auf die Verschärfung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten, aber auch auf das Wachstum der revolutionären Weltkräfte (Festigung der Sowjetunion, Radikalisierung des Weltproletariats, internationale Streikwelle, Aufschwung der revolutionären Bewegungen in den Kolonien) hin.

Die neueste Gestaltung der Wirtschaftslage in Deutschland zeigt sterung. Die Beschlüsse des ZK. ziehen sowohl die zweifellosen Stabilisierungserfolge der deutschen Bourgeoisie auf ökonomischem Gebiet, als auch das Anwachsen der krisenhaften Erscheinungen in Rechnung. Die Eigenart der kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands besteht darin, daß die gesteigerten Produktivkräfte mit wachsender Schärfe in Widerspruch zu der beschränkten Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes und zu der erschwerten Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt gelangen. Diese Widersprüche werden durch die Milliardenbelastung Deutschlands mit Reparationszahlungen und Auslandsschulden, durch das Fehlen von Kolonien und die relative Schwäche der Militärmacht außerordentlich verschärft. Das deutlichste Zeichen für die Krisenerscheinungen in der Wirtschaft ist die strukturelle Erwerbslosigkeit von 3½ Millionen Arbeitern und die sprunghafte Zunahme der Kurzarbeit.

Die deutsche Bourgeoisie wird durch die Verschärfung der Lage zu zwei Methoden einer gewaltsamen Lösung gezwungen: imperialistische Kriegspolitik nach außen, Generaloffensive des Unternehmertums gegen das Proletariat im Innern. Diese beiden Hauptwege der bürgerlichen Politik sind durch die immanenten Widersprüche der kapitalistischen Stabilisierung, durch die Besonderheiten der dritten Periode unausweichlich vorgezeichnet.

Das ZK unterstrich die reaktionäre Neuorientierung der Sozialdemokratie, die als leitende Partei der Koalitionsregierung zum entscheidenden Kampfwerkzeug des deutschen Imperialismus gegen die Arbeiterklasse wird. Die linke Sozialdemokratie, deren verräterische Tätigkeit gegenwärtig eine erhöhte Bedeutung gewinnt, ist ein unentbehrliches Hilfswerkzeug für die Verwirklichung der bürgerlichen Politik.

Das wichtigste Moment des Klassenkampfes in der gegenwärtigen Situation, das „Kettenglied", das die Kommunisten mit ganzer Kraft vorwärtsreißen müssen, um ihre revolutionären Aufgaben zu erfüllen, sind die proletarischen Wirtschaftskämpfe, die in ganz Deutschland entbrennen. Die sozialen Auseinandersetzungen an der Ruhr und an der Wasserkante, die nur den Auftakt für weitere gewaltige Kämpfe bilden, signalisieren die Tatsache, daß die Voraussetzungen für einen neuen revolutionären Aufschwung der deutschen Arbeiterbewegung heranwachsen. Die Radikalisierung der Hauptmassen der deutschen Arbeiterschaft, der Beginn ihres Uebergangs auf die Seite der revolutionären Bewegung findet in diesen Kämpfen ihren stärksten Ausdruck. Die Verschärfung des Klassenkampfes verringert die Manövrierfähigkeit der Sozialdemokratischen Partei und schafft

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290130-19/fragment/page=0001

die günstigsten Bedingungen für ein außerordentliches Wachstum des kommunistischen Einflusses und der Kommunistischen Partei.

Während sich das Schwergewicht der Sozialdemokratie immer mehr auf die bestochene Arbeiteraristokratie, auf die Arbeiterbureaukratie der Hindenburg-Republik, auf die Kleinbourgeoisie verschiebt, kämpft die Kommunistische Partei um die Eroberung der organisierten Arbeitermassen, um die Führung von Millionen ungelernter Arbeiter, um die Einbeziehung der Unorganisierten, um die Revolutionierung neuer Schichten des Proletariats, der Frauen, der Jugendlichen, um die Formierung frischer Kampftruppen, die zum entscheidenden in die rote Klassenfront einrücken.

Unter diesem Gesichtspunkt der revolutionären Gesamtpolitik und ihrer konkreten Bedingungen in der gegenwärtigen Situation — dem einzigen Gesichtspunkt, der für eine leninistische Partei gilt — bestimmte das Zentralkomitee die Linie unserer Gewerkschaftspolitik. Das Januarplenum vollzog in der Gewerkschaftsfrage eine bedeutsame Wendung, die sich mit höchster Folgerichtigkeit aus den Beschlüssen des 4. RGI.-Kongresses und des 6. Weltkongresses ergibt. Die Erfahrungen des Ruhrkampfes bereicherten das Arsenal der Arbeiterklasse um eine ganze Reihe positiver Lehren.

Die Partei muß der Frage der Unorganisierten verzehnfachte Aufmerksamkeit zuwenden, ohne dabei ihre Arbeit innerhalb der Gewerkschaften auch nur im geringsten abzuschwächen. Sie muß die Kampfleitungen und Streikkomitees, die aus der Schöpferkraft der Massen geboren und durch die richtige Politik der Kommunisten entwickelt wurden, in den kommenden Kämpfen ausbauen und festigen. Das Wesen unserer neuen Taktik in den Wirtschaftskämpfen besteht darin, daß die Partei gemeinsam mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition die selbständige Führung der proletarischen Massen übernimmt und ihrem Kampfwillen organisatorische Formen verleiht. Die Betriebsrätewahlen, die im ganzen Reiche auf der Tagesordnung stehen, haben in der gegenwärtigen Situation weit größere Bedeutung, als in früheren Jahren. Unsere Taktik in den Betriebsrätewahlen steht in engem Zusammenhange mit unserer Taktik im Ruhrkampf, deren Fortsetzung sie bildet. Die Verschärfung des Klassenkampfes, die Radikalisierung der Massen verpflichtet die Kommunisten zu einer weit entschlosseneren selbständigeren und kühneren Politik, zu einem rücksichtslosen Angriff auf den Reformismus als bisher. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition wird für demokratische Betriebsrätewahlen, für Aufstellung der Kandidaten in Belegschaftsversammlungen und Erweiterung der freigewerkschaftlichen Listen zu einheitlichen Listen der Organisierten und Unorganisierten kämpfen. Sie wird sich dabei keinesfalls dem Diktat der Reformisten unterwerfen oder die bureaukratische Vergewaltigung des Willens der Gewerkschaften zulassen.

Das Zentralkomitee arbeitete eine ganze Reihe praktischer Aufgaben auf den Gebieten des politischen Kampfes aus. Alle seine Beschlüsse in den Fragen der Wehrpolitik, des Kampfes gegen Reformismus und Koalitionsregierung, gegen Zoll- und Steuererhöhungen, gegen Kulturreaktion und bürgerliche Sozialpolitik, in den Fragen der Erwerbslosenbewegung und der Gewerkschaftstaktik werden durch die beiden Hauptlosungen der gegenwärtigen Etappe bestimmt: Verteidigung der Sowjetunion gegen die imperialistische Kriegsgefahr! Revolutionäre Führung der proletarischen Wirtschaftskämpfe!

Gerade um diese Grundfragen unserer Politik wird gegenwärtig der innerparteiliche Kampf gegen die opportunistischen Richtungen der Liquidatoren und Versöhnler geführt.

In seiner Resolution zum Offenen Brief des EKKI. zog das Zentralkomitee die Bilanz des Kampfes mit den rechten Liquidatoren. Die Gruppe Brandler-Thalheimer, deren Hauptführer aus der Partei ausgeschlossen wurden, spielt immer offener die Rolle einer neuen Agentur des Reformismus in der Arbeiterbewegung, die an der Seite der Sozialdemokratie ihren Kampf gegen den Kommunismus richtet. Nachdem die Liquidatoren alle ideologischen Grundläge des Kommunismus verleugnen, nachdem sie das Programm und die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale verlassen haben, gehen sie, genau wie die Trotzkisten, den Weg des Verrats an der Revolution bis zu Ende. Die Partei muß diese menschewistischen Feinde, diese offenen Opportunisten zerschlagen und vernichten, so wie sie es mit dem Trotzkismus getan hat.

Die Gruppe der Versöhnler, deren Einfluß in der Parteimitgliedschaft immer mehr zusammenschrumpft, vollzog auf der Tagung des Zentralkomitees einen weiteren Schritt nach rechts. Sie stellte den politischen Beschlüssen des Plenums eine eigene Kampfplattform entgegen, die in den wichtigsten Fragen von der Parteilinie abrückt.

Die Versöhnler wiederholen und vertiefen ihre früheren Fehler in der Einschätzung der kapitalistischen Stabilisierung in der dritten Periode. Sie verwandeln die relative Stabilisierung faktisch in eine feste und starke, während sie die Verschärfung des Klassenkampfes und die Radikalisierung der Massen unterschätzen.

Besonders gefährlich ist die Rechtsschwenkung der Versöhnler in den Fragen des imperialistischen Krieges und der Verteidigung der Sowjetunion. Sie erblicken den Mittelpunkt und das Schwergewicht der imperialistischen Politik nicht in der Vorbereitung des Interventionskrieges, sondern in der Gefahr eines Krieges zwischen den Imperialisten, besonders eines englisch-amerikanischen Krieges. So kommen sie zu einer völlig falschen Auffassung der Rolle des deutschen Imperialismus und der Reparationsfrage. Sie schreiben in ihrer Plattform:

„Der wichtigste Abschnitt des Kampfes gegen die Kriegsgefahr in Deutschland muß gegenwärtig auf eine breite Massenpropaganda der Partei mit dem Ziele gerichtet sein, daß die Pariser Reparationsregelung zur Verschärfung der imperialistischen Gegensätze und zur Steigerung der imperialistischen Kriegsgefahr führen muß."

Dieser Standpunkt ist vollkommen falsch. Der wichtigste Abschnitt des Kampfes gegen die Kriegsgefahr in Deutschland ist gegenwärtig die revolutionäre Mobilisierung der Massen gegen den sowjetfeindlichen Interventionskrieg. Die zentrale Losung unserer Partei ist die Verteidigung der Sowjetunion. Die Reparationsfrage ist vor allem ein Hebel zur Einbeziehung Deutschlands in die Interventionsfront, ein Mittel zur Beschleunigung des Krieges der vereinigten Imperialisten gegen die Sowjetunion.

Indem die Versöhnler die Aufmerksamkeit der Partei und der Arbeiterklasse von der Interventionsgefahr auf die kriegerischen Zusitzungen innerhalb des imperialistischen Lagers ablenken, indem sie die sowjetfeindliche Politik der deutschen Bourgeoisie unterschätzen, schwächen sie den Kampf der Partei zur Verteidigung der Sowjetunion. Der Vertreter der französischen Partei, der an den Beratungen unseres Zentralkomitees teilnahm, erklärte in seiner Rede mit vollem Recht:

„Die Hauptkriegsgefahr ist die des Krieges gegen die Sowjetunion. Wenn man die Reden der Versöhnler in der deutschen Partei hört, so bleibt aus ihrer Einschätzung der Kriegsgefahr nur eine solche Folgerung zu ziehen: die Verteidigung der Sowjetunion als zentrale Aktionslosung zu streichen."

Ebenso falsch und gefährlich ist die Stellung der Versöhnler zu den Wirtschaftskämpfen und zur Gewerkschaftsfrage. Sie unterschätzen die Bedeutung der proletarischen Massenkämpfe, verkennen die Revolutionierung der Arbeiterklasse. Darum lehnen sie die neue Gewerkschaftstaktik der Partei ab.

Der opportunistischen Haltung der Versöhnler in den Grundfragen unserer Politik entspricht die Verschärfung ihres innerparteilichen Kampfes gegen die Linie und die Beschlüsse der Komintern. Der „Zwei-Fronten-Krieg", den sie in der Partei führen — ein Krieg von Generalen ohne Truppen —, bedeutet in Wirklichkeit die beharrliche Unterstützung der ausgeschlossenen Liquidatoren und den entschlossenen Kampf gegen die Partei.

Loebes Hausknechtspolitik gegen die Erwerbslo

Die Reichstagstribünen bleiben für Erwerbslose gesperrt — Scharfe Protestaktion der K

(Eig. Ber.) Berlin, 29. Januar.

Da der Reichstagspräsident Loebe seine Maßnahme gegen die kommunistische Fraktion und die Erwerbslosen nicht aufgeben hatte, protestierte die kommunistische Fraktion am Dienstag in der von ihr gesperrten Zuhörertribünenstiftung des Reichstags gegen Loebes Polizeiaktion und verlangte deren sofortige Aufhebung. Loebe verteidigte seine Maßnahme und erklärte, sie nicht rückgängig zu machen, wenn nicht von den Kommunisten eine Erklärung vorliege, daß sie derartige Demonstrationen in Zukunft nicht mehr organisieren und unterstützen würden. Die Vertreter der kommunistischen Fraktion, die Genossen Torgler und Stoecker, lehnten eine derartige Erklärung selbstverständlich ab. Die provozierende Maßnahme Loebes sei nur darauf gerichtet, den Reichstag vor dem Elendsruf der Erwerbslosen zu schützen.

Die kommunistische Fraktion lehne es ab, die Demonstrationen der Erwerbslosen zu mißbilligen und irgendwelche Loyalitätserklärungen abzugeben. Sie betone erneut, daß sie mit den Erwerbslosen in engster Verbindung stehe und eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin sehe, sich mit aller Energie für die Interessen der Erwerbslosen einzusetzen. Loebe irre sich, wenn er glaube, mit derartigen Maßnahmen die Stimme der Erwerbslosen im Reichstage unterdrücken zu können. Die übrigen Parteien billigten dann die Haltung Loebes.

Darauf unternahm die kommunistische Fraktion dann sofort bei Beginn der Plenarsitzung des Reichstags einen erneuten Vorstoß. Genosse Torgler beantragte das Wort zur Geschäftsordnung und begründete einen Antrag auf Freilassung des im Anschluß an eine Erwerbslosenversammlung in Berlin verhafteten kommunistischen Abgeordneten Blenkle, die er als Fortsetzung der von Loebe gegen die Erwerbslosen eingeleiteten Aktion [illegible] Als Genosse Torgler auf diesen Zusammenhang zu [illegible] entzog ihm Loebe unter stürmischen Protestrufen der [illegible] Fraktion das Wort und lehnte es sogar ab, den Antrag [illegible] nis zu nehmen. Sofort verlangte Genosse Stoecker [illegible] und stellte noch einmal die Zusammenhänge zwischen [illegible] nahmen Loebes und der Verhaftung des Genossen Blenkle [illegible] verlangte die sofortige Abstimmung auf Enthaltung [illegible] neten Blenkle. Da die gesamte kommunistische Fraktion [illegible] schen Protestrufen ihren Unwillen gegen die Maßnahme [illegible] kundgab, sah sich Loebe nunmehr endlich gezwungen, die [illegible] dieses Antrages zuzulassen. Allerdings sprang ihm hier [illegible] immer in solchen Fällen — der deutschnationale [illegible] Schulz (Bromberg) zu Hilfe und beantragte Ueberweisung [illegible] Antrages an den Geschäftsordnungsausschuß. Gegen den [illegible] Protest der kommunistischen Fraktion wurde diese Ueberweisung beschlossen.

In der Weiterberatung des vom Bürgerblock [illegible] Steuervereinheitlichungsgesetzes sprach [illegible] bürgerlichen Abgeordneten, die dem Gesetz ihre [illegible] entgegenbrachten, Genosse Höllein für die Kommunisten.

Die Verschärfung der Massennot soll ihre Rückwirkung [illegible] Verwirklichung der Steuergrundsätze im Steuervereinheitlichungsgesetz und der Pläne zur Deckung des Finanzdefizits im [illegible] Erörterung der Lohnerhöhungen als Antwort [illegible] Steuerpläne des Bürgerblocks wird die Parole der Kommunistischen Partei sein, wird der Kampfruf sein, mit dem die Kommunistische Partei die Massen aufrufen wird.

Blutige Gummiknüppelhiebe für Erwerbslo

in Frankfurt a. d. Oder

Die Frankfurter Erwerbslosen hielten am vergangenen Mittwoch eine Versammlung ab mit anschließender Demonstration vor dem Rathaus, um ihren Forderungen, die dort von einer Delegation vorgetragen wurden, Nachdruck zu verleihen. Der reaktionäre Oberbürgermeister Kinne ließ auf Befürwortung des Sozialdemokraten Brandes die kommunale Polizei scharfmachen mit der Parole, den Marktplatz abzusperren und eventuell zu räumen.

Als der Zug der Erwerbslosen mit Transparenten, wie „Wir wollen Arbeit!" oder „Wir wollen keine Almosen, sondern Arbeit!" in die Nähe des Marktplatzes kam, wurde er in einer schmalen Straße von einem Ueberfallkommando abgefangen. Das Polizeiauto raste mitten in die Menge hinein und nun ereignete sich eine der brutalsten, rücksichtslosesten Gummiknüppelattacken, die jemals dagewesen ist. Wahllos wurde geschlagen, Straßenpassanten, die sich gerade dort befanden und nicht weiterkonnten, wurden einfach niedergeschlagen. Der zusammengedrängten Masse bemächtigte sich angesichts der Wehrlosigkeit eine gewisse Panikstimmung. Die Arbeiter, die in der vorderen Reihe waren, wehrten sich, da sie einfach nicht zurückkonnten, verzweifelt gegen die wütenden Gummiknüppelhiebe, bis einer nach dem anderen niedergeschlagen zu Boden sank. Ja, auf die am Boden Liegenden wurde mit Füßen und Knüppeln weitergedroschen. Die Autorität war mit blutbespritzten Gummiknüppel wieder behauptet. Das Frankfurter Proletariat fordert Genugtuung ob solcher Brutalität.

In der Stadtverordnetensitzung lehnte mittlerweile die sozialdemokratische Fraktion als Preisfechter der Reaktion die von der kommunistischen Fraktion gestellten Anträge [illegible] Erwerbslosen in Einheitsfront mit den Deutschnationalen [illegible] Frankfurter Erwerbslosen werden der SPD. und der [illegible] Reaktion die Antwort nicht schuldig bleiben.

Erwerbslosenkonferenz in Ostsachsen

Kampfbeschlüsse

Am 26. Januar kamen in Dresden die Erwerbslosen [illegible] gierten des Kreises Ostsachsen zusammen. Die Konferenz [illegible] gut besucht. 89 Delegierte vertraten zirka 150 000 Erwerbslose. Alle Industriezweige waren vertreten. Trotz der [illegible] reformistischen Gewerkschaftsführer war unter den Delegierten [illegible] Reihe von SPD.-Genossen. Ueber 90 Prozent waren [illegible] gewerkschaftlich organisiert. Ein guter Kampfgeist beherrschte [illegible] Konferenz und alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. [illegible] sammelten Delegierten forderten im Auftrag von zirka 150 000 Erwerbslosen Ostsachsens im Reichstag die Erfüllung [illegible] derungen und gelobten, mit den schärfsten Mitteln dieselben zu kämpfen. Eine Resolution, die die kämpfenden Textilarbeiter grüßt, sie der Solidarität der Erwerbslosen versichert und [illegible] werbslosenbewegung des Kampfbündnisses zwischen Arbeitslosen und den erwerbstätigen Arbeitern betont, wurde [illegible] falls einstimmig angenommen.

Diese Politik wird durch leere Worte und Beteuerungen des „Kampfes gegen rechts" nur notdürftig maskiert.

Die gewaltige Mehrheit des Zentralkomitees hat den Standpunkt der Versöhnler gegen fünf Stimmen abgelehnt.

Die Partei hat eine klare Kampflinie bezogen. Sie muß mit größter Energie ihre neuen revolutionären Aufgaben erfüllen. Die Beschlüsse des Januarplenums bilden die Grundlage, auf der der Parteitag vorbereitet werden muß. Die vorhandenen Mängel müssen mit Hilfe einer ernsten Selbstkritik beseitigt, die Aktivität der Mitgliedschaft durch die Erweiterung der Parteidemokratie gehoben werden.

Die Partei geht in geschlossenen Reihen, mit gefestigten Kadern und einer richtigen Taktik an die positive Arbeit.

Der Gesundheitszustand der Notstandsarbeiter

Die „Fürsorge" des Reichsarbeitsministers

Der Reichsarbeitsminister hat, veranlaßt durch die häufig vorgekommenen Erkrankungen Arbeitsloser, die zu Notstandsarbeiten herangezogen werden, sich an die zuständigen Stellen gewandt und ersucht, Arbeitslose erst nach sorgfältiger Prüfung ihrer körperlichen Eignung zu Notstandsarbeiten heranzuziehen. Wo Zweifel bestehen, soll nach Möglichkeit ein ärztliches Zeugnis über die Verwendungsfähigkeit eingeholt werden. Auf diesem Wege soll die durch Erkrankungen von Notstandsarbeitern hervorgerufene außergewöhnliche Belastung der Krankenkassen herabgemindert werden.

Zweierlei ist an dieser Meldung recht interessant. Erst einmal bestätigt es die von uns so oft vertretene Theorie, daß unterernährte und ungenügend gekleidete Menschen, also Arbeitslose, vielleicht krank werden als Menschen, die in guten sozialen Bedingungen leben. So sind z. B. viel mehr Arbeiter gruppenweise Bourgeois. Und von den Arbeitern sind es wieder die Erwerbslosen und Notstandsarbeiter, die am meisten an Grippe heimgesucht werden.

Wie „führend" ist aber doch die Sorge unseres Reichsarbeitsministers um die Notstandsarbeiter! Ordnet er nicht an, daß ihrer Verwendung „sorgfältig ärztlich untersucht werden müssen? Herz, was willst Du noch?

Dieses rührende Interesse für die Notstandsarbeiter legt der Reichsarbeitsminister aber nur an den Tag, damit — die Krankenkassen nicht so stark belastet werden. Mögen die Notstandsarbeiter krank werden und krepieren, das ist ihm gleichgültig. Aber nicht daran, sie z. B. mit wasserdichten Schuhen, warmen Anzügen auszustaffieren oder für genügende Nahrung zu sorgen. Da hört eben die „Fürsorge" auf.

Noch 20 000 Textilarbeiter ausgesperrt

(Eig. Meldg.) Berlin, 29. Januar.

Die Textilindustriellen haben in der vergangenen Woche 35 000 Textilarbeiter aufs Pflaster geworfen. Jetzt haben auch die westsächsischen Textilindustriellen beschlossen, noch im Laufe dieser Woche sämtliche Betriebe in Chemnitz stillzulegen und dadurch weitere 20 000 Textilarbeiter auszusperren. Wenn diese Aussperrung durchgeführt ist, stehen 55 000 Textilarbeiter im Kampf gegen die Textilgewaltigen. Die Textilarbeiter müssen diesen neuen Vorstoß des Unternehmertums mit der Bildung von selbstgewählten Kampfleitungen beantworten.

Arbeiterinnen im Streik

gegen Akkordabbau und Mehrarbeit

(Eig. Meldg.) Reuß, 29. Januar.

Hier stehen 130 Arbeiterinnen und Arbeiter der Bindegarnfabrik (Harvester & Co.) im Streik. Sie haben das Verlangen der Direktion, in Zukunft 10 Bindegarnmaschinen statt wie bisher 8 zu bedienen, abgelehnt. Auch eine Verschlechterung der Akkordregelung war der Anlaß für den Streik.

Es ist bezeichnend, daß die Harvester Unternehmer ihren Angriff zunächst gegen die Arbeiterinnen richten. Sie glauben, bei diesen auf den geringsten Widerstand zu stoßen und alsdann ihren Angriff gegen die übrige Arbeiterschaft führen zu können. Durch die Herstellung der einheitlichen Kampffront muß dieser Unternehmerplan durchkreuzt werden.

Schutz dem Steuerbüttel!

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags verhandelte am [illegible] die §§ 169 bis 171 des neuen Strafgesetzbuches.

Nach § 169 soll die öffentliche Aufforderung zur Auflehnung [illegible] die Gesetze mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bedroht sein. [illegible] Alexander zeigte, wie nah dieser Bestimmung die Aufforderung zum Massenstreik strafbar werden kann. [illegible] der § 258 des Entwurfs will den Streik in lebensmittelverarbeitenden Betrieben mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft wissen.

Der Antrag der Kommunisten auf Streichung des [illegible] graphen wurde von allen anderen Parteien abgelehnt.

Der § 170 stellt die Aufforderung zur Steuerverweigerung [illegible] Steuerstreik unter Gefängnisstrafe. Der „linke" Kurt [illegible] machte sich hier zum Befürworter der Massenausplünderung [illegible] die Steuern der Trustbourgeoisie. Für die Kommunisten [illegible] Streichung auch dieser Vorschrift fordern, zeigten die [illegible] Jadasch und Alexander, daß mit Strafbestimmungen [illegible] Steuerstreiks nicht aus der Welt zu schaffen seien, es kommt [illegible] mehr darauf an, durch eine Agrar- und Steuerpolitik, die [illegible] essen der kleinen Bauern und Pächter nicht den Interessen [illegible] Junker opfert, sondern sie gegen die Junker schützt, die [illegible] Bauern von den Großgrundbesitzern zu trennen.

Faschisten holen sich blutige Köpfe

Aus Chemnitz wird uns gemeldet: Die Limbacher Reichsbannersozialisten hatten sich für Sonntag 150 Hakenkreuzler [illegible] herangeholt und demonstrierten in provokatorischer Weise [illegible] licht durch die Straßen des proletarischen Limbach. [illegible] Faschistenaufmarsch demonstrierten die Arbeiter, an [illegible] nierten Zug sich die Faschisten nicht heranwagten. [illegible] dafür harmlose proletarische Straßenpassanten und die [illegible] der Hakenkreuzler benahm sich wie Vieh und benutzte [illegible] Waffen abgerissene Fahnenstangen.

Als der Demonstrationszug der Arbeiter diese Provokation [illegible] hielten es die Arbeiter für ihre Pflicht, den überfallenen [illegible] Einwohnern zu Hilfe zu kommen, und etwa 60 Proletarier [illegible] mit ihren Arbeiterfäusten der Straßenschlacht der 200 [illegible] raschen Ende. Bei diesem Kampf wurde ein Genosse schwer [illegible] Die hinzugekommende Polizei mußte feststellen, daß der Ueberfall [illegible] den Faschisten inszeniert worden war.

Der Reparationssachverständigen-Ausschuß tritt am 11. [illegible] zusammen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290130-19/fragment/page=0002

...ungsvertrag zwischen Deutschland und der USSR.

(Eig. Meld.) Berlin, 29. Januar.

...n diesen Tagen in Moskau abgeschlossene Schlichtungs-...chen Deutschland und der Sowjetunion wird im Wort-...ichtet. Gegenüber den fieberhaften Rüstungen der ...Länder gegen die proletarische Diktatur betont ...n durch diesen Akt erneut in demonstrativer Weise ...ebenspolitik, um weiterhin dem sozialistischen ...zur Stärkung der proletarischen Diktatur zu fördern. ...ein Teil der bürgerlichen Presse, wie die „Kölnische ...das Abkommen über das Schlichtungsverfahren begrüßt, ...die sozialdemokratische Presse auch bei dieser Ge-...legenheit der unerschütterlichen Weise gegen den ersten ...ter in der Welt. Nachdem das „Ham-...rd Bauernblatt der Vossischen Zeitung ...Echo" in gerade zu niederträchtiger Weise die wirklichen ...des Vertrages entstellt, versucht nun auch der „Vorwärts" ...diesen Schlichtungsvertrag einen anderen Sinn ...Der Abend-„Vorwärts" hebt hervor, daß regelmäßige ...der Schlichtungskommission vorgesehen sind, und zwar ...wöchentlich um die Mitte des Jahres, und erblickt darin „eine ...Mißtrauensvotum". Alle Werktätigen wissen, daß die ...sich nie an der imperialistischen Organisation des ...beteiligen wird, noch dessen Entscheidungen für sich ...anerkennt und es ist deshalb eine böswillige und gehässige ...des „Vorwärts", diesen Akt den Werktätigen als ...Mißtrauensvotum zu diskreditieren.

„Vorwärts" jammert darüber, daß in diesem Vertrag die ...Anspruch zur endgültigen Beschlußfassung über Meis-...Arbeitsbeiten fehlt und betont, „Moskau wolle so wenig ...und Washington die Entscheidung übernationaler In-...treffen". Das ist richtig. Nur sind die Bewegründe ...die proletarischen Diktatur ganz andere, wie ...imperialistischen Räuberstaaten. Die siegreichen russischen ...und Bauern werden niemals ihre Interessen sogenann-...nationalen Instanzen zur Entscheidung überlassen. Die ...Zeitung des „Vorwärts"-Leuten folgende Lektion: „Wir ...bereit, die feindseligen und böswilligen Behauptungen ...daß die USSR. angeblich jegliche Art der friedlichen ...von Konflikten zwischen uns und anderen Staaten ab-...Diese Behauptungen wurden von der uns feindlichen ...und sozialdemokratischen Presse gern kolportiert. Die ...daß die Sowjetunion das Schlichtungsprinzip ...und den kapitalistischen Ländern ablehnt, da es ja ...neutrale und unvoreingenommene Richter zwischen ...gegenüber und einem bürgerlich-kapitalistischen Staat geben ...Ursache wird . . . als Verzicht auf jegliches Mittel ...Beilegung von Konflikten ausgelegt . . . Der Ab-...deutsch-sowjetrussischen Schlichtungs-...ist die beste und schlagendste Antwort auf alle diese ...und böswilligen Behauptungen."

...wird die sozialdemokratische Presse und der „Vorwärts" ...alle wirklichen Absichten der Sowjetunion weiterhin ...um ein giftige Atmosphäre gegen die USSR. ...und damit faktisch die Kriegsabsichten der Imperialisten ...

...hat geht das daraus hervor, daß der „Vorwärts" über ...Vertrag spricht, als sei er mit einer solchen Heimlichkeit ...worden, wie ein Militärbündnis, und die Vermu-...nahe, wieder einmal von einer deutschen „Intrigue" zu ...Damit meint der „Vorwärts" die Presse Englands, ...und befürchtet eine wesentliche Verschlechterung der ...zu diesen Ländern. Diese Ausführungen des „Vor-...enthüllen die ganze bodenlose Gemeinheit der ...sozialistischen Führer im Kampfe gegen die siegreiche ...russische Diktatur.

Samoilowitsch fährt nach Rom

...Samoilowitsch, der Flieger Tschuchnowski ...Schiffsarzt des „Krassin", Grenecki, sind Montag nach ...eingetroffen. Die Untersuchungsausschuß Material über die ...Flieger zu geben. Besonders wichtig werden die Angaben ...über die Schuld Nobiles an dem Tode des ...Malmgreen sein.

General Max Hoffmann bei den Notenfälschern

(Eig. Drahtm.) Berlin, 30. Januar.

1927 wurde bekanntlich ein Versuch ausgedeckt, ungeheure Mengen gefälschter russischer Banknoten in Umlauf zu setzen, um die sowjetrussische Währung zu schädigen.

Diese Aktion ging aus von einem Konsortium georgischer Konterrevolutionäre sowie Münchener und Frankfurter Anhängern der deutsch-völkischen Richtung, dahinter der Präsident der Royal Dutch, Deterding, der Nationalsozialist Böhle, in dessen Buchhandlung in Frankfurt 24 Ztr. gefälschter Banknoten beschlagnahmt wurden. Es wurden neben dem Georgier Sadathiarschwili und dem Ingenieur Weber aus München der Buchdruckereibesitzer Schneider und Hofrat D. Ruckette verhaftet, aber bald wieder auf freien Fuß gesetzt.

Wie jetzt bekannt wird, spielt in der Aktion eine Hauptrolle der berüchtigte Antibolschewist General Max Hoffmann, der im Sommer 1926 mit zwei Mitgliedern des georgischen Verschwörerkomitees nach London floh, um mit Deterding über die finanzielle Unterstützung des georgischen Komitees zu verhandeln.

Die freigelassenen Notenfälscher haben die Zeit benutzt, um alle Spuren zu vernichten, um eine weitere Untersuchung unmöglich zu machen. Seit einigen Monaten sind in London, Paris und konterrevolutionären Kreisen in Moskau Photographien der staatsanwaltschaftlichen Akten zum Kauf angeboten worden.

Die Akten sind seinerzeit nach München zeitweise abgegeben worden und wurden dort antibolschewistischen Kreisen in die Hände gespielt.

Haussuchungen wegen Groeners Denkschrift

(Eig. Meld.) Berlin, 29. Januar.

In Berlin fanden heute vormittag in den Räumen der Z.-N.-Korrespondenz auf Anordnung des Oberreichsanwalts eine Haussuchung statt. Kriminalpolizei sucht nach Unterlagen für das Landesverratsverfahren gegen Urbekannt durch die Uebermittlung der Groener-Denkschrift an die englische Zeitschrift. Ebenfalls fand eine Haussuchung statt in den Räumen „Das andere Deutschland". Einige Akten wurden beschlagnahmt.

Die Zersetzung im „Lenin-Bund" geht weiter

Ein Mitglied des Lenin-Bundes, das jetzt ebenfalls seinen Wiedereintritt in die KPD. erklärt hat und noch am 25. Januar an einer Mitgliederversammlung des Lenin-Bundes in Neukölln teilnahm, berichtet der „Roten Fahne" folgendes über die Zustände in der trotzkistischen Organisation:

Der Uebertritt Bartels zur SPD. erfolgte mit einem so plötzlichen Sprung, daß die Mitglieder des Lenin-Bundes wie vor den Kopf geschlagen waren. Es wurde mitgeteilt, daß Bartels deshalb zur SPD. überlief, weil ihm der Lenin-Bund nicht das verlangte Gehalt zahlen wollte. Vorher erhielt Bartels 300 Mark. Eine Gehaltserhöhung von 50 Mark wurde abgelehnt. Daraufhin erklärte er, daß er sich dann eben umsehen müsse, ob er woanders mehr bekomme. Daraus ist zu ersehen, welchen Preis die SPD. für den Uebertritt Bartels vom Lenin-Bund zur SPD. gezahlt hat. Sicherlich wird Bartels bereits als Spezialredakteur zur Bekämpfung der Kommunisten in der „Vorwärts"-Redaktion angestellt sein.

Daß auch andere Führer des Lenin-Bundes die Absicht haben, zur SPD. überzutreten, beweisen die Ausführungen eines Diskussionsredners, der dagegen polemisierte, daß Theo Kögler als neuer Redakteur vorgeschlagen sei und vorschlug, daß an Stelle von Kögler Jonny Riechen, Hamburg, der Redakteur des „Volkswillens" zur Bekämpfung der KPD. werden soll. Das ist deshalb erklärlich, da vielen Mitgliedern des Lenin-Bundes bekannt ist, daß Kögler im Innern seines Herzens schon längst der Auffassung ist, der Lenin-Bund habe keine Existenzberechtigung und man müsse sich doch früher oder später einmal der großen Arbeiterpartei SPD." anschließen. Dazu paßt auch die Aeußerung eines Schwenk, der in der Diskussion erklärte, die SPD. sei ihm immer noch lieber, als die jetzige KPD. Diese Leute wissen genau, es ist eine Illusion, zu glauben daß man die unzufriedenen Elemente in der SPD. und die aus der KPD. ausgetretenen oder ausgeschlossenen in einer neuen Arbeiterpartei sammeln könne.

So nimmt der Zersetzungsprozeß im Lenin-Bund seinen Fortgang. Auf Bartels folgt Kenzler, folgen werden Kögler und viele andere. Daß dies der Fall, beweist auch die Diskussion über die Zuschrift eines Mitgliedes des Lenin-Bundes in der „R. F." vom 20. Januar, die sehr ernsthaft diskutiert wurde. Niemand bestritt die Richtigkeit der Angaben. Im Gegenteil: es wurde betont, daß die aufgezeigten Mißstände absolut zutreffend geschildert sind. Der Referent Müller forderte die Mitglieder auf, daraus die Lehre zur verstärkten Aktivität zu ziehen. Auf Grund dieses Briefes sollen jetzt überall Mitgliederversammlungen einberufen werden, um die Aktivität und das Interesse der wenigen Mitglieder zu steigern. Unter anderem ist beabsichtigt, Anfang März in Aachen eine internationale Konferenz der Splittergrüppchen der „Linken" abzuhalten. Aber auch dieser Anzeil wird den Zerfall nicht aufhalten.

Ich habe aus der bisherigen Arbeit des Lenin-Bundes die Lehre gezogen, zur Partei zurückzukehren, statt den Weg der Verräter um Bartels, Kenzler und Konsorten mitzumachen.

Der Wortlaut des Ausschlusses von Brandler und Thalheimer

(Inprekorr.) Moskau, 29. Januar.

Es wurde folgender Beschluß der zentralen Kontrollkommission der Sowjetunion veröffentlicht:

In Anbetracht dessen, daß Brandler und Thalheimer offen gegen die Beschlüsse des 5. Kongresses und des 6. Kongresses der Kommunistischen Internationale und gegen die Beschlüsse des 4. Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale auftreten, sich geweigert haben, die Fraktionsarbeit einzustellen, die sie, obwohl sie Mitglieder der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sind, nach wie vor in der Kommunistischen Partei Deutschlands führen, und auf Anfrage der zentralen Kontrollkommission der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, ob sie sich den Forderungen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale betreffs der Rechten in der Kommunistischen Partei Deutschlands unterwerfen, im Schreiben vom 18. Januar 1929 erklärt haben, daß sie die Fraktionsarbeit nicht einstellen werden, hat die zentrale Kontrollkommission in der Ueberzeugung, daß ein derartiges Verhalten gegenüber Beschlüssen der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale, sowie die Fortsetzung der fraktionellen parteifeindlichen Arbeit mit der Zugehörigkeit zur Partei unvereinbar sind, beschlossen, Brandler und Thalheimer aus der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auszuschließen.

Ebert und Hindenburg werden von „Evening Standard" ganz richtig als Würger der deutschen Revolution hingestellt, was diese Zeitung natürlich mit besonderer Genugtuung feststellt. Darum schreibt sie auch von der „wunderbaren Wiederherstellung" des deutschen Kapitalismus.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion ängstigt sich um das deutschostafrikanische Kolonialgebiet, dessen Annexion von seiten des englischen Imperialismus befürchtet wird. Deshalb haben die Deutschnationalen eine Interpellation eingebracht, deren Sinn in der Forderung auf größeren Kolonialbesitz des deutschen Imperialismus zum Ausdruck kommt.

Die Zentrumsfraktion billigte das Verhalten ihrer Unterhändler bei den Besprechungen mit Hermann Müller über die Erweiterung der Regierungskoalition, wobei das Zentrum drei Ministersitze fordert und wohl auch auf seine Kosten kommen wird.

...ETROLEUM

ROMAN VON UPTON SINCLAIR

Autorisierte Übersetzung aus dem amerikanischen Manuskript von HERMYNIA ZUR MÜHLEN

Copyright 1927 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50

...ollte über den Film reden, über „Atelier-Probleme", über ...ihnen Personen, ihre Eifersüchteleien und Eitelkeiten, ...und Feindschaften. Bunny heuchelte für all das ...um Sie nicht zu kränken.

...und Sie liebten einander ebenso leidenschaftlich wie früher. ...behaupteten sie es. Aber die geheimnisvolle Chemie ...war an der Arbeit.

...so rücksichtsvoll gewesen, in Bunny keine Eifersucht auf ...zu wecken, nun machte Bunny die ärgerliche Entdeckung, ...er vorsichtig sein mußte. Vi hatte zwei Feindinnen, — ...unbedingt als intime Bekannte behalten wollte. Daß ...sozialistischen Mädchen an der Universität begegnete, war ...aber war es notwendig, daß er mit Rachel zu sozialisti-...Versammlungen ging? Vi war überzeugt, daß Bunny nicht ...seine kleine jüdische Arbeiterin verliebt war, aber sie ...sich vor, was er täte, wenn eine sozialistische Versammlung ...auf einen Premierenabend fiele.

...Ruth Wattins! Natürlich konnte Bunny nicht ein ...Mädchen, ungeübtesten Landmädchen lieben, aber Ruth stellte ...Vi, und Vi kannte genug Männer, um zu wissen, daß eine ...Miene durchsetzt, wenn sie nur genug Zähigkeit besitzt. ...immer wieder das schäbige Mietszimmer der Co-...auf wo er mit Paul Dinne plante, die dem Vater Sorgen ...und zu Unannehmlichkeiten mit Verne und Annabelle ...führten. Vi aber hatte sich schon wegen ihrer Karriere mit ...auf keinen Fall verfeinden. Sie machte Bunny zuerst ...darauf aufmerksam. Da er ihre Worte aber nicht be-...hatte sie immer öfter zu dem Thema zurück, so daß es ...zu Zänkereien wurde. Bunny erinnerte sich an Vis scherz-...Reservierte Aspektion gegenüber: „Es ist fast so arg, wie ...verheiratet waren."

V

...Vater und Verne hatten viel mit Peter O'Reilly zu ver-...die Angelegenheit der neuen Pachten sollte endgültig ...werden. Herr Roß wurde eingeladen, ein Wochenende ...Landsitz des berühmten Mannes zu verbringen. Auch ...der eingeladen, und der Vater meinte, er müsse mitkommen. ...hatte stets insgeheim, daß irgend etwas in dieser „großen ..." ihn immer noch einen gewaltigen Eindruck machte, ...politischen Sohne imponieren würde. „Außerdem," ...einem Grinsen hinzu, „gibt es in der Familie O'Reilly ...heiratsfähigen Alter."

...hatte den „jungen Peter" an der Universität bei Sport-...veranstaltungen kennengelernt und war durch seine Aufmerksam-...worden; war doch Bunny ein „Petroleumsohn", und ...wurden er und der junge Peter — wie heute die beiden ...die Regierung der Vereinigten Staaten beherrschen. Der ...Peter, war ein farbloser Geschäftsmann, der nationale ...seines Vaters hingegen wirkte weit echter: ein alter Irländer, ...mit einem schwerbepackten Maulesel am Zügel durch ...gewandert war. Das war so gegangen, bis der alte ...vierzig Jahre zählte. Er berichtete gerne, wie er nach Angel City gekommen war, um einen Prospekt über seine Petroleumfunde drucken zu lassen. Damals wollte ihm die Druckerei nicht einmal dreißehn Dollars für den Druck kreditieren! Auch heute hätte niemand in ihm den Millionär geahnt; er war schlicht wie ein alter Stiefel, ein liebenswerter, alter Kerl, der sich bei heißem Wetter gerne in Hemdsärmeln hingesetzt hätte, was ihm jedoch nicht gestattet wurde.

Das wahre Haupt der Familie war Frau Peter, die als Tochter eines Vorarbeiters zur höchsten Stellung in der kalifornischen Gesellschaft aufgestiegen war. Eine große, entschlossene Frau, die, wenn sie ein Warenhaus besuchte, sofort zum Abteilungsleiter ging und erklärte: „Ich bin Frau Peter O'Reilly und wünsche, prompt bedient zu werden." Dann verbeugte sich der Abteilungsleiter bis zur Erde, riß drei Angestellte von ihrer Arbeit fort und setzte sie für die große Dame in Trab.

Frau Peter hatte die Architekten gewählt und den königlichen Palast mit dem hohen Bronzezaun erbauen lassen. Sie war es, die den Namen des Besitzers in die Tore hatte eingraveren lassen. Sie hatte die die Jacht eines entthronten europäischen Monarchen erstanden, sie völlig zerlegen und den Ansprüchen eines irisch-amerikanischen Petroleumunternehmers gemäß herrichten lassen: mit sicherkeisichem Walnußholz und blauer Seide; auch hier war der Name des Besitzers auf einem großen Messingschild angebracht.

Jetzt konnte Frau Peter ihre „eleganten Gesellschaftsmanieren" an Herrn Roß und Bunny ausprobieren; ihnen vornehm die Hand reichen und über das kalte Wetter und den frühzeitigen Schneefall in den Bergen sprechen. Die Tochter Patricia übte jenes die Kniffe, die sie von ihrem Direktor gelernt hatte, und Bunny empfand dabei den Wunsch: „Drehen!" zu rufen. Fräulein Patricia O'Reilly war, gleich der Mutter, hochgewachsen mit einer leichten Neigung zum Dickwerden. Deshalb nahm sie Entfettungsmittel ein, die ihr Herz angriffen und ihr ein blasses, aristokratisches Aussehen verliehen. Sie hatte jede ihrer Gebärden und jedes ihrer Worte sorgfältig erlernt, so daß sie ebenso interessant war wie eine französische Puppe. Die Mutter betrachtete mit strahlendem Lächeln Bunny und die Tochter: — sie dachte an eine eventuelle Verbindung der beiden großen Dynastien.

Es waren auch andere Gäste geladen, unter ihnen Dr. Alonzo T. Comper; man konnte sich keinen liebenswürdigeren Menschen vorstellen. Er war darüber entzückt, daß Bunny seine Prüfungen so gut bestanden hatte, entzückt, weil er Herrn Roß eine Gefälligkeit hatte erweisen können, entzückt weil sich der Vater über die Fortschritte seines Sohnes freute. Unter vier Augen machte er einige scherzhafte Bemerkungen über Bunnys rote Malern und erfuhr mit Bestürzung, daß der junge Mann von ihnen noch immer nicht geneesen sei. Er fragte Bunny aus: „Ist es wahr, daß die Roten in Angel City so viele Erfolge zu verzeichnen haben?" Diese furchtbaren Lehren zogen ihn an wie einen Knaben ein unanständiges Buch.

Bunny wohnte der Besprechung zwischen dem Vater und dem alten Peter nicht bei, doch erzählte ihm der Vater darüber auf dem Heimweg. Sie hatten es höllisch schwer; es war denn doch nicht so einfach, eine Regierung zu kaufen, wie sie sich dies vorgestellt hatten. Jeder erwartete etwas, von ganz oben angefangen bis zum letzten Meßengerbox, der einen Brief brachte und zehn Dollars wollte. „Wir stecken aber bereits schon tief drinnen," meinte der Vater, „mich persönlich kostet die Sache schon fast sechshunderttausend Dollars bares Geld, das ist schmerzlich. Jetzt müssen wir es zu Ende führen. Sobald wir die Pachten haben, ist wieder alles in Ordnung."

Es gab zwei besondere Schwierigkeiten: die Marine-Reserve-Grundstücke unterstanden der Kontrolle des Marinedepartements, und es war notwendig gewesen, sie der Kontrolle des Staatssekretärs Crisby zu unterstellen. Da aber ergab sich eine neue Frage: konnte es durch eine einfache Administrationsverfügung getan werden, oder bedurfte es eines Kongreßbeschlusses? Die Beamten schoben die Sache auf die lange Bank, — das war natürlich nur eine Erpressung, diese und jene wollten noch mehr Geld. Der alte Peter hatte seinen Sohn zum „Spicken" nach Washington geschickt. Die zweite Schwierigkeit bestand darin, daß es einer kleinen Petroleumgesellschaft gelungen war, das Sunnyside-Feld zu erwerben, jenes Feld, das der Vater und Verne erhalten sollten, — und daß diese Gesellschaft, alten Pachtrechten zufolge, dort bohrte. Sie mußte hinausgeworfen werden, und zwar unauffällig; irgendwie mußte man sich mit der Presse verständigen. Verne verlangte, daß Herr Roß hinfahre und das Terrain sondiere: vielleicht könne Bunny mitkommen. Sunnyside würde das Wunderpetroleumfeld der Welt; Paradise war nichts dagegen. „Haben wir das einmal sicher," versprach der Vater, „so werde ich mir eine lange Rast gönnen."

VI

Bunny wurde ans Telephon gerufen, ein Ferngespräch aus einer hundert Meilen entfernten Stadt. Eine Krankenpflegerin war am Apparat, richtete Bunny Bertles Bitte aus, er möge zu ihr kommen. Sie sei nicht gefährlich krank, es habe daher keinen Sinn, die Familie zu beunruhigen; er solle nichts sagen. Bunny sprang selbstverständlich sofort in sein Auto und fuhr eilends los. Die Schwester war bei den Normans zu Besuch gewesen, weit fort von der Klinik, wo sie jetzt lag.

Als Bunny anlangte, wurde ihm mitgeteilt, Bertie habe sich einer Blinddarmoperation unterzogen, und es gehe ihr gut. Er wurde in ihr Zimmer geführt. Sie lag im Bett, blaß und müde; Bunny kam sie fast fremd vor, denn er hatte sie noch nie ungeschminkt gesehen. Hier war alles weiß in weiß; Bertie, die ein weißes Seidenhemd trug, lag wie eine Nonne auf den schneeweißen Kissen. Ihre Freude über Bunny rührte ihn. „Hallo Bertie, wie ist denn das gekommen?"

„Ganz plötzlich. Es ging mir recht schlecht, aber jetzt ist alles wieder in Ordnung. Alle waren sehr gut zu mir." Bertie wartete, bis die Pflegerin das Zimmer verlassen und hinter sich die Tür geschlossen hatte, dann heftete sie die müden Augen auf den Bruder: „Wir nennen es Blinddarmentzündung, weil das die übliche Bezeichnung dafür ist, und das werde ich auch dem Vater und Tante Emma sagen. Du aber kannst die Wahrheit wissen, ich war schwanger."

„Guter Gott!" Bunny hatte sie entsetzt an.

„Tu nicht so, Bunny. Du bist doch kein heuriger Hase."

„Wer ist der Mann?"

„Werde nur nicht melodramisch. Das kann jedem passieren."

„Ja aber wer ist es, Bertie?"

„Du mußt eines wissen; es war nicht seine Schuld: ich wollte es."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290130-19/fragment/page=0003

Hallische Tageschronik

Zuchterfolge im Zoo

Zu den jungen Löwen, die kurz vor Weihnachten geboren wurden und inzwischen schon aus dem gröbsten heraus sind, und den kleinen Munjak-Kälbchen hat sich vor einigen Tagen ein kleiner Hava-Affe gesellt. Dieses Affenbaby, das durch seine schwarze Haarfarbe in seltsamem Kontrast zu dem braunen Fell der erwachsenen Tiere steht, hält sich dauernd ängstlich an die Mutter geklammert. Der Vater ist anscheinend auf seinen Sprößling sehr stolz und verteidigt ihn sehr temperamentvoll gegen alle Käfignachbarn und auch gegen das Publikum.

Inzwischen hat sich Seppl, der Schimpanse, dem Zuge der Zeit folgend, einem weiteren Sportzweig zugewandt. In seinem neuen Kleid, das ihm von einer eifrigen Besucherin des Gartens geschenkt ist, versucht er in die Geheimnisse des Dreirad fahrens erfolgreich einzudringen.

Im Suff. Heute nacht um ¼1 Uhr wurde das Ueberfallkommando nach der Leipziger Straße gerufen. Dort hatte ein angetrunkener Mann Wohnungseinrichtungsgegenstände zerschlagen und seine Familienangehörigen bedroht. Der Mann wurde zum Polizeirevier gebracht.

Theater und Konzerte

Potsdämliches im Stadttheater

Erstaufführung: „Die Barberina", Operette von Leo Ascher

Der Geist von Weimar und Potsdam herrscht gegenwärtig in der deutschen Operettenfabrikation! Dem Herrn Wolfgang von Goethe folgt S. M. Friderícus Rex als Operettenheld auf die Bühne! Herz, was begehrst du mehr? Wenn statt des Pfarrhauses von Sesenheim Schloß Mondbijou die Szenerie bildet und die Studentenstatisten von preußischen Garbegrenadieren abgelöst werden, wenn statt des Unschuldslämmleins in der „Friederike", das respektlos seine verdaute Nahrung dem p. t. Theaterpublikо vor die Nasen setzt, einer der Lieblingshunde den „Großen Friedrich" im Schlußbild der „Barberina" tröstet — ja, dann kann man nur noch sagen, daß es hundertprozentig zutrifft, was wir immer betonten: das bürgerliche Theater ist vollständig auf den Hund gekommen!

*

„Die Barberina" nennt sich das Machwerk, für dessen Text Viktor Léon und für dessen Musik — was sich so Musik nennt — Leo Ascher verantwortlich zeichnet. Kaum hatten sich die patriotischen Herzen unserer Monarchisten von der Begeisterung zum Geburtstage Wilhelm Lehmanns etwas erholt, da erhalten sie schon wieder neuen Schwung und Antrieb. Preußischer Parademarsch, stramme Kommißgriffe, „urwüchsiges Berliner Volkstum" und der französisch parfierende und die Flöte spielende Fridericus füllen die Akte. Das potsdämlichste Gemisch bürgerlichen Kitsches, das man sich denken kann. Das riecht förmlich nach der moschusduftenden guten Berliner Stube, mit Plüschsofa, gehäkelten Deckchen und billigen Nahmarktimpressionen. Stellen wir fest, daß wir so schlechte „Werke" selten hörten; daß dieses Publikum es widerspruchslos vertragen konnte, wenn ein preußischer Leutnant des „Großen Friedrich" mit einer „echten" Berliner Kommerjungjer zu Jazzmelodien im königlichen Schloß eine — übrigens sehr gut gelungene — Zirkusparodie vorführt, daß im übrigen natürlich das Ganze eine einzige Geschichtsfälschung darstellt — dann hätten wir eigentlich alles gesagt, was dazu zu sagen wäre. Das hallische Theaterpublikum hat seinen Willen. Goethe und Fridericus sind die zentralen Operettenfiguren der modernen Singspielbühnen. Also, Ihr Herren vom Bürgerblock, die Ihr in den letzten Wochen Eure lockende Volksseele gegen die „Linksentwicklung" des hallischen Theaters überschäumen liefet, schließt Frieden mit der Intendanz. Auf der Basis des Geistes von Potsdam und Weimar könnt Ihr das tun. Wir als Arbeiter haben gestern abend jedenfalls einen neuen Anschauungsunterricht erhalten darüber, was bürgerliche Kunst im kapitalistischen Zeitalter ist.

*

Die Musik? Ist Schablone nach „bewährtem" Muster. Bühnenbilder formte Heinz Lehrens, Kostüme stammen von Peter Rohrer. Beides stilecht. Zum Schluß ein Lob den beiden Künstlern, die die wirklichen Hauptfiguren darstellten, der blendenden Marion Kaufmann und Heinz Joachim Lougewitz, der als Gast den erkrankten Stojewski vertrat. Beide holten sich den Beifall des Abends. bk.

Radl-Uraufführung im Stadttheater. Der am kommenden Freitag stattfindenden Uraufführung der Komödie „Schichtwechsel" wird der Autor Franz Radl persönlich beiwohnen. Bekannt wurde Radl als Dramatiker mit der Uraufführung seiner tragischen Begebenheit „Trischübel", die auch in Halle erfolgreich in Szene ging. Als Spieler ist Franz Radl mit einer ganzen Reihe Studien, Erzählungen, Novellen und Romane hervorgetreten.

Das 6. städtische Sinfoniekonzert am 4. Februar ist als „Nordischer Abend" ausgestaltet und soll ein möglichst einheitliches Bild der finnischen und Kondinavischen Musik der Gegenwart geben. Zur Mitwirkung sind deshalb auch nationale schwedische Künstler gewonnen worden. Das Konzert steht unter Leitung von Tor Mann, zurzeit wohl einem der bedeutendsten Dirigenten seines Vaterlandes. Solistin ist die soeben erst zur Kgl. schwedischen Kammersängerin ernannte Sopranistin Marianne Gräfin Mörner. Das sinfonische Programm bringt die E-Moll-Sinfonie von Sibelius, die Ouvertüre „Maskerade" von Kiesla und die Rhapsodie Mittsommerwache von Alfven. Gräfin Mörner bringt Orchestergesänge von Melartin, Järnefelt, Rangström und Alfven zum Vortrag.

An dem Tolstoi-Abend der Volkshochschule (am Freitag, dem 1. Februar, im Thaliasaal) werden außer der Rede von Prof. Dr. Geismann (Prog. die Dichtungen „Nach dem Balle" und „Der Tod des Ivan Jljitsch" von Tolstoi durch Universitäts-Lektor Dr. Wittsack gehalten. Außerdem spielt Prof. Springfeld zwei Praeludien von Rachmaninoff und „Meditation" von Tschaikowski. Karten in allen Vorverkaufsstellen der Volkshochschule, auch von 18 bis 20 Uhr in der Rathausstraße 3 und in der Geschäftsstelle der Volksbühne. — Studentenkarten

Dr. Rühlemann spricht am Mittwoch, den 30. Januar [illegible] den Stadtgymnasium, Sophienstraße 37, über Nordamerika [illegible] Die Karten des ersten Abends haben Gültigkeit.

Wintelle-Theater. Morgen Donnerstag findet die Uraufführung des Schlagers „Die ungeküßte Eva" statt. Am Freitag ist [illegible] Revue mit dem weltberühmten Tanzstar [illegible] feierte in allen Ländern, wie England, Amerika [illegible] usw., größte Triumphe. Gewöhnliche Preise ab 60 Pf. [illegible] gonnen. Siehe Anzeige.

Zoologischer Garten. Donnerstag, 31. Januar, 20 Uhr, [illegible] Hall. Symphonie-Orchesters, Leitung Benno Pläß [illegible] Kapelle Frauendorf. Donnerstag, 14. Februar, Kinderfasching.

Rätsel-Ecke

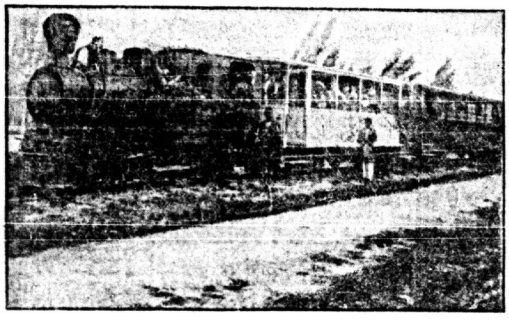
Silbenrätsel

Aus den Silben: a — a — aar — be — beth — [illegible] dau — del — den — der — do — du — du — [illegible] en — gau — gor — he — irr — ka — ka — kel — [illegible] men — mieis — mö — na — na — nal — nan — [illegible] te — nis — or — rel — rie — rii — run — sa — sa — [illegible] sel — sen — ser — si — sig — sinn — sta — ster — [illegible] tum — ur — we — wer — wie, sind 27 Wörter zu bilden, deren erste und dritte Buchstaben, von oben nach unten gelesen, aus einem Arbeiterlied ergeben. (ch am Anfang eines Wortes gilt als ein Buchstabe.)

Die Wörter bedeuten: 1. Flaumfeder; 2. kommunistische Partei; 3. Wasserkräfte; 4. Amtskleidung; 5. Seevogel; 6. Mädchenname; 7. Wirbelwind; 8. Verfasser eines bekannten Reichsgesetzes; 9. Flachland; 10. Futterpflanze; 11. [illegible] in London; 12. Erdteil; 13. russischer Dichter; 14. [illegible] Musikinstrument in Schottland; 15. Gewürzpflanze; 16. [illegible] Raubtier; 17. Geisteskrankheit; 18. Kleinholz; 19. [illegible] Religion; 20. Nebenfluß des Rheins; 21. Steffelt; 22. [illegible] 23. Schweizer Kanton; 24. Metall; 25. See in Oberbayern; [illegible] licher Vorname; 27. Stadt in Lothringen.

Zahlenrätsel

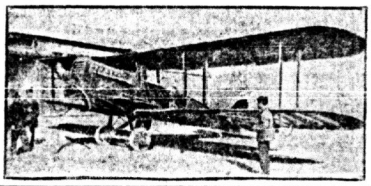
1 2 3 4 5 4 6 2 7 8 9	deutscher Dichter
2 3 4 9 3 2	Vogel
3 2 5 3	Baum
4 5 5 3 2	Nebenfluß der Donau
5 3 8 8 3 2	Buchstabe
4 6 3 5	Insektenfresser
6 2 3 4 1	Fabelwesen
2 4 6 7	europäische Hauptstadt
7 5 6 3	Pflanze
8 7 5 6	Fett
9 7 4 8 4	mittelamerikanische [illegible]



Zu den Ereignissen in Afghanistan

Links: Die einzige Eisenbahn, eine Kleinbahn in Kabul. In der Mitte: Flugplatz von Kabul.

Für nationale Unabhängigkeit Afghanistans veranstaltete unsere englische Bruderpartei ein Massenmeeting. Auf der Straße wurde ein Bild des Obersten Lawrence (britischen Weißbanditen-Ausstands-Organisator) verbrannt.



Stadt-Theater Heute Mittwoch 20—22¼ Uhr **Der Barbier von Sevilla** Donnerstag 20—22¼ Uhr **Gio** 311

Violin- u. Mandolin Unterricht erteilt **August May,** Torstr. 10

Tauben-Handlung Friedrich Boigt empfiehlt *1168 **Rassetauben** jeder Art **Ammendorf** Mühlberg Nr. 39

Walhalla Dir. O. Kleinhanns Fernruf 283 85 **Nur noch heute und morgen das Riesenprogramm Die ungeküßte Eva** in der großen Kanonenbesetzung **Dazu 6 Welt-Sensationen** Gewöhnliche Preise ab 60 ₰ Achtung! **Ab Freitag, den 1. Februar,** das große Ereignis: **Die brasilianische Revue** mit der weltberühmten Schlangentänzerin **Josefa Morgowa** 54 Bilder im Blitztempo **Die Parade fremdländischer Frauen schönheiten** Ueber 50 Mitwirkende Trotz Riesenmitteln gewöhnliche Preise ab 60 ₰ 316

Zoologischer Garten **Donnerstag, 31. Januar, 20 Uhr Volkstümliches Konzert** des Hallischen Symphonie-Orchesters Leitung: Benno Pläß 312 **Ab 21 Uhr: Tanz** (Tanzsportnovelle Frauendorf) **Donnerstag, den 14. Februar: Kinder-Kostümfest**

Karneval- und **Masken-Artikel** aller Art, Mützen, Gesichtsmasken, Scherzartikel usw. in großer Auswahl und zu billigsten Preisen **Fa. P. Lange,** Merseburger Str. 168, Nähe Riebeckplatz 315

Am 23. Februar **Fez im Zoo** Das Fest der hallischen Künstlerschaft

Soeben erschienen!

Programm der Kommunistischen Internationale Anhang: Statuten der K.J. ..... Mk. 0,20

Zum Weltprogramm des Kommunismus Methodische Anleitung zum Studium des Programms für Zirkel und Kurse ..... Mk. 0,20

Protokoll des 6. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale kartoniert I u. III. Band ..... je Mk. 4,00 dasselbe, Band III, gebunden ..... Mk. 6,00

Noch vorrätig!

Arbeiter-Taschenkalender 1929 ..... nur Mk. 0,60

Zu beziehen durch die

Bezirks-Zentralbuchhandlung

Halle: Merseburgerstraße 14 und deren Filialen **Halle:** Volksbuchhandlung, Harz 1; **Ammendorf:** Hallische Straße 9; **Merseburg** Schmale Str. 13 **Weißenfels** Martenstr. 46; **Zeitz:** Wendtstr. Str. 21 (Eing. Parkellenstr.) **Bitterfeld:** Burgstr. 40; **Wittenberg:** Jüdenstr. 10 **Eisleben** Rathausstr. 7 **Torgau:** Schulzenstr. 14

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein

Am schwarzen Brett: Nachsichung 1929. *179 Magistrat Delitzsch.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für den Kreis Bitterfeld

Um den durch die außerordentlich hohe Krankenziffer hervorgerufenen Verkehr an den Kassenschaltern reibungslos abwickeln zu können und um große Menschenansammlungen zu vermeiden, haben wir einen zweiten Krankengeld-Zahltag eingeführt und zwar werden die arbeitsunfähigen Mitglieder aus den Ortsnahsten: *167

Bitterfeld, Niemegk, Holzweißig, Sandersdorf Greppin und Wolfen

ersucht, ihr Krankengeld bis auf Widerruf

Freitags von 8 bis 1 Uhr

gegen Vorlage der vom Arzt ausgefertigten Krankengeld-Anweisung in Empfang zu nehmen

Für die Mitglieder aus den übrigen Orten ist der Krankengeld-Zahltag wie bisher der Sonnabend

Der Vorstand

Von einer jahrelangen vollständigen Nervenlähmung, wo ich weder gehen noch stehen konnte, Meine Arm- und Hände nicht bewegen konnte, 4 Monate im Krankenhaus Halle geschickt, alle ärztliche Hilfe und viele andere Mittel, Tee, Kräuter, Elektrisieren usw. waren für mein unheilbar erkranktes Leben es erfolglos. Solange ich bei Herrn E. Holle in seiner stets erfolgreichen Heilmethode war, bin ich soweit gebessert und geheilt, daß ich meine Hausarbeiten verrichte, was ich öffentlich dankend zur Kenntnis bringe! 309

Wadendorf Nr. 7 b. Kapelle (Kr. Dessau) gez. Frau Frieda Bollmann

Invalidenversicherung!

Die Nachprüfung der Invaliden-Quittungskarten wird im Februar d. Js. voraussichtlich vorgenommen werden in: Halle, Landwirtschaftsgesellschaft, Hochstraße 1, Wolfen, Amtsstraße, Schmiedestraße, Fabrik-Feldstraße und Kantinen e. Premiers Berg, an der Sternmühle und am Gebäudeneubau Ufer.

Arbeitgeber, die Invalidenversicherungspflichtige Personen beschäftigen, werden um Bereitstellung der Quittungskarten, der letztjährigen Aufrechnungsbescheinigungen sowie evtl. der Lohnnachweise ersucht. 313

Halle a. S., den 29. Januar 1929

Kontrollstelle der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt

John

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

Reinsdorf bei Wittenberg Sonnabend, den 2. Februar in der Oberschenke zu Reinsdorf *171 großer **Preis-Maskenball** des Arbeiter- u. Sportvereins Es ladet freundlichst ein Der Vorstand

„Gambrinus", Reußen Sonnabend, Sonntag, Montag den 2., 3. und 4. Februar **Bockbierfest.** Freundlichst ladet ein *166 Paul Lehmann

Werbt f. den Klassenkampf!

Geschäfts-Uebernahme

Einer geehrten Einwohnerschaft von **Weißenfels** zur gefl. Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage das [illegible] von Herrn Bruno Timmina unter der Firma Oskar Siptitz, Hohestraße [illegible] innegehabte Kolonialwaren-Geschäft übernommen habe

Sauberste, kulanteste Bedienung [illegible] mein Prinzip

Ich bitte um Unterstützung meines Unternehmens und zeichne

Hochachtungsvoll

Oskar Siptitz Nachf.

Inhaber: Willi Krause

Weißenfels

NB Donnerstag Schlachtfest

Familien-Nachrichten

Nach kurzem, schmerzvollem Leiden verschied am 30. Januar gegen 1 Uhr meine liebe Mutter

Annette Stößel, geb. [illegible]

im 50. Lebensjahre

Dies zeigt tiefbetrübt an

Halle a. d. S., den 30. Januar 1929

Der hinterbliebene Gatte

Wilhelm Stößel, Trödler

Die Beerdigung findet Freitag 14 Uhr dem Südfriedhofe statt

Danksagung

Für die liebevolle Teilnahme bei Hinscheiden unseres [illegible] sowie für die reichlichen Blumenspenden sagen wir allen unseren [illegible]

Zeitz, Rahmstraße 1, [illegible]

Alfred Ueberschär nebst Hinterbliebenen

Parole: Wir kaufen nur bei unseren Inserenten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290130-19/fragment/page=0004

5 – 9. Jahrgang 1. Beilage

Halle, 30. Januar 1929

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Die Moral ist gerettet / Von Leo Weiß

Nach irgendein Ereignis gerät man manchmal in einen Konflikt, in eine verzwickte Situation, aus der man lange keinen Ausweg sieht, bis dann die göttliche Erleuchtung kommt und man das Problem löst.

Eine solche Situation ist in den letzten Tagen plötzlich und unerwartet der Bürgermeister von Wien geraten.

Bekanntlich besitzt die Stadt Wien eine sozialdemokratische Gemeindeverwaltung. Und diese Gemeindeverwaltung besitzt das Monopol auf Anbringung von Plakaten und Ankündigungen. Will jemand in Wien anders als durch die Zeitung oder in öffentlichen Versammlungen zur Oeffentlichkeit reden, will man Theater, Kino, Vorstellungen, Filme u. dgl. ankündigen, dann muß man sich an die betreffende Stelle der Gemeinde, die den Namen „Wipag" führt, wenden. Denn nur sie allein besitzt die Konzession und somit das Recht, Plakate öffentlich anzubringen.

Vor dem Kriege, als in Oesterreich noch eine Zensur bestand, da gab es die „Wipag" leicht. Ihr blieb es erspart, darüber zu entscheiden, was gut und was schlecht, was sittlich und was unsittlich war. Denn was die kaiserlich-königliche Zensur passierte, war für jedes Heil gut und sittlich und widersprach in keiner Hinsicht den Gesetzen der Moral.

Es besteht in Oesterreich keine Zensur. Wieso das gekommen ist? Weil in den stürmischen Herbsttagen des Jahres 1918, als Sozialdemokraten, Deutschnationale und Christlichsoziale, um das Volk von dem „Chaos des Bolschewismus" zu retten, rasch und endlich die Verfassung für eine demokratisch-bürgerliche Republik schufen, da entschlossen sie sich, um in den beunruhigten Massen die Illusion einer unbeschränkten Freiheit zu wecken, die einzige Abschaffung der Zensur in die Verfassung aufzunehmen. Nur, als die demokratische und freiheitliche Republik bereits gefestigt war, daß man sich den Luxus erlauben konnte, an die Massen mit Maschinengewehren zu begegnen und auf Straßen Wiens an einem Tag 90 Proletarier hinzumorden, da kam die Sehnsucht nach der Zensur wieder wach zu werden, da die Illusion der unbeschränkten Freiheit ist überflüssig geworden.

Besonders die Pastoren aller Konfessionen erheben in Oesterreich lauter den Ruf nach der Zensur. Ohne eine strenge, im höheren Moral geübte Zensur — so verkünden sie — verfallen die Jugend. Sie verdorrt wie eine Blume ohne Parfüm. Grundlagen aller Moral und Sittlichkeit wanken. Der Bolschewismus droht die Welt zu verschlingen. Die Frauen tragen Röcke, weit ausgeschnittene Blusen mit kurzen Aermeln und bubikopftes Haar. Kurz, Satan regiert die Welt.

Nur eine Zensur noch immer nicht eingeführt ist, helfen sich die Pastoren mit Hirtenbriefen und göttlichen Warnungen. Für das Tragen von kurzen Kleidern und das Lesen von sittlich „nicht einwandfreier" Schriften wird ewige Verdammnis und für das Gegenteil das Himmelreich mit all seinen Schrecken in Aussicht gestellt.

Besonders laut ertönt der Ruf nach der Zensur, wenn sich ein Film aus der Sowjetunion nach Wien verirrt. Diese Filme sind wirklich eine Gefahr für die Moral und Sittlichkeit, sind es um so mehr, als die proletarische Jugend mit besonderer Vorliebe diese Kinos besucht, in denen solche Filme gezeigt werden. Da keine Zensur besteht, versucht man auf die Kinobesitzer in jeder möglichen Weise einzuwirken, daß sie von der Aufführung solcher Filme absehen. Aber da diese Filme den größten Zulauf haben und der Grundsatz: „Geschäft ist Geschäft", doch kein leerer Wahn ist, fruchten diese moralischen Einwirkungen zumeist nicht.

Nun passierte in den letzten Tagen folgender Fall: Nach Wien kam ein neuer Sowjetfilm namens „Der gelbe Paß". Die Anstalt, die diesen Film verleiht, schloß mit mehreren Kinos Verträge ab und übergab der „Wipag", der Plakatierungsanstalt der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung, eine Reihe von Plakaten, um sie an den Wänden und öffentlichen Plakatierungstafeln anzubringen.

Das Reklameplakat stellt eine nackte Frau dar, der von einem Polizeibeamten der „gelbe Paß", das Kontrollbuch der Prostituierten, aufgedrängt wird; ein Plakat, das voll und ganz den noch heute in den meisten kapitalistischen Ländern und besonders in Wien herrschenden Zuständen entspricht.

Als der Beamte dieses sozialdemokratischen Instituts das Plakat sah, schüttelte er bedächtig das Haupt und sprach: Dieses Plakat widerspricht dem sittlichen und moralischen Empfinden der breiten Oeffentlichkeit, wir können es daher nicht übernehmen.

Aber es gibt ja keine Zensur mehr in Oesterreich.

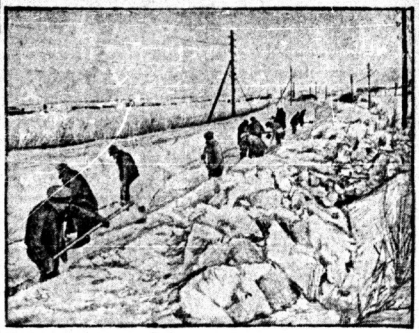
Ja, eine freie, von Sozialdemokraten geleitete Gemeinschaft bedarf keiner Zensur. Sie besitzt die sittliche und moralische Kraft, um sich selbst zu meistern. Gerade eine sozialdemokratische Gemeindeverwaltung sei verpflichtet, für die öffentliche Moral und Sittlichkeit zu sorgen.

Die Filmverleihanstalt wandte sich hierauf mit einer Beschwerde an den sozialdemokratischen Bürgermeister, der gleichzeitig Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs ist. Dieser berief in aller Eile eine Konferenz engerer Parteigenossen und Spezialisten für Jugend und Moral.

Die Sitzung war streng geheim. Das Plakat wurde einer eingehenden Untersuchung unterzogen und der Beschluß gefaßt, daß die Moral und Sittlichkeit über alles zu stellen sei und das Plakat daher nicht kundgemacht werden dürfe.

Und nun verlautet, daß eine Konferenz österreichischer Bischöfe und Würdenträger der Kirche beschlossen hätten, dem Papst vorzuschlagen, der Sozialdemokratischen Partei sowie ihrem Vorsitzenden, dem Wiener Bürgermeister, eine besondere Auszeichnung zu verleihen und sie in die Liste der Heilig-zu-Sprechenden aufzunehmen.

Die neue Kältewelle



Die Bahnstrecken müssen freigeschaufelt werden

Unser Bild zeigt die Bahnstrecke von Bergen—Sargard auf der Insel Rügen, die vom Schnee völlig zugedeckt wurde, und die nun durch eine Kolonne von Bahnarbeitern wieder freigeschaufelt wird.

In Zürich und Umgegend wurden gestern früh 15 Grad Kälte gemessen; das ist die tiefste Temperatur, die dort während dieses Winters zu verzeichnen war.

Infolge der starken Schneestürme in Ungarn mußte auf der Strecke Budapest—Nagycanisja—Agfalva der Eisenbahnverkehr gänzlich eingestellt werden. Der ungarische Riviraexpreß blieb am Plattensee stecken und konnte bisher seine Weiterfahrt nicht aufnehmen.

Starke Schneefälle und heftige Stürme verursachten in Polen Schneeverwehungen, wie sie seit langen Jahren nicht beobachtet wurden. Der Verkehr auf den Bahnen und Landstraßen kann, soweit er nicht ganz eingestellt werden mußte, nur unter größten Schwierigkeiten aufrechterhalten werden.

Sie sollen sich bewähren

Die Führer der berüchtigten Berliner Verbrechervereine standen gestern vor dem Erweiterten Schöffengericht Neukölln. Tatarenblut, Kosakenblut, Edelhirsch, Modderkrebs, Bergadler usw. sind bezeichnenderweise die Namen dieser Organisationen. Den Hintergrund des Prozesses bildeten schwere Ausschreitungen, die von etwa 200 „Nordring-Piraten" im Juli vorigen Jahres in einer Gastwirtschaft in Zernsdorf begangen worden waren. Wegen einfachen Landfriedensbruches wurden vier Angeklagte zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt. Außer Grünberg, dem Führer des „Nordring", wurde ihnen Bewährungsfrist zugebilligt. Weitere zwei Angeklagte erhielten wegen unerlaubten Waffenbesitzes je 20 Mark Geldstrafe. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

60 Tote und 2000 Verwundete!

Bei der Erdbebenkatastrophe in Cumana (Venezuela) sind nach den bisherigen Feststellungen 60 Menschen getötet und 2000 verwundet worden.

Im alten historischen Rathaus in Lindau

ist der kleine Sitzungssaal teilweise ausgebrannt. Eine Anzahl wertvoller Gemälde und Altertümer wurden vernichtet.

Schweres Eisenbahnunglück bei Regensburg

Vier Tote, mehrere Verletzte

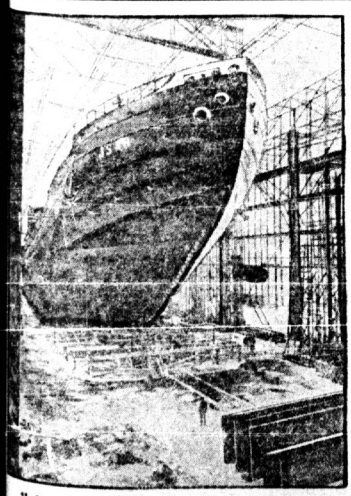
Von der Reichsbahndirektion Regensburg wird mitgeteilt: Am Donnerstag um 1.50 Uhr vormittags stieß der D-Zug 155 infolge Nichtbeachtung des Haltesignals auf einen Güterzug in der Station Burgweinting der Strecke Plattling—Regensburg auf. Der Packwagen folgende Personenwagen 3. Klasse des D-Zuges wurden teilweise zusammengedrückt. Zu beklagen sind drei Tote, drei schwerverletzter und sieben Leichtverletzte, deren Namen augenblicklich noch nicht festgestellt sind. Die Verletzten sind im Krankenhause Burgweinting geborgen. Das Lokomotiv-Personal und der Zugführer des D-Zuges 155 sind unverletzt.

Von den Toten sind bisher zwei identifiziert worden. Es sind der Hütteningenieur Mauerer aus Hattenberg in Kärnten und der Goldschmied S. Nachtigall aus Wien.

Die Leiche einer Frau konnte noch nicht identifiziert werden. Schwer verletzt wurde der Kaufmann Schkolnik aus Berlin. Er ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen, so daß sich die Zahl der Toten auf vier erhöht. Unter den Leichtverletzten befindet sich auch der Soha des Letztgenannten, der ledige Kürschner Schkolnik aus Berlin. Die Zahl der Verletzten beträgt insgesamt sechs.

Bereits um 2.16 Uhr ging von Regensburg der erste Hilfszug und um 2.43 Uhr ein zweiter Hilfszug mit Hilfsmannschaften und Sanitätspersonal an die Unfallstelle ab.

Merkwürdig, wie schnell man diesmal die „Ursache" der Katastrophe festgestellt hat. Ueber die näheren Umstände, warum das Haltesignal überfahren wurde, muß erst Klarheit geschaffen werden.



„Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser"

Versuchsarbeiten auf dem Gebiet der Handelsflotte wird in Deutschland bereits eifrig betrieben, wie auf dem Gebiet der Kriegsflotte. Man hat jetzt eine neue Form des Schiffsbaues auf einer Hamburger Werft ausprobiert, die sogenannte Maierform, die den angeblich bessere See-Eigenschaften gewährt. Unser Bild zeigt ein solches Schiff, den Dampfer „Zjar", beim Stapellauf.

Zwei Bankiers begehen Selbstmord

weil sie beim Spekulieren Geld verloren haben

Der Bankier Dukas, Mitinhaber des Berliner Bankgeschäfts Katz & Wohlauer, hat sich gestern erschossen. Es wurde die Nachricht verbreitet, daß sein Sozius Böttcher infolge der Aufregung einem Herzschlag erlegen sei. Es hat sich jetzt jedoch herausgestellt, daß er gleichfalls Selbstmord verübt hat.

Es wird alles mögliche unternommen, um die wahren Ursachen zu verschleiern, doch ist der Grund zu den Selbstmorden in „verschlten" Spekulationen zu suchen. Die Bankkrachs und Zusammenbrüche, die sich in letzter Zeit häufen, sind ein Zeichen der völligen Korrumpiertheit des kapitalistischen Wirtschaftssystem, dessen Opfer nicht die paar „ausweglosen" Bankiers, sondern die breiten werktätigen Massen sind.

Brennende Petroleumfelder in Rumänien

Auf einer Oelgrube bei Moreni in Rumänien entstand durch Kurzschluß ein Brand. Bis jetzt sind drei Bohrtürme und zahlreiche Petroleumreservoire zerstört. Der Schaden wird vorläufig auf 50 Millionen Lei geschätzt. **Auch die in der Nähe gelegenen Wohnstätten sind gefährdet.**

Bei dichtem Nebel

stieß im Aermelkanal der holländische Dampfer „Merauka" (6674 Tonnen) mit einem unbekannten Dampfer zusammen und begann zu sinken. Er wurde von Schleppdampfern auf Strand gesetzt.

In der Angelegenheit des Breslauer Doppelmordes

wurde eine Frau Pierdel verhaftet, in deren Quartier sich die Mörder kennenlernten, und die vor der Absicht des Raubüberfalls schon 14 Tage vor dem Verbrechen unterrichtet gewesen sein soll.

Eine Fahrkartenfabrik in Flammen

In der Fabrik zur Herstellung von Eisenbahnfahrkarten der Firma Dappa, Bielitz, brach ein Brand aus, der den gesamten Papiervorrat vernichtete und drei Motore sowie sechs Maschinen unbrauchbar machte.

Ein neuer Brand in Konstantinopel

Erste Aufnahme des zerstörten Griechenviertels

Konstantinopel, die ehemalige Hauptstadt des türkischen Reiches, die noch über eine Reihe alter, enggebauter und schwer zugänglicher Stadtteile verfügt, wird von Zeit zu Zeit von Feuersbrünsten heimgesucht, die in diesen Straßenzügen stets reiche Nahrung finden. So ist vor einigen Tagen wiederum eine Vorstadt, das Griechenviertel Tataola, in Brand geraten, wobei ein großer Komplex enger und meist von armen Leuten bewohnter Gebäude eingeäschert wurde. Unsere Aufnahme zeigt die Trümmerstätte nach dem Brand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290130-19/fragment/page=0005

Stadt Halle

30. Januar 1929.

Rosa Luxemburg und die Frauen

Dieses Thema beherrschte den gestrigen Frauenabend der Stadtteile Zentrum und Westen der KPD., welcher in der „Produktiv-Genossenschaft" stattfand. 120 Arbeiterfrauen waren zu dieser Veranstaltung erschienen, um dadurch zu bekunden, daß sie im Geiste der großen Führerin, Rosa Luxemburg, am Befreiungskampf der Arbeiterklasse mithelfen wollen.

Im ersten Teil des Programms las Genossin Gundermann aus Rosas Briefen, die sie während des Krieges aus dem Gefängnis an Sonja Liebknecht geschrieben hatte. Dann folgte die Vorlesung des Artikels „Im Asyl", eines der aufrüttelndsten und packendsten Dokumente der Arbeiterliteratur, wo Rosa mahnt: Kein Arbeiter ist vor dem Asyl für Obdachlose, ist vor dem Gefängnis sicher. Das kapitalistische Gewalt- und Hungersystem, die bürgerliche Wohlanständigkeit werden hier entlarvt am Tod einiger Asylisten aus der Reichshauptstadt Berlin. Die Schilderung des sozialen Elends und die gewaltige soziale Anklage, zu der Rosa den Fall erhob, fand unter den Arbeiterfrauen ungeteilte Aufmerksamkeit, ebenso wie das nun folgende Referat des Genossen Grabow, das Rosas Leben und ihr politisches Wirken behandelte.

Alle Kameraden des RFB.

müssen sich freihalten zur Generalversammlung der Ortsgruppe Halle am Freitag, dem 1. Februar, 20 Uhr, im „Volkspark". Sämtliche Abteilungen stehen Punkt 7 Uhr auf dem Paradeplatz. Der geschlossene Spielmannszug ist um 7 Uhr ebenfalls da. Alles erscheint in Bundeskleidung.

Die Gauführung.

Die Aktivität der proletarischen Frauen anzuspornen, war der Sinn und die Lehre des Referats, das von Rosas immerwährendem Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung, gegen den Reformismus, erzählte; wie sie auch im Gefängnis nicht rastete, sondern gerade hinter den Gittern der Justiz ihre Bücher und Broschüren schrieb.

Ein Lichtbildervortrag „Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und die Berliner Januarkämpfe 1919" füllte den zweiten Teil der Veranstaltung aus. Diese Lichtbilder zeigten den Weg des Klassenverrats, den die Führer der Sozialdemokratie seit dem August 1914 gegangen waren, und der seinen Gipfel fand in der Blutschuld der SPD. an der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Da wurden die für Spartakus demonstrierenden Massen gezeigt, nachdem Bilder aus dem „Stahlbad" vorübergeglitten waren; es erschienen die Ebert, Noske, Scheidemann mit ihrem Freund Stinnes und mit den Generalen und Offizieren der weißen Mördergarden, Zeitfreiwillige genannt. Auch das Eden-Hotel und die Brücke im Tiergarten, die Stätten des Mordes, sowie Bilder aus den Straßenkämpfen wurden gezeigt.

Den Abschluß bildete der gemeinsame Gesang von „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit". Der ausgezeichnete Besuch und die große Aufmerksamkeit, die den ganzen Abend herrschte, bewielen, daß die Partei mit solchen Veranstaltungen auf dem richtigen Wege ist, um unter den Proletarierfrauen zu werben und zu wirken. Denn man sah gestern neben den Genossinnen auch manche Arbeiterfrau, die noch nicht der Kommunistischen Partei angehört, durch ihr Erscheinen aber ihre Sympathie und Bereitwilligkeit zur Mitarbeit bekundete.

Deshalb muß auf diesem Wege fortgefahren werden. Der Stadtteil Norden hat ebenfalls mit der Vorbereitung eines Frauenabends begonnen, der am Dienstag, dem 5. Februar, im „Volkspark", stattfinden wird.

„Na, wir können doch nicht gleich die Fürsorge so belasten . . ."

A.-K. Obige Aeußerung tat ein junger Arzt, welcher „auf Rechnung des Fürsorgeamtes" zu einem asthmaleidenden 54jährigen Invaliden gerufen wurde.

Obgleich darauf hingewiesen war, daß der Ofen in der Stube der „Wohnung" „wieder rauche", veranlaßte der Arzt nichts zur Ueberführung in die Klinik. Festgestellt hatte er, daß es im Brustkorb des Patienten „geht wie ein Propeller". Durch Verordnung von „Digitalis" bewies er, daß das Herz doch wohl nicht in Ordnung sein mußte. „Kraft des Fürsorgeamts" hat er wohl dann obigen Ausspruch getan, so daß der Patient, welcher auf dringendes Anraten eines Bekannten der Klinik dennoch zugeführt wurde, nach zwei Nächten vorzeitig verstarb.

„Ja, das Fürsorgeamt darf nicht belastet werden", wenn man nicht energisch auftritt! Wir werden darauf zurückkommen!

Es wäre geradezu unerhört, wenn die „Fürsorge" die Klinik angewiesen hätte, Patienten, welche auf Kosten des Fürsorgeamtes behandelt werden, so billig als möglich zu behandeln, um sie (die Fürsorge) „. . . nicht so zu belasten!" Der Dezernent des Fürsorgeamtes hat nun das Wort!!

Da es in halle keine Zeitung gibt, die den Mut aufbringt, derartige Vorkommnisse an den Pranger zu bringen, ist es selbstverständlich, daß nur der „Klassenkampf", das Blatt des klassenbewußten Proletariats, dafür in Frage kommt.

Wir geben dieser Zuschrift Raum und werden zu hören, wie sich das Fürsorgeamt dazu äußert.

Der liebe Gott ist teurer geworden

Am 7. Dezember hatte sich unser Genosse Kurt Kühn in seiner Eigenschaft als Redakteur vor der hohen republikanischen Justiz zu verantworten, weil er die Kirche beschimpft haben sollte. Der arme Sünder erhielt dafür 2 Wochen Gefängnis, umgewandelt in 60 Mk. Geldstrafe. Den Bericht über diese für die Staatsanwaltschaft mehr als blamable Angelegenheit brachten wir in der Ausgabe unserer Zeitung vom 10. Dezember.

Wir hüteten uns, in diesem Bericht Formulierungen zu gebrauchen, die dem hochwohlmögenden Herrn Staatsanwalt hätten erneut Veranlassung geben können, den anscheinend sehr zart besaiteten lieben Gott und sein Wohnungsinstitut auf Erden, die Kirche, mit dem § 166 zu verteidigen. Leider müssen wir zerknirscht bekennen, daß uns dieser Versuch nicht gelungen ist. Wieder sind wir bei den Beschlüssen des lieben Gottes unangenehm aufgefallen. Der Herr Staatsanwalt hat herausgefunden, daß diesmal der Genosse Erich Lehnke, der für die Ausgabe des „Klassenkampf", in der der Bericht über die Verurteilung des Genossen Kühn erschienen war, verantwortlich gezeichnet hat, sich wiederum des Vergehens gegen den § 166 schuldig gemacht hat. Wir können auch heute beim besten Willen beim Durchlesen des Berichtes zwar noch nicht herausfinden, daß wir erneut die Kirche als Verdummungsanstalt bezeichnet haben. Aber wir sind ja auch nicht mit „juristischer" Bildung belastet. Wir haben in dem Bericht lediglich die Tatsache, daß der obige Ausdruck bisher fast alle Tage gebraucht und dafür niemand bestraft wurde, festgestellt. Schon auf Grund dieser Feststellung wurde wiederum ein Verfahren wegen Beschimpfung der Kirche gegen den Genossen Lehnke eröffnet. Jetzt erhielt er, ohne daß eine Verhandlung stattgefunden hat, einen Strafbefehl, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß er für das Verbrechen, einen Bericht über einen Gotteslästerungsprozeß veröffentlicht zu haben, zu 15 Tagen Gefängnis, umgewandelt in 75 Mark Geldstrafe, verurteilt worden sei.

Also, die Ehre des lieben Gottes ist teurer geworden. Anscheinend aber auch die Kosten der Gefängnishaft. Genosse Kühn erhielt im ersten Prozeß an Stelle von 20 Tagen Kittchen 60 Mark Geldstrafe. Genosse Lehnke an Stelle von 15 Tagen Kittchen 75 Mark Geldstrafe. Außerdem ist der Herr Staatsanwalt sehr zuvorkommend geworden. Er will uns nicht die Möglichkeit geben, uns in einem Bericht, der sich bei einer etwaigen Gerichtsverhandlung ja notwendig gemacht hätte, wieder der Gefahr auszusetzen, gegen den § 166 zu verstoßen. Wir sind über soviel Fürsorge des Herrn Staatsanwalts direkt gerührt, teilen ihm aber heute schon auf diesem Wege mit, daß wir von dieser fürsorglichen Tätigkeit keinen Gebrauch machen, sondern ihm Gelegenheit geben werden, in öffentlicher Gerichtsverhandlung erneut die Rolle des Verteidigers der Ehre des lieben Gottes zu übernehmen. So unangenehm das dem Herrn Staatsanwalt auch sein mag.

Es geht eben nichts über die „kulturellen Fortschritte", die wir so jeden Tag in der deutschen Republik machen. Das Konkordat wirft immer deutlicher seine Schatten voraus.

Die Proletarierin muß Kinder gebären . . .

Gesetz und bürgerliche Moral zwingen sie dazu — Ein klassisches Urteil

Zu einem geradezu ungesunden Urteil kam gestern das hallische Schöffengericht in einer Strafsache gegen die jetzt 25 Jahre alte Tochter eines kleinen Landwirts, Lucie Rockmann aus Pansfelde (Mansfelder Gebirgskreis). Die Angeklagte wurde beschuldigt, am 14. August 1928 durch Fahrlässigkeit den Tod ihres neugeborenen Kindes verursacht zu haben. Sie hatte ein Verhältnis mit einem jungen Mann gehabt und war schwanger geworden. Am Nachmittag des betreffenden Tages begab sie sich mit ihrem Vater auf den eine Stunde von ihrer Wohnung entfernt liegenden Acker, um Grünfutter zu holen. Dabei wurde sie plötzlich von Uebelkeit befallen, so daß sie ihr Vater, dem sie sagte, sie hätte heftige Rückenschmerzen, sofort auf einem Bretterwagen wieder nach Hause bringen mußte. Sie ging gleich auf ihr Zimmer und legte sich ins Bett. Da ihre Eltern der Meinung waren, daß es nur eine vorübergehende Schwäche sei, sahen sie nicht sofort nach ihr. Erst einige Zeit später erkundigte sich der Vater nach ihrem Befinden. Trotzdem seine Tochter keine bestimmte Antwort gab, veranlaßte er sofort, daß die Hebamme geholt wurde. Als die Hebamme erschien, fand sie das Mädel bewußtlos mit einem neugeborenen Kinde im Bett vor. Das Kind war bereits tot, es war unter der Bettdecke erstickt. Der herbeigerufene Arzt, der den Totenschein ausstellen sollte, meldete jedoch den Fall der Polizei.

Gegen die Mutter des Kindes wurde nun Anklage erhoben, weil sie sich nach Ansicht der Staatsanwaltschaft dadurch einer fahrlässigen Tötung schuldig gemacht habe, daß sie keinerlei Vorbereitungen zur Geburt ihres Kindes getroffen und nach der Geburt auch nichts unternommen habe, um Hilfe herbeizuschaffen, damit das Kind hätte am Leben bleiben können. Die Angeklagte behauptete aber mit Bestimmtheit, daß sie kurz darauf, nachdem sie sich ins Bett gelegt hat, bewußtlos geworden und erst dann aufgewacht sei, als das Kind schon da war. Das Gericht schenkte der Angeklagten in diesem Punkte jedoch keinen Glauben und verurteilte sie zu drei Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist. Es stützte sich dabei vor allem auf das Gutachten eines medizinischen Sachverständigen, der nach der Sezierung der kleinen Leiche festgestellt haben will, daß das Kind lebensfähig gewesen sei und es sich in diesem Falle um einen normalen Geburtsakt gehandelt habe, wobei die Angeklagte unmöglich das Bewußtsein habe verlieren können. Schon wegen dieses Gutachtens ist dieses Urteil ungeheuerlich, weil man der Angeklagten nicht einfach unterschieben kann, daß sie den Tod des Kindes gewollt habe. Die Umstände, unter denen diese Geburt erfolgte, zeugen aber auf der anderen Seite auch davon, was für Elend unter der ländlichen Bevölkerung herrscht.

*

Also wieder ein Klassenurteil schlimmster Art, daß den werktätigen Frauen mit aller Deutlichkeit zeigt, wie der bürgerliche Klassenstaat und seine Justiz sie zwingt zu gebären. Einer „Dame" der besitzenden Klasse wäre das nie passiert. Und wenn dann wäre sie nie bestraft worden.

Er wollte ein Exempel statuieren

Nämlich der Regierungsrat Jentsch vom Finanzamt. „Die Vollziehungsbeamten, haben zu leiden", erklärte er, als ihm vor dem hallischen Schöffengericht in einer Beleidigungssache gegen den Dachdecker Jungk aus Ermsleben ein Vergleich nahegelegt wurde. Jungk hatte einen „beleidigenden" Brief an das Finanzamt geschrieben, der folgende Vorgeschichte hat:

Wie so viele kleinen Handwerker, geriet auch Jungk mit dem Finanzamt in Konflikt, weil er infolge seiner schlechten Lage mit der Bezahlung der Steuern im Rückstand war.

Es wurde ein Pfändungsbefehl gegen ihn erlassen, die Finanzämter bekanntlich ein ganzes Heer von Vollziehungsbeamten halten. Da aber der Dachdeckermeister inzwischen bezahlt hatte, wurde ihm vom Finanzamt am 7. Juli des Jahres kundgetan, daß die Pfändung aufgehoben sei und den betreffenden Möbelstücken die vorgeheftet werden könnte. Vollstreckungssiegel entfernen könne. Der biedere Meister ist über im Grunde sehr froh und trotzte die Siegel auch weg.

Am 17. Oktober wurde Jungk jedoch erneut mit einem Brief des Finanzamtes beglückt. Er traute aber kaum seinen Augen, als er die Mitteilung las, daß man bei ihm die Sachen doch pfänden werde.

Es ist begreiflich, daß Jungk jetzt neben seiner Empörung darüber hegte, ob denn die da oben auf dem Finanzamt noch bei Troste seien. Er schrieb darauf an das Finanzamt unter anderem in dem folgenden Stellen vorkamen:

„Sie sind wohl nicht ganz normal da oben . . . Am Schluß Sie lassen sich erst mal untersuchen . . . Ich muß annehmen, Sie selbst nicht wissen, was Sie tun . . . Ist denn das Schwindel und Trug bei Euch?"

Natürlich kann sich ein „hochmöglichliches" preußisches Finanzamt so etwas nicht gefallen lassen. Das Gericht war um so neugierig, wie so etwas passieren kann. Und da stellte sich heraus, daß dem Finanzamt in Sachen Jungk ein „Versehen" passiert ist. Der betreffende Beamte hatte „vergessen", daß er zwei Pfändungsbefehle schreiben. Also nur so ein Versehen", was bei der „Veleidigung" und dem „aufreibenden" Dienst der Beamten des Finanzamtes schon passieren kann. Mit Jungk nicht so ganz unrecht, als er das Wort „nicht normal" gebrauchte. Nämlich der Betrieb auf dem Finanzamt scheint ganz normal gewesen zu sein.

Daß Jungk verknackt wurde, war natürlich klar, denn der Regierungsrat mußte doch mit einem „Rosinen" nach Hause zurückkehren. Das Urteil lautete auf 30 Mark Geldstrafe.

Die Grippe in Halle

Sonderbarer Optimismus des Stadtgesundheitsamtes trotz allgemeiner Zunahme der Krankheitsziffern

Heute morgen fand eine hallische Stadtgesundheitsamt einberufene Pressebesprechung statt, in der Stadtmedizinalrat Dr. Schnell einen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Grippeerkrankungen in Halle gab. Er stellte zunächst fest, daß die Stadt Halle relativ spät, also in den letzten Tagen erst in auffallend starkem Maße von Grippeerkrankungen heimgesucht worden sei. Es handelte sich vorwiegend um Symptome allgemeiner Erkältungskrankheiten. Statistische Angaben über die Zahl der Grippeerkrankungen könnten nicht gemacht werden, weil die Grippe nicht meldepflichtig sei. Die allgemeine Tatsache ist aber zu verzeichnen, daß alle Krankenkassen eine erhebliche Steigerung von Krankmeldungen zu verzeichnen haben. So beträgt die Zahl der Krankmeldungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle zirka 500 bis 600. Die Saalkreiskrankenkasse hat augenblicklich 120, und alle größeren Betriebskrankenkassen annähernd 300 Krankmeldungen zu verzeichnen.

Stadtmedizinalrat Dr. Schnell vertrat die Auffassung, daß es sich bei den in Halle in Erscheinung tretenden Grippeerkrankungen um eine Nachwirkung der Grippeepidemie vom Jahre 1918 handele, weil die Verstorbenen jener Grippewelle annähernd 30 Jahre umfaßt. Besonders zeitigen sind auch die Erkrankungen unter den Angestellten und Beamten. In mehreren Schulen sind die Erkrankungen bei den Lehrern häufiger als unter den Kindern. Von 100 Erkrankungen könne nur ein Fall als schwer bezeichnet werden, wobei es sich in mehreren Fällen auch um Lungenentzündung handelt. Gemeldete Todesfälle an Grippe liegen nicht vor, natürlich könne nicht in Abrede gestellt werden, daß bei der Gesamtzahl der Todesfälle auch welche auf Grippe zurückzuführen seien. (Also! D. Red.)

Die vielfach ausgesprochene Vermutung, daß die hallischen Krankenanstalten die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit erreicht hätten, soll nach Ansicht Dr. Schnells nicht zutreffen. In einer ganzen Anzahl von Krankenhäusern seien noch unbelegte Betten vorhanden. Trotz dieser Tatsache müßten viele Aufnahmegesuche in die Krankenanstalten abgewiesen werden, weil die freistehenden Betten für schwere und soziale Fälle reserviert werden müssen. Allerdings soll es sich bei diesen Abweisungen nur um Einzelfälle handeln. Der von der Oeffentlichkeit gegen die Stadt Halle schon vielfach erhobene Vorwurf, daß keine ausreichenden Vorkehrungen getroffen würden, um der Grippegefahr zu begegnen, soll ebenfalls entweig sein. So ständen in einem Lagerdepot 240 Betten griffbereit da, die sofort zu einer Notein richtung Verwendung finden können. Desgleichen steht das entsprechende Pflegepersonal griffbereit zur Verfügung. Also, so meinte Stadtmedizinalrat Dr. Schnell, in bezug auf das Krankenwesen bestünden in Halle keinerlei Sorgen (!). Ueber den Verlauf der Grippeerkrankungen vertreten die Hallischen Aerzte den Standpunkt, daß trotz vermehrter Inanspruchnahme der Krankenhäuser der Zunahme der Krankenziffer davon geliefert werden könne, jetzt der Höhepunkt der Erkrankungen bereits überschritten sei. Spezialisten sollen sogar davon gesprochen haben, daß die Inanspruchnahme des medizinischen Personals zurückgegangen sei. Wirklichkeit sind aber infolge der vielen Erkrankungen die hallischen Aerzte vollkommen überlastet. D. Red.) Sicher eine epidemische Ausbreitung der Krankheit nicht in Frage kommt.

In einigen allgemeinen Ausführungen brachte Dr. Schnell Ausdruck, daß die Grippe keinen sozialen Charakter trage (!), also bei Entstehung dieser Krankheit soziale Momente, wie die Wohnungen, unzureichende Ernährung und Kleidung, keine Rolle spielten (!!). In erster Linie sei die Grippe als eine Erkältungserscheinung zu bewerten. Weiter sei die Tatsache zu berücksichtigen, daß Menschen, die vor einer Krankheit Furcht haben, leichter krank werden, weil auch in der Regel erhalten. Es habe deshalb keinen Zweck, beunruhigende Meldungen unter die Bevölkerung zu bringen. Abschließend gab Dr. Schnell bekannt, daß auf Grund von Untersuchungen über festgestellte Eiterbakterien in der Milch erneut Untersuchungen vorgenommen worden seien, deren Ergebnis ist, daß der Prozentsatz der Bakterienvorkommen in der Milch eine abnehmende Tendenz aufweise.

*

Dieser offizielle Ausschluß des Magistrats der Stadt Halle über den gegenwärtigen Befund der Grippe kann keinesfalls als objektive und hinreichende Informierung der Oeffentlichkeit über diese gefährliche Krankheit angesehen werden. Schon allein die Tatsache, daß man sich nicht der Mühe unterzieht, Grippeerkrankungen besonders zu erfassen, ist für die „Sorgfalt" des Magistrats kennzeichnend. Mit aller Schärfe müssen wir uns dagegen wenden, daß die Tatsache, daß die Grippe vor allem unter der werktätigen Bevölkerung infolge der schlechten Ernährung und miserablen Wohnungsverhältnisse besonders leicht Erscheinung tritt und somit diese Krankheit auch einen sozialen Charakter trägt, bestritten wird. Wir werden uns zu den Auffassungen, wie sie Dr. Schnell im Hinblick auf die Grippe vertritt, die in vielen Punkten eine Ungeheuerlichkeit bedeuten, besonders Stellung zu nehmen.

Gedenkt der hungernden . . .?

In allen bürgerlichen Blättern kann man es in diesen Wochen harten Winters lesen: Gedenkt der hungernden Vögel. Tut Gutes! Gedenkt der hungernden Menschen! Das haben wir noch nicht gelesen.

Schnee und Eis bedecken nicht nur Wald und Flur, sondern auch Straßen und Plätze der Stadt. In Halle sind täglich Hunderte von schlechtgenährten, dünngekleideten, erwerbslosen Proletariern unterwegs, Schnee und Glätte zu beseitigen. Es ist das sicherlich kein Vergnügen. Wie es in den Kreisen dieser Aermsten aussieht, zeigt folgende Zuschrift:

Da die Arbeitslosen in der Kälte von früh an auf den Straßen Schnee und Eis wegbringen und ihr Stückchen trockenes Brot in der Straße bei der Kälte essen müssen, aber auch kein Geld haben, um in die Kneipe zu gehen und dort eine Tasse Kaffee zu trinken, welche 30 Pf kostet, bitte ich, einen Aufruf in den „Klassenkampf" zu bringen, damit jeder, der es hat, den hungernden Arbeitslosen eine Tasse heißen Kaffee reicht. Man glaubt nicht, wie dankbar die Leute freuen, und es ist wirklich kein Vermögen, was man da hingibt.

Gedenkt der hungernden Arbeitslosen im Winter!

Auch das ist ein Dokument der tiefen Not. Wir hoffen, daß immer und wieder diese Bitte doch beherzigt wird. Schlimm genug, daß sie an die Oeffentlichkeit gerichtet werden muß, da die Unterstützungen der Erwerbslosen an die Stadt abgelehnt werden.

(Fortsetzung des lokalen Teils auf Seite 4.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290130-19/fragment/page=0006

Arbeiter-Sport

Nr. 25 — Mittwoch, 30. Januar 1929

Opposition im 8. Bezirk des ATu.SB wächst

Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen einstimmig beschlossen — Die Reichsbannersportabteilung wird als Stoßtrupp der Spalter vom Bunde aufgenommen — Sportler kämpft um die Einheit

Sonntag tagten die Turner und Sportler des 8. Bezirkes „Kappland" in Bitterfeld. Neben den Delegierten waren eine Menge Sportler aus dem Bezirk als Gäste herbeigeeilt.

Nach Erledigung des allgemeinen Bezirkstages begrüßte Sportlehrer Biermann, Bitterfeld, die Anwesenden im Namen der Ortsverwaltung 03 Bitterfeld und wünschte der Tagung einen guten Verlauf. Besonders wies er darauf hin, daß die Einheit in der Arbeitersportbewegung gehalten werden muß. Keine Spaltung kommen, im Gegenteil,

daß der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung im internationalen Maßstabe ist zu erstreben.

Der Vorsitzender Verein 03 führte einige gymnastische Uebungen vor. Der Spielmannschor spielte einen Marsch, der allgemeinen Beifall fand. Eine reichhaltige Tagesordnung wurde erledigt.

Der Bezirksvorsitzende Thomas seinen Bericht gab, versuchte Genosse Mann Ballandat aus Wolfen eine Hetze gegen den ausgeschlossenen Sportgenossen Schöne zu inszenieren. Er verlangte, daß der Saal verlassen soll. Durch diese Denunziation wurde es Ballandat erst wohl, da Schöne darauf den Saal verließ. Genosse Thomas den Geschäftsbericht. Während des Kapp-Putsches wurde der Bezirk aufgebaut. Damals gehörte er noch zum Magdeburg an. 1922 fand die eigentliche Gründung statt. Zu dieser Zeit zählte er 2700 Mitglieder.

Die aktive Tätigkeit der Sportler und Turner ist der Bezirk auf 4200 Mitglieder angewachsen.

Vereine wurden gegründet. So auch in Wolfen und Bitterfeld. Es begrüßt Thomas speziell, da es die Spaltungsvereine gibt. Er behandelte noch die Kreis- und Bundesschule. Diese sind vom 8. Bezirk nicht genügend ausgenützt. Auch soll ein Kreisheim errichtet werden. Das Objekt kostet 100 000 Mark. Große Summen sollen die Vereine aufbringen. Die Fragebogen zur Statistik sind nicht alle ausgefüllt worden. Unter den Bummelanten befindet sich auch die Bitterfelder Reichsbanner-Abteilung.

Die Bezirksfeste haben allgemein nicht befriedigt. Nur das Kappfest hat allen Anforderungen entsprochen. Die Tätigkeit der Schiedsgerichtsverfahren haben dem Bezirkstrat Arbeit verursacht. Um den Bezirk die Unkosten der Schiedsgerichten zu ersparen, lag ein dementsprechender Antrag vor. Die Behandlung dieser technischen Fragen legte Thomas der Opposition los. Die „Freie Turnerschaft" Wolfen hat es ganz anders angetan. Er redete von Cäsarbumbereien, über die Bestrebungen von Ach- und Wehschreien und anderem mehr. In solcher Art und Weise erklärte er, daß jedoch eine Entschließung des Bezirkstrates vorliege, die sich für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen einsetzt. Der Artikel im „Klassenkampf", der zu der bekannten Einsendung eines Pressevertreters für den Bezirk beschäftigte, hat bei Thomas gefessen. Mit müßten wir feststellen, daß die kommunistische Presse. Als ein Gegenmittel gegen Zwillenrufe machte, glaubte Thomas wiederum Schimpfwörter anwenden zu können, indem er diesen Genossen folgenden Redensarten anfuhr:

„Du zu nicht ruhig bist, müssen wir Dich hinausstecken."

Bemerkungen von Thomas, die einen echt sozialdemokratischen Charakter, wurden zu einer heftigen Auseinandersetzung mit den Bezirksleitung führen. Danach gaben die Sportlerberichte.

Zur Diskussion sprachen eine Anzahl oppositioneller Delegierten. Die Sportgenossen Müller und Biermann behandelten die Presse. Letzterer wies besonders an Tatsachenmaterial nach, daß es gerade die „Freie Presse" ist, die die gemeinsten und gemeinsten Berichte über die Turnbewegung verbreitet. Unterstützt wurde dieser Bericht durch einen örtlichen Berichterstatter der „Freien Presse" und der SPD.-Redaktion gefälscht. Dies konnte Genosse Biermann an Hand von Abschriften nachweisen. Treffend waren die Ausführungen des Genossen Seifert, Pfetteritz, der den Ausschluß des Genossen Schöne behandelte. Da der Bundesvorstand alle Ausländer ausgeschlossen hat, erklärte Genosse Seifert:

„Sympathisiere lieber mit einem Proletarier, als mit einem Schuft. Der SPD.-Minister Severing jedoch hat in Köln bewiesen, daß er sich auf die Deutschen Turner stützt."

Weiter kann berichten, was sie will, von der SPD. wird es sich Schwindel hingestellt.

Genosse Jochler weist an dem vorjährigen Bericht über die Bezirkstagung in der „Freien Presse" nach, daß er wahrheitswidrig ist. Der „Klassenkampf" hat ihn objektiv und wahrheitsgemäß mit einem Kommentar der Redaktion. Auch kann der Presse nicht genommen werden. Die SPD. und Bundesleitung hat bewiesen, daß sie die Opposition fürchtet, wie die kommunistische Presse nicht von der Tagung ausgeschlossen worden.

Während der Ansprüche leitens der Opposition fühlte sich der Bundesvertreter Müller aus Magdeburg berufen, auf den Plan zu treten. Umerfenswert sind seine Ausführungen, da er die Spaltung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes durch Sportler behandelte. Er erklärte, daß die Stunde bald kommen wird, wo der Trennungsstrich mit der Opposition gezogen wird. Er rief aus: Deutsch,

daß die gesamte Opposition aus dem Arbeiter-Turn- und Sportbund von den Reformisten ausgeschlossen werden soll.

Er arbeitet der Bundesvorstand hin, um die gesamte Arbeiterbewegung in die Front der neudeutschen Imperialisten einzuschließen.

Genosse Petermann, Bitterfeld, rechnete scharf mit dem Bundesvorstand ab. Nichts hat dieser in den Fragen der Ausschlüsse getan. Zwar gibt er sich den Anschein, als ob er nicht dabeigewesen wäre. Damit will man die indifferenten Sportler täuschen. Die Reformisten einfangen. Die Bundespresse treibt eine schlimmere Hetze gegen die Opposition. Sie wird voll und ganz verantwortlich für die Parteipolitik der SPD. Die Spaltung hat bewiesen, daß nur parteigeistliche Zwecke für den Bund der Freien Turnerschaft aus dem Bunde vorliegen. Ein Sportlerantrag ist gegründet worden. Auch in Bitterfeld ist der Ausnahme der Reichsbanner-Handballmannschaft in den Bund, daß man ein Gegengewicht zu den Bitterfelder Vereinen schaffen will. Auf dem Kreistag Bitterfeld, keine Reichsbanner-Sportabteilungen aufzunehmen, wurde wird dagegen gehandelt. In den Bundestagsanträgen ist kein Passus vorhanden, der den früher gefaßten Beschluß in dieser Frage widerspricht. Der Bezirksrat treibt ein Doppelspiel in dieser Angelegenheit. Trotzdem Bitterfeld 03 sich statutengemäß gegen die Neugründung eines Vereins in Bitterfeld gewandt hat, bekam sie die Mitteilung vom Bundesvorstand,

daß „auf Urteil der Bezirksleitung" die Reichsbanner-Sportabteilung Bitterfeld vom Bunde aufgenommen werden kann.

Hiermit ist bewiesen, daß Thomas die Neugründung von kleinen Vereinen in den Orten unterstützt, wo größere oppositionelle Vereine vorhanden sind. Auch sind in Bitterfeld Fraktionssitzungen von der SPD. abgehalten worden, die sich mit der Neubildung einer Fußballabteilung beschäftigten. Kein Delegierter darf sich in den Illusionen wiegen, daß die Entschließung des Bezirkstrates betreffs der Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen, ernst gemeint ist. Diese ist weiter nichts als ein Manöver, um die oppositionellen Anträge abzuwürgen. Die Ausführungen des Sportgenossen Petermann fanden Beifall.

Da nun Karle vom Bundesvorstand erschienen war, meldete er sich nach der Rede Petersmanns sofort zum Wort, um eine Attacke gegen die Kommunistische Partei zu reiten. Wie die politische Einstellung dieses „berufenen" Führers der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung aussieht, beweist ein Ausspruch, indem er vom Zusammenbruch des „Klassen"- und Militärstaates im Jahre 1918 sprach.

Dies ist typisch, daß dieser SPD.-Mann schon vom Zusammenbruch des Klassenstaates redet.

Wenn dieser nicht mehr vorhanden wäre, würde es auch keine Opposition in der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung geben. Darauf behandelte er die Verhandlungen, die zwischen der LSJ. und RSJ. 1925 in Paris stattfanden. Die Russenspiele sind nach seinen Ausführungen dem Bundesvorstand nicht angenehm gewesen. Das kann man verstehen, da die Russen-Mannschaften die Sowjetunion und somit die Vertreter der Kommunistischen Partei verkörperten.

Die stürmischen, begeisterten Empfänge der Russen-Mannschaften in Deutschland wurden für die SPD gefährlich. Darum ist im Jahre 1927 in Helsingfors von den Reformisten die Ablehnung zur Moskauer Spartakiade beschlossen wurden. Karle glaubte, die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der Komintern für seine parteiischen Zwecke ausschlachten zu müssen. Mit den Organisationsbeschlüssen der KPD., in allen Massenorganisationen des Proletariats, Fraktionen und Zellen aufzubauen, glaubte er die Sportler gruselig vor der Opposition zu machen. Hier hat ganz offen der Bundesvertreter bekannt,

daß die SPD. vor der Zellen- und Fraktionsarbeit der Kommunisten die meiste Angst hat.

Immer mehr verliert sie an Einfluß unter den proletarischen Massen.

Eigentlich wollten wir über die Ausführungen des Parteisekretärs Baum, Bitterfeld, hinweggehen. Da aber SPD.-Thomas ihn selbst in die Schranken zurückverwies, mit den Worten: „Du darfst nicht denken, daß Du hier als Parteisekretär sprechen kannst", seien einige Angaben über ihn zu machen. Mit posenhaften Redensarten glaubte er, dem anwesenden „Klassenkampf"-Redakteur anpöbeln zu können. Dieser blieb ihm die Antwort nicht schuldig, die mit zur Erheiterung über Baums lächerliche Figur beitrug. Bewiesen hat er mit seinen Ausführungen, daß er ein Neuling ist und keinen Dunst von den Statuten hat. Für Baum ist die Hauptsache,

die Reichsbannersportabteilung geschlossen zu halten zum Kampfe gegen die Opposition.

Seine Dreckspritzer gegen den „Klassenkampf" lassen uns kalt, wissen wir doch seine Person schon richtig einzuschätzen. Viel Geschrei, Ueberheblichkeit und Pose und nichts steckt dahinter.

Die Mandatsprüfungskommission gab den Bericht. Von 61 Vereinen fehlten 8. 57 Delegierte sowie 8 Bezirkstatsmitglieder hatten Stimmrecht. Ein großer Teil der Delegierten machten aber kein Gebrauch davon. Dadurch ist es den Thomas und Ko. gelungen, die Führung des 8 Bezirks wieder an sich zu reißen.

Zuerst wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der allgemeine Bezirkstag II.8. am 27. Januar 1929 nimmt Kenntnis von den Ausschlüssen der Genossen Ernst Schöne, Pfetteritz, Chemnitz und Wolfen, sowie der Freien Turnerschaft Wolfen aus dem Arbeiter-Turn- und Sportbund (Leipzig). Der Bezirkstrat wird beauftragt, mit dem Bundesvorstand in Verhandlung zu treten zwecks Revision der vorgenannten Ausschlüsse."

Nachdem folgten die Anträge. Der Bezirksbeitrag ist von 10 Pf. auf 20 Pf. gesetzt worden. Auch müssen die Schiedsgerichtsverfahren von den Vereinen selbst getragen werden.

Bei der Wahl des Bezirkstrates verübten die Spalter ein ausgekochtes Ueberrumpelungsmanöver auf die Delegierten. Man ließ zuerst über den Bezirkstratsvorort Vorschläge machen und abstimmen. Der kellnerrtretende Vorsitzende drückte sich bei der Nennung der Ortsnamen zur Wahl so undeutlich aus, daß ein Teil der Delegierten zwar abstimmte, doch nicht wußte, für welchen Ort. Als sie Protest einlegten, wurden sie brüsk angefahren. Die Reformisten Busse und Karle schoben eifrig am Vorstandstisch. Daß die Sportler mit diesen Methoden nicht einverstanden waren, bewies die Bezirkstratswahl. Da Delegierte als Bezirkstratsvorort beschlossen war, mußten die Bezirkstratsfunktionäre aus diesem Ort genommen werden. Deshalb ist der Stützpunkt der Spalter, und so wurde Thomas mit 33 gegen 25 Stimmen wieder Vorsitzender. Hier zeigte sich die Abstimmungsfähigkeit der Delegierten.

Wenn alle mit abgestimmt hätten, so konnte die SPD.-Clique gestürzt werden.

Nachdem hielten Karle, Leipzig, und Busse, Magdeburg, je ein Referat. Vier bezirksoffene Treffen sollen dieses Jahr stattfinden, so in Gräfenhainichen, Pfetteritz, Nemsin und Prehna, und ein Waldlauf in der Dübener Heide. Spät nachmittags wurde der Bezirkstag mit einem dreimaligen „Frei Heil" geschlossen.

•

Ueber die Stellungnahme der Opposition zu dieser Bezirkstagung erscheint in den nächsten Tagen ein Artikel. Wir wollen die Sportler schon heute darauf hin, das Material in diesem Artikel zu verwerten.

Große Meisterschaftskämpfe der Schwerathletik

Ringkampf und Gewichtheben um die Kreismeisterschaft — Boxen um die Mitteldeutsche Meisterschaft

Nachdem die Bezirksmeisterschaft im 1. Bezirk (Halle) erledigt ist, treten nunmehr die Kämpfe um die höheren Meisterschaftstitel

am kommenden Sonntag, vormittags 9 Uhr, im „Volkspark"

in den Vordergrund. Schon wieder haben die hallischen Arbeitersportler und ihre Anhänger Gelegenheit, sich gutes Sport anzuschauen. Denn die bisher stattgefundenen Kämpfe waren reich an spannenden und technischen Momenten. Kein Interessent sollte daher diese leichtfüßige Veranstaltung versäumen. Die Kämpfe beginnen pünktlich 9 Uhr, so daß gegen 13 Uhr Schluß sein wird. Die Eintrittspreise sind sehr niedrig gehalten. Nutzen ist jedem Gelegenheit gegeben, sich diese Kämpfe anzusehen. Deshalb unterstützt die Veranstaltung und laßt euch nicht blenden von dem sensationellen bürgerlichen Sport.

Der 1. Bezirk (Halle) meldet folgende Bezirksmeister:

In der Schwerathletik: Germania-Fellenstein.

Im Boxen: Achilles.

Im Gewichtheben: Adler.

Unsere Vertreter sind genügend trainiert, um diese Kämpfe mit Erfolg bestehen zu können.

Im Ringkampf kämpfen um den Kreismeistertitel drei Bezirksmeister. **Germania-Fellenstein**, Halle, 1. Bezirk, **Adler** Holzweißig, 2. Bezirk, und **Roland**, Querfurt, 3. Bezirk. Germania-Fellenstein, als mehrjähriger Kreismeister und vorjähriger Gruppenmeister, ist als Ringermannschaft ein gefürchteter Gegner. Die Mannschaft ist in guter Form und wird als höherer Sieger über Querfurt und Holzweißig hervorgehen, obwohl die letztgenannten Vereine innerhalb ihrer Mannschaften sehr gute Kräfte haben.

Im Gewichtheben wird es zwischen **Adler**, Halle, vorjähriger Kreismeister, und **Kraton**, Köthen, einen heißen Kampf geben. Auch die dritte Sportart, das Boxen, ist am kommenden Sonntag mit vorgehen, welches wohl die größte Zugkraft für diesen Tag ist. Es ist die Begegnung um die Mitteldeutsche Meisterschaft zwischen Achilles, Halle, und Germania, Zörbig, Kreismeister des 7. Kreises. Die Achilles-Mannschaft als Kreismeister des 5. Kreises ist ebenfalls in großer Form, was ja auch ihre letzten Kämpfe wieder bewiesen haben. Diesmal werden die Kämpfe etwas schwerer werden, da Germania-Zörbig ein harter Gegner ist und vielleicht als Sieger hervorgeht. Wir aber wollen, daß auch Achilles verdient, den Kreis würdig zu vertreten und wünschen ihm den besten Erfolg, genau so, wie wir es den kommenden Kreismeistern im Ringen und Gewichtheben wünschen. Ein Besuch dieser großen Sportveranstaltung ist nur zu empfehlen und erwarten wir auch das Entgegenkommen der hallischen Arbeiterschaft. P. K.

Arbeiter-Athleten-Bund Deutschlands 5. Kr. 1. Bezirk

Zu den Kämpfen am Sonntag, den 3. Februar, im „Volkspark" werden folgende Sportgenossen als Kampfrichter bestimmt: Im Ringen die Sportgenossen G. Jakob, Alte Roßl, Th. Haba. Im Gewichtheben die Sportgenossen R. Gonnermann, Alte Roßl, Th. Haba. Als Ersatzrichter im Ringen Herm. Wittig, für Gewichtheben R. Wieser. Das Kampfgericht für das Boxen wird von Leipzig gestellt. Die Ringmatte stellt Germania-Fellenstein, die Hantel und das Pudiumsgewicht Magnesia stellt Adler, den Barring und die Waage stellt Achilles. Außerdem hat jeder Verein zwei Mann zur Besetzung der Kasse und als Kontrolle zu stellen, welche sich eine Stunde vorher am Saaleingang melden.

Paul Kretschmann, techn. Leiter.

Gr. Meisterschafts-Kämpfe der Schwerathletik

am Sonntag, dem 3. Februar, vormittags 9 Uhr im „Volkspark"

Ringkampf: „Germania-Fellenstein", Halle 1. Bezirk, „Adler", Holzweißig 2. Bezirk, „Roland", Querfurt 3. Bezirk.

Gewichtheben: „Adler", Halle 1. Bezirk — „Kraton", Köthen 2. Bezirk.

Boxen: Begegnung um die Mitteldeutsche Meisterschaft: „Achilles", Halle Kreismeister des 5. Kreises — „Germania", Zörbig Kreismeister des 7. Kreises.

Fußball

Die Spiele der Ausgeschlossenen

BSV.-Trotha 1. — Giebichenstein 1. 3 : 2 (3 : 1). Der jugendliche Erfolg, mit welchem Trotha antreten mußte, bewährte sich sehr gut. Es ist ein gutes Zeichen, daß Trotha noch immer über vollmerigen Spielsinn verfügt. Zeitweise wurden die Gäste vollkommen in ihre Hälfte zurückgedrängt. Aber die hohe Niederlage bei Giebichenstein war ihrem Selbstgefühl zu verdanken. Der Schwer arbeitende Sturm Trotthas konnte von ihnen nicht gehalten werden. Auch der Läuferreihe gebührt Anerkennung, denn die Läufer waren es, welche ihren Sturm immer und immer wieder mit Bällen füllten.

Trotha 2. —

Giebichenstein 2. 11 : 2.

Augsdorf 1. — Gütten 23 1. 2 : 5 (1 : 1). Augsdorf 2. — Gütten 2. 2 : 3 (1 : 1). Jahn Giebichen 1 — Ammsdorf 1. 0 : 1 (5 : 0).

7. Bezirk. Schiedsrichterlehrgang Sonntag, den 3. Februar, 10 Uhr, in Burgenerwirtshaus im Restaurant „Zum Krug". Schiedsrichterbuch ist mitzubringen. Anschließend findet ein Vereinsfunktionärkursus statt. Jeder Verein hat zwei Kassisten zu entsenden, andernfalls Bestrafung. — Vereinsvorsitzendenkonferenz Sonntag, den 10. Februar, 10 Uhr, im Hotel zum „Goldenen Stern". Jeder Verein muß vertreten sein, anschließend 12 Uhr Vereinsschiedsrichterkursus für Fußball. Jeder Verein muß Kassisten schicken. Anschließend, Gleichen je einen Kassisten, alle anderen Vereine zwei.

8. Bezirk. Sonnabend, den 2. Februar, in Bitterfeld Jugendveranstaltung.

Blau-Weiß 1. — Brandorf 1. 6 : 0 (3 : 0). Ein flottes, faires Spiel lieferten sich obige Gegner. Blau-Weiß konnte bis zum Seitenwechsel drei Tore erzielen. Nach Halbzeit gute beiderseitige Torbesuche, bei denen die Hallenser die Glücklicheren sind und das Resultat auf 6 : 0 stellen können. Das Spiel selbst war durch seine anständig faire Spielweise recht verdend für die Arbeitersportbewegung. Schiedsrichter: Schmidt.

Handball

6. Bezirk. Schiedsrichterversammlung. Am Mittwoch, den 6. Februar, findet in „Lockes Hof" unsere Obmannversammlung statt. Jeder Verein muß vertreten sein. Immer noch ist eine große Anzahl Vereine vorhanden, die auch nicht in Besitz der neuen Schiedsrichterkarten sind. In Zukunft erhalten die Vereine keine Schiedsrichter gestellt. Jeder Schiedsrichter muß im Besitze der neuen Karte sein. In diesem Jahre finden wieder Schiedsrichterkurse mit Prüfungen und Propagandaspielen möglich in jeder Gruppe statt. Vereine, die darauf Bezug nehmen wollen, müssen bis bis 1. März an Genossen Werge melden. Gute Mitgliedzahl muß natürlich vorhanden sein. Zum Bundestag werden auch noch gute Schiedsrichter nötig. Meldet recht bald, damit die Schiedsrichter eingeteilt werden können.

Salza 1. — Crimmerodorf 1. 9 : 8. Salza 2. — Oberröblingen 1. 14 : 1 (7 : 2). Salza Jugend — Kelbra Jugend 8 : 0. Kelbra Jugend weilte am 27. Januar in Salza, um ihr Rückspiel auszutragen und verlor abermals mit obigem Resultat.

Vereinsmitteilungen

T. u. S. Salza e. V., Abt. Fußball. Wir suchen noch für Ostern und Pfingsten spielstarke 1. Mannschaft (nur gute 1. Klasse) gegen Rückspiel auf unserem Platze. Außerdem für gute 2. und Jugend. Um Angebote bittet K. Theuerkauf, Salza (Harzhausen), Fichtestraße 11. [127

Allgemeiner Turnverein Weißenfels (Fußball-Abteilung): Freitag, 1. Februar, 20 Uhr, wichtige Spielerbesprechung in „der Weiße". Erscheinen ist Pflicht. [128.

1895 Weißenfels (Abt. Fußball): Sonntag finden folgende Spiele statt: 1. Elf tritt gegen Zeitz Elf an. Treffen 13 Uhr Mittelstein. Jugend gegen Eisleben Jugend, Anstoß 13 Uhr Mittelstein. 2. Elf spielt in Naumburg in folgender Aufstellung: Koch; Fuchs, Augustin; Weigelt, Bröbel, Z. Meier; Rohberger, Feuerabend, Kopke, Mettin, Feuerabend 2. Anstoß 11.47 Uhr. [129.

BSC. Trotha. Am 30. Januar, 8½ Uhr, findet eine Sitzung des Gesamtvorstandes statt. Wichtige Stellungnahme zu dem Antrag des Turn- und Sportvereins Trotha im „Volkspark" und die Bedürfnisse auf dem Maiskandal. Ferner findet am Sonnabend, 2. Februar, unsere fällige Monatsversammlung statt. Alle müssen restlos erscheinen. Pflicht jedes Vorstandsmitgliedes ist es, pünktlich zu erscheinen. [130.

Turn- und Sportverein Fichte Halle. Freitag, 1. Februar, 20½ Uhr, treffen sich alle Helfer und die noch mitheifen wollen im „Volkspark", Turnhalle, betreffs Einteilung zum Maskenball. [131.

Fichte Halle (Fußballabteilung). Freitag, 20 Uhr, im „Mansfelder Hof" Mannschaftsaufstellung. — Fußball-Schüler. Infolge der andauernden Witterung fallen alle Spiele und Sitzungen aus.

BSC. „Teutonia 98". Unabänderlicher findet unsere Mitgliederversammlung mit am 9. Februar statt. Am kommenden Sonnabend, 2. Februar, Treffpunkt im Vereinslokal, wegen alle Sportgenossen um Angehörigen unbedingt zu erscheinen haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290130-19/fragment/page=0007

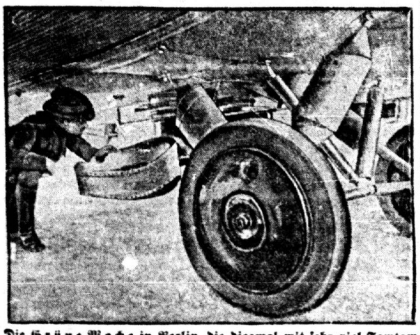
Haus - Hof - Garten - Fel

Quecksilber im Brot

Professor Alfred Stock, der vor kurzem Aufsehen erregende Mitteilungen über Quecksilber-Zahnfüllungen machte, veröffentlicht soeben — zusammen mit einem Mitarbeiter — das Ergebnis einer Untersuchung über eine vielleicht noch weitgehendere Gefahrenquelle für die öffentliche Gesundheit. Während bei den Quecksilber-Zahnfüllungen immerhin nur ein Prozentsatz der Bevölkerung bedroht ist, handelt es sich hier um eine Erscheinung, von der die breitesten Massen betroffen werden.

Professor Stock hat — um das Ergebnis vorwegzunehmen — festgestellt, daß das überaus gefährliche Quecksilber auch im Mehl und Backwaren auftritt. Er ging von der Beobachtung aus, daß sich zuweilen Spuren von Quecksilber in den Ausscheidungen von Personen befinden, die weder quecksilberhaltige Zahnfüllungen hatten, noch sonst auf irgendeine Art Quecksilber aufnahmen. Stock kam nun zu der Folgerung, daß das Quecksilber nur auf dem Wege der

Heute für die Landwirtschaft — morgen für den imperialistischen Krieg



Die Grüne Woche in Berlin, die diesmal mit sehr viel Tamtam aufgemacht wird, zeigt in ihrer Ausstellung Maschinen, die sich kein kleiner Bauer leisten kann. Unsere Aufnahme zeigt ein Flugzeug, das zur Bekämpfung der Schädlinge in Wald und Feld benutzt werden soll. Ein Jäger besichtigt die Streuvorrichtungen, die unterhalb der Flugzeuge angebracht sind. Es ist klar, daß diese Flugzeuge, die heute der Landwirtschaft dienen, im Falle eines neuen Krieges zu Trägern von Giftgasbomben werden und daß man sie auf die „feindlichen" Gegenden loslassen wird.

Nahrungsaufnahme in den Körper gelangt sein konnte. Diese furchtbare Annahme wurde durch seine Untersuchungen bestätigt.

Wie aber erklärt sich der Quecksilbergehalt des Mehles, des Brotes? In der Landwirtschaft kommen heute in sehr großem Maße Saatgut-Beizmittel zur Verwendung, die die durch Steinbrand u. dgl. entstehenden Schäden verringern sollen. Das Quecksilber bildet einen wesentlichen Bestandteil dieser Saatgut-Beizmittel. Es hat sich gezeigt, daß beträchtliche Mengen dieses Quecksilbers aus den Saatgut-Beizmitteln in die Pflanze und in die Ernte und von da aus in das Mehl und in das Backwerk übergehen. Trotzdem sind die auf diese Weise in die Nahrung gelangenden Quecksilbermengen so klein, daß sie kaum die Ursache von Gesundheitsstörungen werden können. Aber die Aufmerksamkeit darf nicht von diesem Punkte abgelenkt werden. Denn bei einer weiteren Verbreitung der Quecksilberbeizung vergrößert sich auch die Möglichkeit einer gesundheitsschädigenden Wirkung durch das Quecksilber. Schließlich kann das Quecksilber auch einen Umweg wählen: Wenn nämlich das Tierfutter — durch die Beizmittel — quecksilberhaltig ist, enthalten sogar die tierischen Nahrungsmittel des Menschen Quecksilber.

Ueberall findet das Quecksilber hier seinen Weg in die Nahrung, ohne daß der Mensch diesen Prozeß bewußt fördern oder nur herbeiführen würde. Doch auch das ist tatsächlich der Fall. Es kommt vor — und nicht etwa vereinzelt —, daß gebeitetes, nicht zur Aussaat benutztes Saatgut eine mißbräuchliche Verwendung als Futter findet oder gar mit zu Mehl vermahlen wird. Wenn auch kleine Quecksilbermengen unschädlich sind, so muß doch eine dauernde Einwirkung bei Tier und Mensch zu Erkrankungen führen. Es bestehen zwar Vorschriften, daß gebeitetes Saatgut nur nach gründlichem Auswaschen und nach Vermischen mit ungebeitetem Futter zum Verfüttern verbraucht werden darf und das Vermahlen ist überhaupt verboten. Aber was nützen die schönsten Vorschriften, wenn eine Ueberprüfung für das Befolgen dieser Vorschriften nicht möglich ist? Und daß die Vorschriften nicht befolgt werden, ist eine Tatsache, über die jetzt beispielsweise das Institut für Müllerei in den bewegtesten Tönen klagt. Nun ist man in gewissen Kreisen — wie immer — geneigt, die Schuld auf die wirtschaftlich Schwachen abzuwälzen, auf die Kleinbauern. So spricht man von den unüberschaulichen und unkontrollierbaren Verhältnissen, die bei den kleinen Bauern herrschen.

Es ist jedoch eine höchst zweifelhafte Frage, ob die Gewissenhaftigkeit der Landwirte mit der Größe des Landbesitzes entsprechend zunimmt. Dann müßten unsere Herren Großagrarier die wahren Tugendmuster sein (siehe Gefrierfleischkontigent, Agrarzölle, polnischer Handelsvertrag u. s. f.). Ueberdies kommt das Verantwortungsbewußtsein hier überhaupt nicht in Betracht. Denn die Untersuchungen von Stock haben ergeben, daß die Vorschriften unwirksam sind, da sich selbst in einem nach Vorschrift gebeizten Saatgut noch erhebliche Mengen Quecksilber befinden. Doch was tut's! Wie bei einem durch Rationalisierung verursachten Unfall der Arbeiter stets der „Schuldige" ist, so muß hier der Landprolet den Sündenbock für die Krautjunker abgeben.

Chemikus.

Die Wichtigkeit der Samenruhe

Nach der allgemeinen Annahme genügen zum Entstehen der Keimung Wärme, Feuchtigkeit und Sauerstoff. Diese Ansicht ist nur für eine kleine Zahl unserer Pflanzenarten gültig. Wintergetreide, Winterraps, Erbse und Linse keimen im gleichen Herbst noch, in dem sie zur Reife gekommen sind. Daher entsteht in nassen Jahrgängen das sogenannte Auswachsen am Stock. Die meisten übrigen Samen können jedoch nur nach einer längeren oder kürzeren Ruhepause einen Sämling hervorbringen. Man kann zwar das Keimen auch vor Ablauf dieser Zeit durch Bereitstellung der äußeren Lebensbedingungen erzwingen, doch sind die jungen Pflanzen dann zu einer weiteren Entwicklung nicht mehr in der Lage. Darum muß das Korn des Sommergetreides, der Same des Flachses und Hanfes unbedingt über den Winter liegen, der des Wacholders keimt erst im dritten Jahre. Jeder Gärtner weiß, daß die Samen der Gurkengewächse nach mehrjähriger Lagerung besser und sicherer gedeihen als bei sofortiger Aussaat im ersten Jahr. **Durch Beizen mit Kalk und Säure kann man die Samenruhe ab-**

Der „Ernte-Feldzug" in der US

(Von unserem Moskauer Sonderberichterstatter)

Noch liegt tiefer Schnee über den weiten Fluren der Sowjetunion, die Kuppeln des Kremls glitzern im Winterfrost, aber die Fragen der kommenden Aussaatkampagne beschäftigen bereits vollauf die Sowjetregierung und die Regierungspartei. Der von der Wirtschaftsplankommission ausgearbeitete Plan der Frühlingskampagne liegt bereits vor und wurde von der obersten Regierungsinstanz der Union, dem Rat der Volkskommissare in Gemeinschaft mit dem „Rat für Arbeit und Verteidigung" behandelt.

Die Direktive der „Kontrollziffern" der Planwirtschaft lautet für das kommende Jahr: Erweiterung der Anbaufläche um 7 Prozent und Steigerung des Ernteertrages um 3 Prozent. Infolge mißgünstiger Witterungsverhältnisse konnte das erstrebte landwirtschaftliche Programm in einer Reihe von Orten im vergangenen Jahr nicht erreicht werden, so daß jetzt der Ausfall der Wintersaat eingeholt werden muß.

In zahlreichen Zellenversammlungen und Parteiarbeiterkonferenzen der KPSU. wurden die Zahlen popularisiert, die den sozialistischen Aufstieg der Landwirtschaft bedeuten. Die Hilfe, die von der Sowjetregierung geleistet wird, bewegt sich in zwei Linien. Es wird erstens Saatgetreide an die armen und mittleren Bauernwirtschaften kreditiert und zweitens werden Maßnahmen zur Rationalisierung der Aussaat getroffen. Der Rat der Volkskommissare der Union bewilligte nicht weniger als 245,8 Tausend Tonnen Saatgetreide, davon entfallen 93,3 Tausend Tonnen auf die RSFSR. und 147,5 Tausend Tonnen auf die Ukraine. Die Verfrachtung und Beförderung des Saatgetreides geschieht, laut Anweisungen des Handelskommissariats, auf beschleunigtem Wege.

Jahrhundertelang warf der russische Bauer das Saatgut in die Erde so wie es aus der Erde kam: ungereinigt und unberührt. Die Folge war daß die Ertragsfähigkeit der russischen Landwirtschaft um einige hundert Prozent unter derjenigen Westeuropas stand. Die Sowjetregierung bedeutete auch hierin einen Wendepunkt. Jetzt gehört die Frage der Reinigung des Saatgutes zu den brennendsten Problemen der Landwirtschaft. Der Rat der Volkskommissare fordert von den Regierungen der einzelnen Republiken die Sicherstellung der Saatgutreinigung: in der Höhe von mindestens 10 Prozent von der Ukraine, 50 Prozent für Weißrußland und 30 Prozent für die RSFSR. (zur RSFSR. gehören die rückständigen Bezirke des hohen Nordens und Nordostens).

In den nächsten zwei Monaten werden Getreidereinigungsmaschinen dort aufgestellt werden, wo sie bisher unbekannt waren. Für Zwecke der Getreidereinigung hat die Regierung allein 1 750 000 Rubel assigniert. Verleihstellen für Reinigungsmaschinen werden dort eingerichtet, wo Sowjet- oder Kollektivwirtschaften über Reinigungsmaschinen verfügen.

Hand in Hand mit dem Kampf um besseres Saatgut geht der Kampf gegen die Feldplage und Dürre, für die von der Regierung größere Summen bereitgestellt wurden.

Soweit die Regierung. Aber keine Errungenschaft, kein Fortschritt ist in der Sowjetunion denkbar ohne die weitgehendste Beteiligung der Massen selbst. Partei, Kommunistischer Jugendverband, Gewerkschaften und alle sozialen Organisationen nehmen mit kollektiven Kräften jede neue Aufgabe auf und führen sie durch. Die „Prawda" und die gesamte Sowjetpresse führt bereits neben der Kampagne um die kommende Aussaatkampagne. Es wurde das Wort „Feldzug" geprägt, um die Dringlichkeit und Wichtigkeit dieser ganzen Arbeit für die Landwirtschaft, ja für den ganzen sozialistischen Aufbau der Sowjetunion zu kennzeichnen.

Die kommunistische Jugend, die Trägerin der neuen Kultur in das Sowjetdorf, spielt in der Kampagne eine aktive Rolle. Der Kommunistische Jugendverband „Ernte-Feldzug" der werktätigen Jugend an, der vom 15. Februar bis Getreideernte dauern wird und die Hebung des Ertrages, sowie die Kollektivisierung der Landwirtschaft erstrebt. Im Aufruf des Zentralkomitees des Jugendverbandes ist die Rede von der Vergeudung des Volksgutes, von Unwissenheit und Rückständigkeit:

„Die einfachen und gründlichen Zahlen unserer Tagung müßten jedem bekannt sein und müßten bei den Worten heißen Mutsch erzeugen, die Arbeitsmethoden unserer Sowjetfelder, ausgetrocknet durch die Dürre, verwüstet durch Plagen, erschöpft durch das Dreifelderfeldsystem, verreinigt durch fruchtloses Saatgut, durchfurcht von Gräben, bringen 6 bis 7 Zentner im Jahre, während in meisten Ländern Europas und Amerikas die Erträge von Weizen, Hafer und anderem Kornagetreide die auf Zwei- bis Dreifache übersteigen. Bei uns erreichen die Verluste infolge der Feldplage eine Milliarde Rubel. Das bares Saatgut setzt den Ertragertrag um 10 bis 15 Hektar herab; die Maschinen werden nur zu einem Drittel des Jahres ausgenutzt, zwei Drittel des Jahres stehen sie da; infolge falscher Behandlung stehen einige tausend im Schuppen; weil chemische Düngemittel fehlen und Mistdünger falsch verwandt wird, erschöpft sich der Boden mehr als er sollte . ." usw.

Das alles muß anders werden! erklärt der Aufruf der Sowjetöffentlichkeit unter Führung der Partei. Nicht allein, daß in Arbeiterklubs, Versammlungen und Sitzungen des „Feldzuges" besprochen werden, schon werden einige Jugendgenossen organisiert, die hinaus in die Dörfer, in Tausende von neuen Genossenschaften und Kollektiven sollen dank diesem „Feldzug" entstehen. Gewiß, keine Wunder erwartet diese Pioniere der Arbeit. Die Sowjetpresse, die rührige „Jugend-Prawda", berichtet ausführlich über die mühselige wie produktive Arbeit der Jugendgenossen in Dörfern. Wie oft wiederholt sich in diesen Berichten: Bauern dem Jungvolk aus der Stadt mit größtem Mißtrauen gegnen, aber mit um so mehr Dank und Freundlichkeit von ihnen — nach der getanen Arbeit — verabschiedet. Daß diese Arbeit der Partei und der Jugend in den Dörfern gefahrlos ist, zeigen die Zeitungsberichte über die Fortschritte des Klassenkampfes auf dem flachen Lande. Das Zentralorgan der Arbeiter- und Bauernkorrespondenten hat ständige Rubrik Verfolgungen der Arbeiter- und Bauernkorrespondenten. Da heißt es in jeder Nummer: Mißhandlung Kleinbauer Soundslo, der Landarbeiter Soundslo, die Bauernkorrespondentin Soundslo. Und in jeder Nummer heißt es: „ermordet" die Namen der Männer und Frauen, die sich für ein neues sozialistisches Dasein von Kulaks, Kulaknären und Agenten des Kapitalismus erschlagen ließen. Anschläge auf Arbeiterkorrespondenten werden von der Macht auf schärfste — bis zur Todesstrafe — geahndet. Die Opfer schrecken indes die mutigen Kämpfer nicht. Neben Spiel und mit Revolutionsliedern und roten Fahnen diese neuen „Kreuzritter" der proletarischen Revolution. Zehn Jahre des siegreichen Oktobers hinaus, um mit ihren Händen stolze Gebäude der Zukunft zu errichten. Der Triumph ist sein.

kürzen. Offenbar gehen während des Ruhezustandes irgendwelche chemischen Umsetzungen im Samenkorn vor sich, doch sind die Bedingungen hierfür noch nicht genügend erforscht. Es gibt aber auch Samen, die in ganz unverhältnismäßig kurzer Zeit die Keimfähigkeit verlieren, so kann z. B. der der Weide nur wenige Tage nach der Reife eine neue Pflanze hervorbringen. P.

Erkältetes Geflügel

Bei regnerischem und kaltem Wetter treten verschiedene Erkältungskrankheiten auf. Durch genauere Beobachtung kann man feststellen, daß mit Schnupfen behaftete Tiere den Kopf schütteln, um den in den äußeren Luftwegen befindlichen Schleim loszuwerden, oder den Schnabel zum gleichen Zweck unter dem Flügel abstreifen. zugfreier Stall hat sich als bestes Vorbeugungsmittel gegen jede Erkältung erwiesen. Daneben vermeide man es, bei windigem Regenwetter die Hühner hinauszutreiben, und lüfte dafür den Stall gut. Zeigen sich bei solcher Haltung Erkältungserscheinungen, so gebe man als Trinkwasser eine lauwarme Chinollösung (ein Gramm auf zehn Liter Wasser) oder eine solche von übermangansaurem Kali, die jedoch nur hell-weinrot gefärbt sein darf. Beim Auftreten von Husten bringe man die befallenen Hühner in einen geheizten Raum und setze sie in eine offene Kiste, die warm zugedeckt wird. Die Ernährung wird auf Körnerfutter

Grüne Woche in Berlin

„Roter" Heilmann oder die Preußen-Koalition trägt alles, auch Zollwucher der Junker!

und angewärmtes Wasser der obengeschilderten Zustände beschränkt. Mit Schleim verstopfte Nasenlöcher sind mit Watte zu reinigen. Rachen und Nase werden mit dreiprozentiger Kochsalzlösung ausgespritzt. Auch das Einatmenlassen von Kamillenöl ist zu empfehlen. Zur Behandlung bringt man in einen glühend gemachtes Stück Eisen, das zur Verhinderung von Brandschäden auf Blech gelegt wird, gießt einige Tropfen Kamillenöl über und deckt die Kiste rasch mit Säcken zu. Die erkrankten Tiere läßt man diese Dämpfe einatmen, indem man ihren Kopf für zwei Minuten unter den Sack steckt.

Moos und Flechten an den Obstbäumen

Diese wenig beliebten Ansiedler werden häufig zu Unrecht als Schmarotzer gehalten, während sie in der Tat sich vielmehr an Baumrinde mit ihren Saugwurzeln festhalten und dabei in keiner Weise nicht durch Entziehung seiner Säfte schädigen. Sie finden sich auch ebenso gern auf totem Holz oder abgestorbener Rinde vor. Die Schädlichkeit der Moose und Flechten ist vielmehr darin zu suchen, daß die Bestedelung sich ohne Eingreifen des Menschen im Lauf der Zeit über die ganze Rinde erstrecken würde, die dann der Atmung nur noch durch die Blätter erfolgen könnte. Es würde zu Verstopfen der Atmungsorgane der Rinde müßte aber im Winter zur Folge haben, das Laub abgefallen ist, zur Katastrophe führen.

Infolgedessen versucht der Obstbaumzüchter, die Zwergbäume zu entfernen. Dem beliebten Abkratzen mit Schaber oder Messer zeugen muß bei unlachgemäßer Ausführung aber nachdrücklich abgeraten werden, daß recht häufig eine Verwundung der unmittelbar darunterliegenden starren Rindenschuppen sitzenden sehr zarten Rinde verursacht und außerdem die jüngeren Aeste und fruchttragenden Zweige häufig bei der Säuberung übersehen werden.

Eine weniger gefährliche Bekämpfungsart ist das Bestreichen der Bäume, zu welchem Zweck sich die erprobten Arten des käuflichen Karbolineums sowie Kupferkalkbrühe gut eignen. Nach gründlicher Anwendung die Moose und Flechten zum Absterben bringen: die Winterwitterung kann dann die endgültige Entfernung vornehmen. Die Lösungen dürfen ganz wolentlich bei Bestreichen der Bäume im belaubten Zustande angewandt werden. Schädigung des Laubes ist ja nicht zu befürchten. Es ist darauf hinzuweisen, daß sich an jungen, in vollem Wachstum befindlichen Bäumen nur selten Moosansatz zeigt, außer in niederschlagsreichen Gebieten. Bei älteren Bäumen ist das Wachstum gering, infolgedessen läßt die Erneuerung des Laubes zu wünschen übrig; bei ihnen ist eine endgültige Beseitigung der Moosplage nur dann möglich, wenn neben der Bekämpfung auch eine planmäßige Ernährung erfolgt, die dem frischer Triebe anregt.

Milbenbefallene Futtermittel als Ursache von Krankheiten. Massenanhäufung von Futtermitteln und Aufbewahrung auf Speichern begünstigen die Vermehrung und Ausbreitung der Milben, namentlich der Mehlmilben. Mehlhaltiges Futter, Mischfutter und Fleischmehle werden besonders leicht befallen. Werden solche Futtermittel vor dem Füttern nicht bekämpft, gekocht oder erhitzt, so verursacht der Milbenbefall Krankheitserscheinungen, die bei starkem Befall zuweilen mit dem Tode des Tieres enden. In alten, feucht gelagertem Heu sind oft in Massen die Heumilben. Wird derartiges Heu verfüttert, so treten bei Pferden recht häufig Darmkatarrhe auf. Auch schlecht aufbewahrtem Mehl, Kleie oder Schrot verursachen Mehl- oder Käsemilben sollen ähnliche Krankheitserscheinungen hervorrufen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290130-19/fragment/page=0008

Aus den Betrieben

Firma Dietrich, Weißenfels, schwer reingefallen

Arbeitsgericht mußte Wiedereinstellung und Lohnnachzahlung für Kudrisch und Menzel beschließen

(Fortsetzung und Schluß)

Rechtsanwalt des Klägers verlangte kostenpflichtige Abweisung der Firma. All ihre Behauptungen seien nur an den Haaren herbeigezogen, um einen mißliebigen Betriebsrat loszuwerden. Er geht auf all die angeführten Gründe ein und beweist, daß die Zeugenaussagen die Unrichtigkeit der Behauptungen bewiesen. Im Falle Jäger hat selbige Einspruch eingelegt. Im Terminsvertretung war K. beurlaubt. Der Vertreter ging mit das bestehende Strafsystem. Strafen von über 2 Mark, all diesen gegenüber der Belegschaft haben K. nur berechtigt in Einspruch. Zu der Ausstellung einer anderen Entlassungsbescheinigung führte der Vertreter aus: Nur um die Arbeiterin und ihren Kinder nicht vier Wochen hungern zu lassen, hat K. das Geld, die Arbeiterin in den Genuß der Arbeitslosenunterstützung zu bringen.

Zu dem Vorsitzenden K. gewerkschaftliche Betätigung vorgeworfen wird, so ist auf die Anschläge der Werksgemeinschaft mit Unterhöhung der Direktion zu verweisen.

Es wurde zur Vernehmung des Zeugen Kölsch geschritten. Der Zeuge wurde von K. für den Verband geworben.

Der Zeuge Kölsch erklärte stolz, er sei Mitglied des Werkvereins unterständischer Verbände. Er vertrat lediglich seine Meinung. Auf die Fragen des Gerichtsvorsitzenden begann er immer mit einem Vortrage seiner Meinung. Dafür habe ihn sein Direktor Cornelius des öfteren mit einem Lob. Die Aufnahme in den Verband durch K. gab er zu. Auf Frage des Vertreters von Kudrisch, ob er nicht Pause gehabt, erklärte er: „Ich habe überhaupt keine Pause, sondern

bekomme 8 Stunden bezahlt und habe auch 8 Stunden zu arbeiten".

Im Hinweis des Vertreters, daß es doch in der Mittagspause so heiß, kann sich Zeuge an nichts mehr erinnern. Im großen und ganzen haben die Ausführungen des Zeugen jeden Anwesenden gezeigt, daß man es hier mit einem Unternehmerlakai erster Ordnung zu tun hat. Eine Vereidigung erfolgte nicht. Der Vertreter K führte aus, daß es sich um eine Unterhaltung während der Mittagspause über Lohnfragen, Arbeitszeit und Tarif gedreht habe. Den Verlauf Kölsch einen Aufnahmeschein, was ja durch Zeugen festgestellt werden kann, von Kudrisch verlangt hat. Betriebsleiter des Fabrikarbeiterverbandes, Schneider, welcher als eigentlicher Vertreter für K. erschienen ist, geht auch auf die

Mißstände im Betrieb

beim O. Dietrich ein. Er schildert, wie man schon seit Jahren bestrebt gewesen ist, systematisch die Betriebsräte aufs Straßenpflaster zu werfen. Bei einer Belegschaft von rund 1100 Mann hat Verfasserde K noch nicht einmal ein Sprechzimmer, keine Ecke um die Wünsche und Beschwerden entgegenzunehmen. Anträge vom Betriebsrat wurden von der Direktion abgelehnt.

Kudrisch hat man, um ihn nicht mit der Belegschaft zusammenkommen zu lassen, zwei Meter unter die Erde allein zur Arbeit in den Aschenkanal verbannt.

Das seien doch Zustände, die beweisen, daß die Firma sich um nicht an das Betriebsrätegesetz hält.

Nach den Ausführungen von Schneider dachte man, der Direktor Dietrich wäre wild geworden. Er warf K. vor, daß er nur die Interessen der Arbeiter vertreten hätte, niemals die Firma. Kudrisch habe die Firma achtzehnmal verklagt und gewonnen, mußte sie Entschädigungen an die Arbeiter auszahlen. Das Ackerlatein wäre noch weiter gegangen, wenn ihn der Gerichtshof nicht unterbrochen hätte.

Nach der Urteilsberatung wurde erst noch

der Fall Menzel

behandelt. Menzel war, genau wie Kudrisch, Mitglied der Betriebsrates und wegen gewerkschaftlicher Betätigung fristlos entlassen worden. Vor dem Arbeitsgericht Weißenfels hatte selbiger Prozeß gewonnen, wogegen die Firma O. Dietrich Berufung einlegte. Hörten wir, was der Vertreter der Firma Dr. Beier, Leipzig, „Begründung" vorbrachte: Menzel hätte, unter Versäumnis der Arbeitszeit, seine Mitarbeiter von der Arbeit abgehalten und agitiert, dem Metallarbeiterverband beizutreten. Zwei Zeugen wurden vom Vertreter der Firma benannt. Vom Meister Cornelius wurde wiederum das Ackerlatein verzapft. Menzel wurde hier als Mühler bezeichnet, welcher heraus muß, um Ruhe zu haben. Er dulde keine gewerkschaftliche Betätigung, sagt vor seiten der Werksgemeinschaft. (Cröllwitz wäre Beweis genug.)

Auch welcher Rechtsschutz vom Metallarbeiterverband ausgeübt wurde von Heine, Halle, vertreten. Heine beantragte sofortige Abweisung und ging näher auf die Anschuldigungen des Zeugen ein. Er führte aus, daß sich Menzel keine Arbeitsverletzung oder Amtsverletzung habe zuschulden kommen lassen. Die Zeugenaussagen der Vorsitzenden könnte eine Verletzung nicht bewiesen werden. Weiter ist zu bedenken, daß die Zeugen unter wirtschaftlichem Drucke der Firma stehen. Wenn der Zeuge

keinen Eid leisten wollte,

auf die Drohung der Verhaftung hingewiesen, dann muß die Aussagen der Firma O. Dietrich und ihrer Zeugen in Frage stellen, jede Glaubwürdigkeit absprechen. Die gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiter ist ja erst durch die Firma herausgefordert worden. Durch Begünstigung der Werksgemeinschaft hat die Firma tarifvertragsbrüchig gemacht. Denn diese Werksgemeinschaft ist bemüht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Verbände in Tarifgemeinschaft mit den Arbeitgebern, zu umgehen, auch die Firma O. Dietrich, festgelegt haben, umzugehen. (Das ist Eure „Wirtschaftsdemokratie", Heine! Der Berichterstatter.)

Vertreter Heine erinnerte dann den Direktor Cornelius daran, daß man der Werksgemeinschaft erst am vergangenen Weihnachtsfest 100 Mark gegeben habe.

Es bleibt sich dann zur Urteilsberatung zurück und nach vierstündiger Beratung folgendes:

Der Fall Kudrisch wird die Firma mit ihrer

Berufung abgewiesen.

Berufung, welche eine Entlassung nach dem § 123 der Reichsgewerbeordnung rechtfertige, liegt hier nicht vor. Die angeführten Gründe genügen auch nicht, um eine Entlassung nach dem § 124 a der Reichsgewerbeordnung zu rechtfertigen. Amtsverletzung sowie Arbeitsvertragsverletzung liegen nicht vor. Im besonderen wurde hier ein Reichsarbeitsgerichtsurteil zitiert. Die Revision wurde in dem Urteil abgelehnt.

Im Falle Menzel wurde das Urteil ausgesetzt auf den 17. Januar, um noch weitere Zeugen zu laden.

Im Zusammenhange bringen wir hier auch den Bericht von der Nachverhandlung. Als Zeuge der Firma waren erschienen die Arbeiter Kirchner, Lehmann und der Meister Ost. Für Menzel auch ein Zeuge. Hören wir, was diese famosen Arbeitsstollegen gegen Menzel auszusagen hatten. Der erste Zeuge, Kirchner, ist Mitglied des Werkvereins. Er gibt an, daß Menzel ihn aufgefordert habe, in den Verband einzutreten. Der Zeuge Lehmann sagt dasselbe, nur habe er dabei Arbeitszeitverlust bis zur Höhe einer Viertelstunde gehabt. Bei diesem Zeugen trat so richtig hervor, wie er über die Existenzmöglichkeit seiner Mitarbeiter schamlos hinweggeht. Als dritter Zeuge kam Meister Ost, welcher nun durch eine Rede schmählichster Art das Betriebsratsmitglied Menzel schlecht machte. Dabei war dieser Mensch überhaupt nicht als Zeuge geladen.

Ein weiterer Zeuge tritt für Menzel auf. Er bekundet, daß der Vorstand der Werksgemeinschaft während der Arbeitszeit mit der Aufforderung an ihn herangetreten sei, beizutreten. Halbestundenlang sei das gewesen. Auf dem Klosett habe der Vorstand der Werksgemeinschaft stundenlang die Kollegen von der Arbeit abgehalten. Die Arbeiter, welche sich geweigert hatten, habe der Betriebsleiter Kurz anderntags mit schlechter Arbeit gedroht. Auf die Frage des Direktors Cornelius an den Zeugen, ob er beeiden könne, daß die Betriebsleitung die Werksgemeinschaft unterstützt habe (wie naiv, Herr Direktor Cornelius!), erklärte sich der Zeuge mit einer Bestimmtheit, welche keinen Zweifel an der Wahrheit aufkommen ließ, dazu bereit. Der Vertreter von Menzel ging auf die Zeugenaussage ein. Er wies darauf hin, daß die Firma schon einen Zeugen von Menzel entlassen habe und die anwesenden Zeugen aus Angst vor Entlassung besangen seien.

Das Gericht zog sich zurück und verkündete nach längerer Beratung die

Abweisung der Firma O. Dietrich mit ihrer Berufung.

Dem Antrag auf Amtsentheben wurde stattgegeben.

Leider ist der Kollege als Betriebsrat erledigt.

Was hat der ganze Prozeß gelehrt?

Kudrisch und Menzel müssen wieder eingestellt und der Lohn muß ihnen vom Entlassungstage an gezahlt werden.

Kudrisch bleibt weiter als Vorsitzender des Betriebsrates.

Papierarbeiter von Weißenfels, erkennt endlich die Notwendigkeit an, mit der Opposition im Fabrikarbeiterverband zu kämpfen. Werdet oppositionelle Mitglieder, um für eine Verbesserung der Betriebsverhältnisse und für die Beseitigung des ganzen Systems der Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft.

Abonniert den „Klassenkampf", das Organ der Arbeiterschaft, welches gerade in dem Kampfe der Belegschaft und ihrer Vertrauensleute gegen die Dietrich, Cornelius, Beier und Komforten so offen und klar die Sache der Arbeiterschaft verteidigte.

Schwerer Betriebsunfall

Von einem Kohlenwagen erfaßt und überfahren wurde am Montag der Arbeiter Gustav Kloppe auf dem Anschlußgleis der Burgkemnitzer Werke. Mit inneren Verletzungen wurde er in das Knappschaftskrankenhaus Carlsfeld überführt.

Gewerkschaft „Gute Hoffnung" nach wie vor eine Schinderbude

A.-K. Der Direktor R. unternahm dieser Tage einen Schritt, der der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten werden darf. Wir befragen ihn hiermit öffentlich: Ist es wahr, daß Sie zum Brikettverladen eine Anzahl Erwerbslosser anforderten mit der Bemerkung, sie dürften keiner Knappschafts- und keiner Krankenkasse angehören? Ist es ferner wahr, daß, als Ihnen die betreffenden Leute sagten, sie möchten Dauerstellung haben, Sie zu den Leuten sagten, sie sollten nur mal die Stempelkarten mitbringen und anfangen zu arbeiten, das andere regelten Sie schon?

Da jetzt gerade Hochtonjunktur ist, sind Ihnen die Arbeitslosen gerade recht, und wenn der Druck vorbei ist, werden sie brüsk wieder auf die Straße gesetzt. Sie scheinen besonderen Wert darauf zu legen, gestützt auf die SPDisten, mit den ärmsten der Armen zu verfahren wie mit einem Stück Vieh.

Der aufgeblasene Betriebsführer kann sich über die Kritik im „Klassenkampf" gar nicht wieder beruhigen. Er läuft herum wie wild. Wir raten ihm aber in seiner „Strenge" nachzulassen, denn erstens weiß heute schon jeder, daß wirkliches Können und Arbeitsenergie doch nicht dahinter steckt, und zweitens wird er mit seiner Anrempelei und seinen Provokationen doch den Artikelschreiber nicht herauskriegen, derselbe hat es erreicht, aus dem Machtbereich des L. fort, und bei anderer lohnenderer Arbeit unterzukommen. Auch ist es nicht nur die Arbeiterschaft, die Sie als Büttel betrachtet, auch in Ihren bürgerlichen Kreisen drückt sich der Unwille aus, und es herrscht Mißstimmung gegen Sie. Ihre Fiedelei bei der Weihnachtsbescherung ändert daran nur insofern etwas, daß sich jeder sagt: „Das ganze Jahr hindurch die Proleten ausquetschen bis auf die Knochen, und dann zum Schluß in „Wohltätigkeit" mimen, das sind die Richtigen." — Wir wollen uns heute hier nicht weiter mit Ihrem übrigen Verhalten auch außerhalb des Betriebes beschäftigen. Wenn Sie jedoch Wert darauf legen, sich den Arbeitern immer wieder als Musterknabe vorzustellen und ihnen predigen, wie sie schweigen und dienen sollen, so werden wir auch näher auf Ihre „Fähigkeiten" eingehen. Sie werden dabei nicht sehr günstig abschneiden. Den Arbeitern und Erwerbslosen aber sagen wir: Macht auf, schließt Euch zusammen zum Kampf gegen weitere Verelendung, gegen die Willkür der Vergewaltigen, die Euch heute niederhalten, um ihre Wirtschaft auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu gestalten, um Euch morgen in den aus solchem Konkurrenzkampf unvermeidlich wieder entstehenden Krieg als Kanonenfutter und Opfer der Giftgasangriffe für „ihre Wirtschaft", d. h. für ihren Profit vollends dem Tode zu überantworten.

Du mußt zur Versammlung gehen

ADGB., Ortsausschuß Weißenfels. Donnerstag, den 31. Januar, fällt der Bildungsabend aus.

An die erwerbslosen Arbeiter und Arbeiterinnen Mitteldeutschlands!

An die Erwerbslosenausschüsse! An die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben!

Ungeheuerlich steigt die Not der Erwerbslosen.

In diesen Wochen scheiden Hunderttausende Saisonarbeiter aus der Erwerbslosenversicherung aus.

Die Zahl der von der Krisenfürsorge nicht Unterstützten beträgt ungefähr 700 000.

Die Zahl der Ausgesteuerten nimmt wöchentlich zu. Die auf Grund der Erwerbslosenversicherung und Krisenfürsorge gezahlten Unterstützungen reichen nicht aus, um das nackte Leben zu fristen, und dabei ist damit zu rechnen, daß selbst nach Beendigung der Wintererwerbslosigkeit auf Grund der Konjunkturschwankungen 1½ bis 2 Millionen dauernd erwerbslos bleiben.

Kollegen und Kolleginnen! Wir müssen einen konsequenten Kampf führen. Wir müssen Maßnahmen beraten und treffen, wie wir gemeinsam

die Arbeiter der Betriebe und die Erwerbslosen

zum Kampfe führen für

1. **Sofortige Inangriffnahme des Baues des Südflügels vom Mittellandkanal, sowie eines großzügigen Bauprogramms von Wohnungen.**
2. **Erhöhung der Unterstützung auf zwei Drittel des verdienten Lohnes für alle Erwerbslosen, bis sie vom Arbeitsamt Arbeit erhalten haben.**
3. **Sofortige Beseitigung der Verordnung vom 28. Oktober 1927, wonach Saisonarbeiter in ihrer viermonatlichen Erwerbslosigkeit nur noch 8 Wochen Unterstützung erhalten.**
4. **Erleichterung der Lebensbedingungen der Erwerbslosen durch Beschaffung von verbilligten Lebensmitteln, Kohlen, Milch, sowie Licht und Gas, Schaffung einer einwandfreien Speiseküche durch die Kommunen, Streichung von rückständigen Gas- und Elektrizitätsrechnungen, sowie Zahlung von Mietbeihilfen.**
5. **Sofortige Wiedereinführung des Achtstundentages in der gesamten Industrie, unter Zahlung des Lohnes, den sie bis zur Einführung desselben erhielten.**

Im Verfolg unseres Aufrufes vom 16. Januar berufen wir zum Freitag, dem 8. Februar, vormittags 10 Uhr, nach Halle a. d. S., „Volkspart", eine

Bezirks-Erwerbslosenkonferenz

mit folgender Tagesordnung ein:

1. **Die Massenerwerbslosigkeit und die Aufgaben der Erwerbslosen im Kampfe um ihre Forderungen.** Referent Erich Steffen, Berlin.
2. **Die Organisierung der Erwerbslosenbewegung im Bezirk.**
3. **Wahl des Bezirks-Erwerbslosenausschusses.**

Die Erwerbslosen haben überall Sorge zu tragen, daß Erwerbslosenausschüsse gewählt werden. Der Delegationsmodus ist folgender:

Bis 100 Erwerbslose 1 Delegierter
Bis 300 Erwerbslose 2 Delegierte
Bis 500 Erwerbslose 3 Delegierte
Bis 1000 Erwerbslose 4 Delegierte
Für jedes weitere 1000 einen Delegierten mehr.

Die Wahl der Delegierten muß sofort erfolgen. Die Namen, sowie genauen Adressen derselben sind an den Kollegen Max Peter, Halle, Leipziger Straße 94, mitzuteilen, damit wir ihnen Mandat und Tagesordnung zusenden können.

Jetzt heißt es, heran an die Arbeit, damit wir zusammen mit den im Produktionsprozeß stehenden Arbeitern den Kampf um die oben genannten Forderungen in breitester Front der Massen der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen alle Mächte der herrschenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung führen können und als Erwerbslose nicht abseits stehen, sondern in erster Reihe marschieren.

J. A. des provisorischen Bezirkserwerbslosenausschusses
Max Peter, Halle a. d. S., Leipziger Str. 94.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290130-19/fragment/page=0009

Mansfeld-Sangerhausen

Front Heil, Kameraden!

Der Eisleber Ortsgruppe des Stahlhelms soll zu Weihnachten ein großes „Heil" widerfahren sein.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat der Kassierer und Eisenbahn-Angestellte Hirschberg, Mitglied des Stahlhelms, die Weihnachtskasse um 500 Mark mit Hilfe kleiner Mädchen erleichtert. Als die Mitglieder das erfahren hatten, sollen sie alle Heil! Heil! Heil! gerufen haben. Wir glauben das aber nicht. Wir sind nämlich besser unterrichtet. Es soll ziemlich lange Gesichter gegeben haben. Wer sollte sich auch freuen, wenn der Kassierer 500 Mark schon vor Weihnachten für sich und ein paar kleine Mädchen verbraucht? Wo doch die armen Kameraden das ganze Jahr an den 500 Mark gespart haben.

Hier können sich wieder die Proleten, die noch im Stahlhelm sind, ein Beispiel nehmen. War es nicht schon immer so, daß die, welche die größte Schnauze hatten und am meisten auf die Kommunisten schimpften, selbst die größten Strolche waren. Wir erinnern nur an den „Kameraden" Oberleutnant Gädicke. Dieser war doch auch ein Freund vom Pastor Knoblauch. Wenn dieser in der Lage gewesen wäre, er hätte alle Kommunisten auf einmal gefressen. Und dieser kleine Katholik Hirschberg war im Maulaufreißen gegen die Kommunisten immer mit der erste. Arbeiter, die Ihr noch im Stahlhelm seid, macht Schluß, verlaßt das sinkende Schiff, ehe es zu spät ist, denn die Pleite wird von Jahr zu Jahr größer. Hirschberg ist inzwischen „versetzt" worden.

Aus dem Gemeindeparlament Oberröblingen

Zur Einleitung sei bemerkt, daß diese Sitzung ein anderes Bild ergab als die sonstigen. Die Ortsgemeinschaftler trumpften ordentlich auf, weil kein einziger Arbeiter als Zuhörer anwesend war.

Punkt 1: Dem Antrag der Arbeitervertreter auf Abgabe von Milch für minderbemittelte Kinder auf Kosten der Gemeinde wird gewaungenermaßen zugestimmt. Voraussichtlich sollen 20 Kinder in Frage kommen. Was ist das aber bei 450 Kindern in unseren Schulen? Obwohl der Antrag schon mehrere Monate zurückliegt, scheiterte seine Ausführung bisher an der bureaukratischen Einstellung der hierfür in Frage kommenden Kreisbehörde.

Punkt 2: Antrag der Arbeitervertreter auf Einführung der Kontrollkarte für Stromabnehmer. Der Antrag brachte fast die ganze Ortsgemeinschaft aus dem Häuschen. Vor allem war es Herr Schmidchen, der da glaubte, durch die beantragten Kontrollmaßnahmen ein Mißtrauen gegen seinen Ortsgemeinschaftsbruder zu erblicken. Deshalb mußten die Antragsteller ganz gehörig herhalten. Die empörende Stellungnahme konnte dadurch erfolgen, weil kein einziger Arbeiter es für nötig hielt, diese so wichtige Sitzung zu besuchen. Einblick in die Kommunalpolitik kann man nur erlangen, wenn man fleißig die Gemeindevertretersitzungen besucht. Man sollte meinen, daß das etwas ganz Selbstverständliches ist, daß bei den heutigen Verhältnissen die Kontrolle nicht scharf genug sein könne. Aber weit gefehlt. Herr Schmidchen ist nun einmal der Mann, der alles weiß, auch das, — — daß in Oberröblingen niemals Korruptionsfälle vorgekommen sind, außer denen seines Ortsgemeinschaftsbruders.

Punkt 3: Antrag der Arbeitervertreter auf Bereitstellung von Mitteln zwecks Lernmittelbeschaffung für minderbemittelte Kinder, wird nach einigen Umgehungsversuchen zugestimmt.

Punkt 4: Dem Antrag des Arbeiter-Männerturnvereins und der Arbeitervertreter zwecks Erwerbung eines Gemeindesportplatzes wird Rechnung getragen dadurch, daß das Gelände des Privatsportplatzes, rund 8 Morgen (Preis je Morgen 1000 Mark), von der Gemeinde erworben wird.

Außerdem wurde der Beschluß gefaßt, das Zechenhaus des Alter-Kaliwerkes für 8000 Mark zu erwerben, um daraus sieben Wohnungen herzustellen. Auch lagen zwei Bürgschaftsanträge von Siedlern vor, welche nach kurzer Debatte genehmigt wurden, und zwar unter Bedingungen, die der Gemeindevorsteher nur halb verlas. Es soll nämlich für den Siedler Wolf nur gebürgt werden, wenn er bei den Ausführungen nur hiesige Gewerbetreibende heranzieht. Von wegen Holz. Das wirft natürlich kein gutes Licht auf den Gemeindevorsteher, denn die Gemeindevertretersitzung hat dies nicht beschlossen und weiß davon auch nichts. Dies alles den Ortsein wohnern zur Kenntnis mit der Aufforderung, künftig recht zahlreich die Gemeindevertretersitzungen zu besuchen.

Kulturzustände in Erdeborn

A.-K. Geradezu zum Skandal ausgeartete Zustände herrschen in unsere Gemeinde. Wenn man im Sommer durch die Denkmalstraße geht und an der Stelle vorbei kommt, wo aus dem Theuerjahrschen Gehöft die Abwässer herauslaufen, so muß man sich die Nase zuhalten vor lauter Gestank. Nun besteht doch wohl ein Gesetz, das verbietet, Jauche oder übelriechende Abwässer aus dem Grundstück auf eine belebte Straße laufen zu lassen. Warum wird denn dieses Gesetz nicht auch auf den Rittergutsbesitzer Theuerjahr angewendet? Wenn mal ein kleiner Hausbesitzer oder ein Mieter schmutziges Wasser auf die Straße in die Gosse schüttet, dann ist gleich ein Strafmandat da. Im Winter kann man an obengenannter Stelle vor lauter Eis nicht durchkommen, welches die Straße in einer Breite bis zehn Meter bedeckt. Das sind keine gesunden Verhältnisse und wir verlangen Abhilfe.

Weiter ist es ein Skandal, wenn den minderbemittelten Einwohnern, welche kein Fuhrwerk besitzen, seitens der bürgerlichen Gemeindevertretung zugemutet wird, die Asche nach den Seeplatz zu fahren bei diesen ganz miserablen Wegen. Von diesen Herren hat es bestimmt keiner nötig, die Asche oder sonstigen Unrat mit dem Handwagen oder Tragkorb nach der See zu schaffen. Wenn Ihr Herren schon verlangt, daß die Asche dort hingeschafft werden soll, dann sorgt auch für gang- und fahrbare Wege. Ihr dürft Euch dann nicht wundern, wenn den ganzen Weg hinunter Aschehaufen liegen. Ihr habt doch das Rittergut Ruische in einen schönen Kranz von Schlacken legen lassen, aber nach der See fahren ja nur kleine Bauern und arme Leute, von Eurem Standpunkt ist es schon richtig. Immer nach altem Motto und Eurem Ehrenwahlspruch: Erdeborn, der allen ehrenamtlichen Erdebornern, alle anderen können sich „von Moskau" gangbare Wegeverhältnisse schaffen lassen.

Nur so weiter, im Herbst wird Euch die Generalabrechnung bei der Wahl gegeben werden.

Ebenso sind alle öffentlichen Wasserleitungen zugefroren. Wenn nun mal Feuer ausbricht, was dann? Wo sollen übrigens die Einwohner, welche keine Wasserstelle im Hause haben, ihr Wasser zum Haushalt hernehmen? Gebt uns mal Antwort, Ihr Schildbürger.

Polleben. Das Schneegestöber hat auch bei uns erheblichen Schaden angerichtet. Hier sind im Akaziengraben u. a. 20 Pflaumenbäume beschädigt worden. Verschiedene sind darunter, wo nur der Stamm mit Krone dasteht. Verantwortlich für diesen Schaden machen wir den Ortsvorsteher aus dem einfachen Grunde, weil er und, vielleicht noch einige andere die beiden Gemeindearbeiter aufs Straßenpflaster gesetzt haben. Sie hätten jetzt keine Arbeit mehr für sie. Die Bäume hätten gerettet werden können, wenn man den beiden Gemeindearbeitern den Auftrag gegeben hätte, die Bäume freizumachen. Wäre das auf frischer Tat geschehen, hätte der Ortsschulze nichts zu verantworten. Infolge des eingetretenen Tauwetters sind die Bäume durch die Schwere des Schnees auseinandergetrieben worden. Und wir sagen nochmals, das hätte verhindert werden können. Falsche Sparsamkeit zum Schaden der Gemeinde.

Stangerode. Vertagung des Bahnbaues Aschersleben—Stangerode? Wie verlautet, wird die Vorlage über das Kleinbahnprojekt nach Stangerode auf dem am 11. Februar zusammentretenden Provinziallandtag noch nicht zur Behandlung kommen, da die Vorarbeiten bis zu diesem Zeitpunkt kaum fertiggestellt werden können. Die Angelegenheit würde danach um viele Monate vertagt werden müssen. Von einer günstigen Ausgabe des Projektes ist keine Rede.

Artern. Dienstbotenlos. Diejenigen, welche das Hotel „Zur Krone" als Gast besuchen, können feststellen, daß der Besitzer ein sehr netter Herr ist. Die Gründe dafür sind sein scharfer Geschäftssprüfrum, der die Umgangsformen bestimmt. Ganz anders wird das Gesicht, sobald er seinen Gästen den Rücken kehrt und in Frontstellung dem Personal gegenübersteht. Die teilweise noch jungen Mädchen sind für Herrn Nolz der Tummelplatz seiner Launen. Haben schon die „Dienstboten" an und für sich eine Arbeitszeit, so bringt es dieser Pasche fertig, den Tag, die Arbeit zu unterbreiten in der Zeit abends um 8 Uhr, aber auch vor, daß die Mädchen Mitternacht aus dem Bett geholt werden. Er hat aber zuletzt auf Granit gebissen. Mit Mädchen waren sich einig und haben Herrn Nolz stehen lassen. Er richten auf die Gesundordnung des Hotels „Zur Krone" Drohung mit der Polizei war fruchtlos. Dem Personal aber zu, daß es not tut, sich gewerkschaftlich zu organisieren, dadurch energischer diesen Leuten entgegentreten zu können. Ihr drei Mädchen tatet recht, als Ihr dem Nolz eine Antwort gabt, daß es noch keine Kommunistengesetze gäbe. „Aber für uns Mädchen gibt es auch keine Stahlhelmgesetze."

Nordhausen und Harz

Die Nordhäuser Erwerbslosen auf dem Plan

Das hiesige Gewerkschaftskartell hatte die Einberufung einer Erwerbslosenversammlung abgelehnt. Der Sekretär und SPD.-Mann Wellmann erklärte unseren Genossen, daß keine Notwendigkeit für die Einberufung einer derartigen Versammlung vorhanden sei.

Dieser Bonze kennt keine Erwerbslosigkeit und kann auf Grund seiner politischen Einstellung ein derartiges Urteil nur fällen. Zirka 350 Erwerbslose hatten sich in voriger Woche in der „Eintracht" eingefunden, um das ausführliche Referat des kommunistischen Landtagsabgeordneten Otto Schlag, Halle, anzuhören. In trefflichen Worten schilderte dieser die wirtschaftliche Lage und die Einstellung der bürgerlichen Parteien sowie der SPD. im Reichs- und Landtag zu der Erwerbslosenfrage. Keine Hilfe ist von diesen Parteien zu erwarten. Diese arbeiten im Interesse der Erhaltung des bürgerlichen Staates. Nur durch die breiteste Mobilisierung der großen Erwerbslosenmassen kann ein Druck auf die Parlamente zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen der Erwerbslosen erzielt werden. Mit großem Beifall wurden die Ausführungen entgegengenommen.

Eine ausgiebige Diskussion bewies, daß die Nordhäuser Erwerbslosen hinter der KPD. stehen. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Die am 22. Januar in Nordhausen gutbesuchte Erwerbslosenversammlung protestiert gegen die vom Reichsarbeitsminister Wissell erlassene Ausnahmeverordnung und gegen das am 14. Dezember 1928 im Reichstag verabschiedete Gesetz gegen die Saisonarbeiter. Die Versammelten sprechen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die diesem Gesetz zugestimmt hat, ihre schärfste Mißtrauen aus. Sie geloben, den Kampf der KPD. in- und außerparlamentarisch zu unterstützen. Die Erwerbslosen fordern Annullierung dieses Gesetzes."

Die Bleicherödder Erwerbslosen protestieren

Die Mißstände auf der Stempelstelle in Bleicherode veranlaßten die dortigen Erwerbslosen, in einer öffentlichen Versammlung dagegen zu protestieren. Ueber 300 Erwerbslose waren erschienen.

In dem Raum, wo die Erwerbslosen abgefertigt werden, gibt es fast keine Fenster und der Fußboden ist vollständig schlammig. Auf ihre Abfertigung müssen die Erwerbslosen oft stundenlang warten. Hinzu kommt, daß dieser Stall nicht alle Personen zu fassen vermag, die zum Stempeln erscheinen. In Wind und Wetter müssen die Erwerbslosen auf der Straße stehen. Die Erledigung der Anträge durch das Kreisarbeitsamt Nordhausen dauert oft sechs bis sieben Wochen.

In dieser Zeit müssen die Erwerbslosen hungern, oder Schikanen der oft reaktionären Gemeindevorsteher.

All diese Zustände kamen in der Versammlung zur Sprache. Nach einem sprechende Entschließung wurde einstimmig gefaßt, das Arbeitsamt Nordhausen abgesandt. Hier wird sofortige Abänderung der Zustände verlangt.

Die zuständigen Wohlfahrtsstellen wurden in einer weiteren Resolution wesenden angenommenen Resolution ersucht, sofort Stellung zu nehmen und für die kleinen Kinder der Erwerbslosen, Milch abzugeben, willigen. Den Parteien, von den Deutschnationalen bis zur SPD., wurde in einer Entschließung das schärfste Mißtrauen ausgesprochen, da sie dem Saisonarbeitergesetz ihre Zustimmung gegeben haben. Ein Erwerbslosenrat wurde in der Versammlung ebenfalls gebildet.

Somit haben die Erwerbslosen sich zusammengeschlossen, um der nächsten Zeit weitere Forderungen zur Verbesserung ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage zu stellen.

Der bequeme Seelenhirte in Pustleben

Vor kurzem starb am Orte eine Arbeiterfrau, die nicht der Kirche noch angehörte. Da die Wohnung der Verstorbenen halb des Dorfes liegt, hielt es der „Seelenhirte" nicht für in das Trauerhaus zu gehen. Er wartete vielmehr an der Kirche des Ortes und wollte mit dem Trauerzug gleich durch den Ort zum Friedhof gehen. Er ist anscheinend der Ansicht, daß die Arbeiterfrau nicht viel Behebens gemacht zu werden brauchte.

Doch die trauernden Hinterbliebenen waren anderer Ansicht und gingen mit dem Sarg durch das Dorf. Auf dem Friedhof der Seelenhirte eine Rede, die zum Steinerweichen war. Die Ortsgruppe der Kommunistischen Partei nahm an der Beerdigung teil. Doch stellte sie sich abseits, um nicht die illustrierte Rede des „Seelenhirten" mit anhören zu müssen. Als er den Sarg mit den roten Schleifen sah, ging ihm das Blut in den Kopf und schimpfte auf die „schlechten Menschen", die nicht an Gott glaubten. Die reinsten Kindermärchen erzählte er. So u. a., wenn ein guter Mensch sterbe, hätte er auch ein ganz schlechtes Gewissen. Redensarten wirkten außerordentlich lächerlich in einer bewegten Stunde.

Der Genosse D. legte einen Kranz am Grabe nieder und sprach kurze ergreifende Worte. Diese hatten bestimmt mehr Wirkung bei der Trauergemeinde, als die des Seelenhirten. Es ist eine Heiterkeit von Pustleben ergeht der Ruf: „Heraus aus der Kirche! Tretet ein in die revolutionäre Partei des Proletariats, die KPD.!

Macht Schluß mit der sozialdemokratischen Mißwirtschaft in Teutschenthal

Teutschenthal, 29. Januar.

Der größte Schuft im ganzen Land . . . .

Im „Volksblatt" vom 25. Januar erschien unter dem Titel „Etatsberatung in Unter-Teutschenthal" ein Artikel, der in puncto Gemeinheit so leicht nicht seinesgleichen finden wird. Nur ein Mensch, der in seinem Machthunger skrupellos über Leichen geht, kann sich derart der Denunziation und der Lüge bedienen, wie es in diesem Artikel geschehen ist.

Der Genosse H. aus Teutschenthal wird einfach wider besseres Wissen mit einem Bericht im „Klassenkampf" vom 22. Januar in Verbindung gebracht und aufs gemeinste denunziert. Weiter werden Behauptungen aufgestellt, daß die kommunistischen Vertreter mit Fuhrmann und Ullrich bis zu Wentzels Trabanten (Dr. Ketzler) verbunden wären. Nur ein Demagoge schlimmster Sorte kann etwas Derartiges behaupten. Es ist hierorts hinreichend bekannt, daß gerade wir Kommunisten im „Klassenkampf" rücksichtslos das arbeiterfeindliche Verhalten eines Fuhrmanns bis zum Wentzel bei jeder Gelegenheit brandmarkten.

Wenn die Kommunisten Böttges Etat abgelehnt haben, dann bestimmt aus anderen Gründen, als die Fuhrmann und Ullrich. Es ist eine Infamie sondergleichen, die Kommunisten des Paktierens mit Wentzel zu beschuldigen,

wo gerade Böttge in der letzten Sitzung vorgeworfen wurde, daß er mit seinem Etat vor der Sitzung in Wentzels Bureau gewesen war und um Hilfsstellung gewinselt habe.

Böttge ist in weitem Umkreis, selbst in den Reihen seiner eigenen Genossen, als rücksichtsloser Gewaltmensch bekannt. Auch in den Jahren, seit er als Pascha in Teutschenthal wirkt, hat er schon manches Opfer zur Strecke gebracht. So weit wir orientiert sind, ist er auf dem besten Wege, weitere Existenzen zu zertreten. Nur weiter so, um so früher kommt die Stunde, wo aller Welt seine Unsähigkeit und zynische Brutalität offenkundig wird und er verschwindet. Wären wir so gemein wie der Artikelschreiber im „Volksblatt", müßte er vor Scham vergehen, wenn er nicht jeglichen menschlichen Empfindens bar ist.

Im weiteren wollen wir heute den Einwohnern Grundbesitz und Schulden der Gemeinde nach dem aufgestellten Sonderetat bekanntgeben.

Wohnhäuser:	
Gemeindehaus Nien	15 000 Mk.
Gemeindehaus Rudloff	35 000 Mk.
Gemeindehaus Wiegandt	2 500 Mk.
Gemeindehaus Bode	2 500 Mk.
Gemeindehaus Armenhaus	2 500 Mk.
Gemeindehaus Kopfweg 1	35 000 Mk.
Gemeindehaus Kopfweg 2	35 000 Mk.
Gemeindesiedlung Wiesenweg	318 000 Mk.
Schule am Würdenhof	45 000 Mk.

Acker, Gärten, Obstnutzungen:	
Gemeindeäcker	10 000 Mk.
Bauplätze	27 500 Mk.
Nutzgärten Rudloff	2 000 Mk.
Obstplantagen	2 500 Mk.
Sonstige Obstpflanzungen	2 500 Mk.
Vermögen:	546 000 Mk.
Schulden:	
Sächs. Provinzialbank	153 000 Mk.
Hauszinssteuerhypotheken	40 000 Mk.
Hauszinssteuerhypotheken	52 000 Mk.
Hypothek a. d. Wohn.-Fürsorgefonds	90 000 Mk.
Baukosten, Zwischenkredite	130 000 Mk.
Verbandssparkasse	39 000 Mk.
Aufwertungshypotheken	3 200 Mk.
Landesbaukasse, staatliche Kreiskasse und Kreiskommunalkasse	10 000 Mk.
Insgesamt Schulden:	517 000 Mk.

Die Summe von 517 000 Mk. Schulden erscheint Einigen noch dunkel. Böttge wurde in der letzten Sitzung [illegible] interpelliert und er versprach, demnächst eine bessere [illegible] Aufstellung vorzulegen. Es ist fraglich, ob die wirkliche Schuldlast nicht noch höher ist.

Für die Grundstücke sind teilweise Summen angegeben, [illegible] Reich der Phantasie gehören.

Wer sollte für Rudloffs Wellerwandbuden 35 000 Mk. zahlen, die alte Schule 45 000 Mk.? Es ist nicht angegeben, [illegible] 19 000 Mk. Gemeindeacker sein soll. Desgleichen für [illegible] Bauplätze. Auch nach der Seite der Rentabilität erscheinen [illegible] schiedene angegebene Wertsummen einzelner Grundstücke als [illegible] mente.

Nach dem Etat bringen die 19 000 Mk. Aecker nur [illegible] Pacht ein, also 1,2 Prozent jährlich. Die beiden [illegible] Kopfweg bringen an Miete 2440 Mk. und nur allein [illegible] dienst erheischt die Summe von 2800 Mk. Die Mieter [illegible] ersten 30 Wohnungen am Wiesenweg wurden jetzt rückwirkend zum April 1928 monatlich um 5 Mk. erhöht. Nach Böttges [illegible] sind für Verzinsung usw für den gesamten Gemeindebesitz [illegible] Mark erforderlich, dem auch eine errechnete Einnahme [illegible] Höhe gegenübersteht.

Wir verstehen Böttge sehr wohl, wenn er jetzt eine [illegible] zusammenschieben will und mit nur auserlesenen [illegible] seiner Couleur in eine Dunkelkammer verschwinden [illegible]

Man will auf diese Weise der öffentlichen Kritik entgehen, den verhetzten Kommunisten jeden Einblick in die „[illegible] technischen Glanzleistungen" der Clique verwehren.

Zum Schlusse wird in dem Schmähartikel im „Volksblatt" [illegible] einer Gesellschaft gesprochen, womit man die Kommunisten [illegible] die kein Recht hätten, sich als Richter aufzuspielen. Die [illegible] näre der Kommunistischen Partei wären Waschlappen, wenn [illegible] im Interesse ihrer Wähler nicht gegen die Willkür [illegible] zu wehren wüßten. Bei den Wahlen 1928 erhielten die [illegible] ziösen 684 Stimmen, die SPD. 857, sämtliche bürgerlichen [illegible] 436 Stimmen. In Anbetracht dieser Tatsachen kann [illegible] Gewaltmensch vom Schlage Böttges einen großen Kreis [illegible] wohnern herausfordern, wie es im „Volksblatt" geschieht. [illegible] werden bestimmt die Stunden kommen, wo sich viele [illegible] Gemeindewähler erlauben werden, über die heutige [illegible] richten. Was die Drohung gegen den Genossen H. [illegible] sind wir überzeugt, daß, wenn es in Böttges Macht [illegible] und seine Familie rücksichtslos zertritt. Es muß um [illegible] Willen und Können eines „Kucharbeiter-Funktionärs" [illegible] bestellt sein, der sich nicht scheut, zu dem schmutzigsten [illegible] Denunziation zu greifen, um damit ja einen armen [illegible] Proleten zu belasten. — Pfui Teufel!

Besucht die LLL.-Feiern!

Mittwoch, den 30. Januar:

Eilenburg, 20 Uhr, in der „Stadthalle". Referent: Gen. Behnke.

Freitag, den 1. Februar:

Köthen-Benna, 20 Uhr, im Lokal Lindner. Ref.: Gen. Lessig.

Sonnabend, den 2. Februar:

Raundorf (Krs. Torgau), 20 Uhr, im Lokal P. Müller. Referent: Gen. Behnke, Halle (Lichtbildervortrag).

Teutschenthal, 20 Uhr, im „Würdenhof". Referent: Gen. Sachs.

Querfurt, 20 Uhr, in der „Sonne". Referent: Gen. Lahemann.

Greppin, 20 Uhr, im Lokal Schmidt. Referent: Gen. Plättner, Bitterfeld.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290130-19/fragment/page=0010

Aus dem Saalkreis

Achtung, Erwerbslose des Saalkreises!

Montag, den 4. Februar, findet 10 Uhr vormittags in der „Produktiv", Lerchenfeldstraße 14, eine Kreisarbeitskonferenz des Saalkreises statt. Alle Arbeitslosenräte des Saalkreises müssen dort vertreten sein.

Prov. Bezirks-Erwerbslosenausschuß.

Stadtverordnetensitzung in Könnern

Tagesordnung umfaßte zehn Punkte. Als erster: Bureauvorsteher wurden zwei Vorschläge eingebracht. Da die gleiche Stimmenzahl erhielten, mußte das Los entscheiden. Bei der Wahl der Kommissionen wurden ohne wesentliche Abänderungen die Kommissionen wiedergewählt. Eine Ausnahme bei der Fürsorge- und Gesundheitskommission ein. Hier wollten die Bürgerlichen einen Kriegervereinler hinein, was natürlich unsere Genossen energisch mit der Begründung zurückwiesen, daß nur Vorschläge von Vereinen berücksichtigt werden, welche wirkliche Wohlfahrtspflege treiben. Hier wurde sich der bürgerliche Vorsteher in der ersten Stunde, so daß unsere Genossen veranlaßt waren, ihn in die Schranken zurückzuweisen.

Bei der Wahl der Gesundheitskommission stellte Genosse Arthur Schröder fest, daß dieselbe seit 1924 noch nicht getagt hat, es erfolgte sofort, dieselbe sofort einzuberufen. Als treffenden Beispiel erforderte, dieselbe sofort einzuberufen. Als treffenden Beispiel für die Notwendigkeit führte Genosse Peter an, daß im Hause ein sechsköpfige Familie in einer Stube wohnt, darin kocht und wäscht.

Bei der bürgerlichen Vertreter Nischan als Magistratsmitglied mit den üblichen Zeremonien eingeführt.

Kommissionsbericht, Revisionsbericht und Kassenabschluß zeigen ein Defizit von 87 000 Mark heraus, ebenso, daß eine Neuigkeit, daß der Bürgermeister einen Mahnbrief in Höhe von 300 Mark im Jahre 1923 irgendwo liegengelassen haben und dadurch eine verspätete Quittung erfolgte.

Unter Friedhofsangelegenheiten bestand ein Beschluß des Magistrats von 1905, welcher nur Kirchenangehörigen eine Kapelle gewährte. Die linke Seite erklärte, da dies ein reiner Friedhof und kein kirchlicher ist, lassen sich die Kommunisten nicht vom Gemeindekirchenrat in kommunalpolitische Angelegenheiten hineinreden. Auch dürfte der Kirchenrat sich das sogenannte Konkordat noch nicht im Reichstag verbeten.

Friedenverpachtung wurde mit acht Stimmen der Bürgerlichen beschlossen. Dann hatten die Erwerbslosen einen Dringlichkeitsantrag mit folgenden Forderungen eingebracht: 1. Errichtung einer Speiseküchen für Erwerbslose; 2. Ermäßigung des Lichtpreises um 50 Prozent; 3. Für Kinder der Erwerbslosen ein Liter Milch pro Tag ein halbes Liter Milch auf Kosten der Gemeinde zu verabfolgen. Das neugebackene Magistratsmitglied, Herr Kaufmann, jetzt jetzt Kassenbeamter der Kreisbank, erklärte, daß Dringlichkeit nicht vorhanden ist. Durch das scharfe Auftreten unserer Genossen und unter dem Drucke der Erwerbslosen, die Saal füllten, mußte sich auch dieser arbeiterfeindliche Mensch mit der Dringlichkeit einverstanden erklären. Es wurde beschlossen: Der Magistrat soll sofort eine Vorlage unterbreiten. Zur dritten Forderung wurde beschlossen, vom 1. April bis zum 28. Februar 1929 den Kindern die Milch zu verabfolgen.

Kommunisten fordern die Arbeiterschaft von Könnern auf, zum Beispiel an den Erwerbslosen zu nehmen und bei Verhandlungen der Stadtverordneten, wo es sich um Arbeiterinteressen handelt, durch Massenbesuch und Demonstration während der Verhandlungen Forderungen mehr Druck zu verleihen. Nur durch ein Vorgehen der Arbeiterschaft unter Führung der Kommunisten ist es möglich, ihre Forderungen durchzusetzen und die Verfehmt der Sozialdemokraten mit dem Bürgerblock zu zerreißen. Darum, Arbeiter, aufgepaßt bei den kommenden Stadtverordnetenwahlen. Damit endlich auch bei uns in Könnern eine kommunistische Mehrheit im Parlament und Magistrat einzieht, denn nur dann habt Ihr die Gewähr, daß Eure Interessen vertreten werden.

An dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, daß alle Eltern, welche ihre Kinder zur Jugendweihe schicken wollen, dieselben beim Genossen Fritz Peter in Könnern, Obere Braunschweiger Straße 8, anzumelden haben.

Ammendorf. Arbeiter, wollt Ihr, daß Eure Kinder unter der Fuchtel der Pfaffen erzogen werden? Nein! Dann erscheint zur öffentlichen Versammlung der Freidenker am Donnerstag, dem 31. Januar, im Gasthaus Radewell (Werther). Dort spricht der Genosse Lehrer Schulz, Schkeuditz.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Landgemeindetag für die Provinz Sachsen in Halle

Am 6. Februar soll in Halle der Provinzial-sächsische Landgemeindetag zusammentreten.

Die zu behandelnden Themen beschäftigen sich mit der Frage des „Mittelbeamtenen Eingemeindungsproblems", mit „Allgemeinen kommunalpolitischen Fragen", der „Zusammenarbeit der Arbeitsämter mit den Gemeinden" und der „Stellung der Gemeinden in Reich und Staat".

Alle Genossen der KPD., welche an dieser Tagung teilnehmen, werden ersucht, dies sofort der Bezirksleitung Halle-Merseburg, Abteilung Kompol, Halle a. d. Saale, Lerchenfeldstraße 14, mitzuteilen. Die Genossen werden außerdem jetzt schon aufgefordert, bereits am 5. Februar in Halle zu sein und sich bei der BL. zu melden, damit vorher die Fraktion der Kommunisten zusammentreten kann.

BL. Halle-Merseburg, Abtlg. Kompol.

Kretzschau. Eine Beleidigungsklage gegen den Zimmermeister Hermann Sp. von hier fand vor dem Gericht in Weißenfels seinen Abschluß. Am 28. Oktober vorigen Jahres kam Sp. von Zeitz nach Theißen in den Gasthof „Zum blauen Stern" und unterhielt sich mit dem Gastwirt. Im Laufe des Gesprächs äußerte sich Sp. über den Vorsitzenden des Elektrizitäts-Verbandes Scharfenberg in verärgerter Weise, weil von der Gesellschaft in seinem Grundstück ein Mast aufgestellt worden war. Sch. hatte mit ihm deswegen mehrmalige Auseinandersetzungen gehabt. Er behauptete, daß der Geschäftsführer von der Gesellschaft ein Gehalt von 12 000 Mark erhielt und nichts von der Sache verstünde. Früher hätte der Bauer Vogt die Stelle vertreten, welcher kaum seine Wege bezahlt erhalten habe. Außerdem erhalte er von den die Kupferkabel liefernden Firmen noch Prozente, welche bei einem Millionengeschäft nicht so knapp ausfallen würden. Nächstens wäre in Naumburg Verhandlung gegen Macha und Scharfenberg, da käme Verschiedenes ans Tageslicht und wenn er Zeugen hätte, würde er der Verhandlung beiwohnen. In dem Elektrizitäts-Verband stinkt es so wie früher in der Elsaß. Die Unterredung haben nach Angaben des Wirtes zwei Fremde gehört, die sich Notizen gemacht und diese vermutlich Scharfenberg mitgeteilt haben. Durch diese Aeußerungen fühlte sich Sch. beleidigt und er teilte dies dem Regierungspräsidenten mit, worauf beide Strafantrag stellten. Ein vor der Verhandlung geführtes Telephongespräch mit Sch., ob er nicht den Strafantrag zurücknehmen wolle, wenn der Angeklagte sich bereit erklärt, die entstandenen Kosten zu tragen, wurde von diesem abschlägig beschieden. In der Verhandlung bestreitet der Angeklagte, die Aeußerungen getan zu haben. Mit den Projekten bei dem Millionengeschäft habe er einen anderen gemeint. Jedoch erklärte der Zeuge, daß nur von Scharfenberg die Rede gewesen sei. Der Zeuge sagte aus, daß er letzterem keine Mitteilung von dem Gespräch gemacht habe, das könnten nur die zwei Anwesenden gewesen sein, die einen dritten fragten, wie der jetzige Angeklagte heißt. Der Staatsanwalt hält den Angeklagten nach § 186 StGB. der öffentlichen Beleidigung für schuldig und beantragte eine Geldstrafe von 500 Mk. Das Gericht verurteilt ihn zu 150 Mk. Geldstrafe evtl. zehn Tagen Gefängnis und spricht den beiden Strafantragstellern Publikationsbefugnis in den „Zeitzer Neuesten Nachrichten" und im „Volksboten" zu.

Frankroda. Wegen Schülermangels geschlossen. Die hiesige Schule wurde wegen Schülermangels geschlossen. Der Vorsteher des Frankrodaer Schulverbandes gibt bekannt, daß die vor drei Jahren neuerbaute Lehrerwohnung an einen ruhigen Privatmieter zu vergeben sei.

Rasberg. In der Mittwoch-Nummer versucht der Zeitzer „Volksbote" eine Rechtfertigung der sozialdemokratischen Vorgänge, die unser Gemeindevertreter kritisiert hat, loszulassen. Das ganze Gestammel von Göthe zeigte aber nur, daß unser Bericht wirklich gesessen hat. Auf seinen Inhalt ist der „Volksbote" gar nicht eingegangen. Er versucht nur, unseren Genossen Gippner zu besudeln, die Anwürfe fallen jedoch auf Göthe selbst zurück.

Merseburg-Querfurt

An alle Erwerbslosen und Erwerbslosenräte des Unterbezirks Merseburg-Querfurt!

Der provisorische Kreiserwerbslosenrat beruft hiermit für Sonnabend, den 2. Februar, vormittags 10 Uhr, in Merseburg, Lokal „Funkenburg", eine Konferenz aller im Kreise vorhandenen Erwerbslosenräte ein. Genossen! Beschickt diese Konferenz, damit wir zu einem einheitlichen Vorgehen gegen die Schandgesetzgebung und die Regierungsparteien kommen.

Merseburg. Der Magistrat läßt die Schnaken verfolgen, natürlich mit dem Ziele, sie zu vernichten, so erfahren wir aus der städtischen Verwaltung. Es werden von der Stadt beauftragte Personen durch die Häuser kommen, die die Vernichtung der Plagegeister zur Aufgabe haben. Wenn auch keine Gefahr irgendwelcher Art für Menschen und menschlichen Verkehr in den Kellern bei der Mückenvertilgung bestehen soll, so täte jeder doch gut, vorsichtshalber alles Eßbare, Kartoffeln, Aepfel oder sonst noch empfindlichere Sachen gut zu bedecken und wenns nur mit Papier ist. So wird es auch am einfachsten sein, die zur Strecke gebrachte Schnakenbrut zusammenzuräumen und in den Feuertod zu schicken, denn verbrennen muß man das Zeug unter allen Umständen noch, damit es nicht wieder auferstehe und schließlich doch wieder „gen Himmel fahre".

Querfurt. Die LLL.-Feier findet am Sonnabend, dem 2. Februar, abends 8 Uhr, in der „Sonne" statt. An der Veranstaltung wirken mit: der Genosse Strzelewicz nebst Tochter, die Kapelle des RFB. und der Arbeiter-Gesangverein. Die Ansprache wird Genosse Lademann halten. Der Eintrittspreis ist sehr niedrig gehalten. An alle Werktätigen ergeht der Ruf, sich an dieser Veranstaltung vollzählig zu beteiligen.

Lettewitz. Motorrad und Rodelschlitten. Ein aus Wettin kommender Motorradfahrer fuhr beim Nehmen einer Kurve das Schulmädchen Ida W. mit seinem Rodelschlitten um. Das Mädchen wurde etwa 15 bis 20 Meter weit mitgeschleift und schwer verletzt.

Wettin. LLL.-Feier. Sonnabend, den 2. Februar, veranstaltet die KPD. und der RFB. der Ortsgruppen Wettin, 20 Uhr, im Gasthof zum „Kleinen Schweizerling" eine LLL.-Feier. Programm: Ansprache, Theateraufführung und Musik, ausgeführt von der RFB.-Kapelle. Karten an der Abendkasse 50 Pf. Rentner und Erwerbslose bei Vorzeigen der Stempelkarte 30 Pf. Arbeiter und Arbeiterinnen von Wettin und Umgegend, erscheint im Massen.

Rauendorf. Todessturz mit dem Motorrad. Auf der Landstraße Gnölbzig — Rauendorf geriet ein Motorradfahrer, der 21jährige Otto Fiedler aus Halberstadt, in ein Schlagloch, wodurch der Vorderreifen platzte. Fiedler trug bei dem Sturz einen tödlichen Schädelbruch davon.

Dem Glück entgegen ★

Roman von Victor Margueritte

...e in der Küche verschwand, betrachtete er seine Nichte mit ...rem Blick. Seit langem war sie nicht mehr so lebendig und ...ranne gewesen. Er war zu klug, um zu vermuten, daß diese ...ärme auf die Anwesenheit Mougniers zu schieben sei. Er ...nnte bemerkt, daß sie zwar den Steuereinnehmer für einen ...ichten Gesellschafter hielt, aber niemals auf den Gedanken ...ommen würde, einmal seine Frau zu werden.

„Es ist gut," dachte er, während er auf die beiden Töpfe auf ...ersteht aufpaßte ... „ganz ausgezeichnet ist's sogar, daß sie ...ch mit jungen Leuten hat. Einer von ihnen wird vielleicht ...ch wieder ins Gleichgewicht bringen. Sie ist doch erst drei...ig, da ist noch Hoffnung! ..." Indessen schüttelte er ...opf, als er jenseits der Wand den ungleichen Schritt des ...ar auf die Fliesen hämmern hörte, denn er sah voraus, daß ...r morgen Kummer geben werde ... Kummer, dem weder ...ch noch irgend jemand würde abhelfen können ...

...ngst, in diesen Gesitt sich mit weniger Heftigkeit als in ...ndschaftlichen Hirn, aber mit einer alles überwältigenden Langsamkeit die gleiche Kristallisation geschehen, daß sich schon in die Familie aufgenommen, und wie sich die andern lebte. Sein ganzes Streben und seine Einmischung mit diesem jungen reizenden Wesen zu vereinigen, an das er, ohne ihn zu kennen, sich seit Spis verzweifelten Besuch in Lussac nicht verlassen hatte, schien ihm an diesem Abend ein wirklich erreichbares Ziel zu sein. Der schlichten Herzlichkeit gegenüber, mit der er empfangen wurde, glaubte der Kriegsbeschädigte schon, daß er sich ein Ziel zu haben; endlich würde er kein Strandgut ...ehr! Würde sein Leben in festem Grunde verankern können ...ie andern ein Heim haben ... sein Heim!

„Was soll ich die Kuchen tun, Fräulein Spirita?"

„Nein, nennen Sie mich doch nicht Spirita. Das ist so feierlich, ...ie Spi."

„Was ist es nicht?"

„Ich ... So, da haben Sie eine Schüssel."

„Soll ich um die kleinen Törtchen und Plätzchen ordnen.

„Wir sind fertig. Und Du, Pate?"

„Komme ... ich komme schon!"

Als sie zu ihm in die kleine Küche trat, schob er sie zärtlich ...

„Und jetzt Dich. Du läufst den ganzen Tag genug umher. Und ...ch Mougnier. Ich komme gleich ..."

Unbeachtet und fragte den Steuereinnehmer, wie weit er mit ...ichtung seiner Wohnung sei. Er glaubte in dieser höflichen Aufmerksamkeit ein günstiges Zeichen zu erblicken und sah ...ie Seite schon in der Wohnung, die man gerade neu gestrichen ...ar, noch groß genug war für ein Ehepaar.

„Noch der Salon muß tapeziert werden. Die Wohnung ist ...ichtung ... Mein Vorgänger wohnte seit Jahren dort. Es ...ich ein wahres Glück, daß das Ehepaar mit Rücksicht auf ...ungen ihres jüngsten Kindes, das eine Luftveränderung ...ich mit mir getauscht hat! Ich habe ebenso viel Platz wie in ...ohnung, könnte zu fünft dort wohnen ..."

...ie sein künstliches Bein vergessen und wiegte sich in Illu...ihm Wunsch materialisierte ... Plötzlich fing er den Blick auf, den Spi, ohne an seine Amputation zu denken, auf seine Schuhe heftete, und um zu zeigen, daß ihn das nicht geniere, lehnte er sich in den Sessel zurück und streckte sein künstliches Bein aus, als ob er sich höchst behaglich fühle.

„Wenn erst die Tapeten kleben, wirds ganz reizend sein. Natürlich bedürfte es noch einer weiblichen Hand ... Wenn Sie mich beraten könnten ..."

Sie wich aus.

„Haben Sie schon eine Bedienung gefunden?"

Er verzog den Mund:

„Ja. Sie kommt morgens, wenn ich nicht da bin. Wenn ich nach Hause komme, bin ich immer allein. Und glauben Sie mir, das ist hart."

Sie bemerkte:

„Das ist Ihre eigene Schuld ... (und so wenig begriff sie, wo er hinaus wollte ...). Sie müßten sich verheiraten!"

Er glaubte freie Bahn zu haben und legte los, aber eine letzte Vorsicht ließ ihn das Angebot seines Herzens in einen scherzhaften Ton hüllen:

„Mit Ihnen, wenn Sie wollten ..."

Sie ward plötzlich ernst, denn sie fühlte unter dem Scherz mit Verdruß das Beben des Geständnisses ... und so unterbrach sie ihn:

„Reden Sie keinen Unsinn!"

Das war noch kein formelles Nein. Er drängte:

„Aber ich meine es ganz ernst, ich denke an nichts anderes mehr!"

„Damit tun Sie Unrecht."

„Lieben Sie einen andern?"

Spi mag ihn so streng, daß er sich sofort schämte, sie verletzt zu haben und sich zugleich freute, zu wissen, daß kein Lebender all ihre Gedanken beherrschte. Ihr Blick ging jetzt in die Ferne, in jene Regionen, wo sie sich mit dem Glauben ihres Onkels überreden wollte, die Geisterbeten weiterleben, verschmolzen mit den Fluida der Astralwelt; sie antwortete:

„Ja ... ich liebe ... einen andern. Und ich werde mich nie verheiraten."

Mit bebender Stimme ging er nochmals zum Angriff vor:

„Auch nicht wenn Sie ein gutes Werk damit täten?"

Er glaubte endlich die empfindsame Saite berührt zu haben. Spi durchschaute instinktiv die Berechnung und warf so nervös hin, daß er völlig entmutigt war:

„Wenn man sich schon opfert, um sich zu opfern, dann tut man es besser für die Allgemeinheit!"

Da kam Paccaud mit der Suppe herein und sie setzten sich zu Tisch.

Eine dumpfe Fassungslosigkeit klang aus jedem Worte Spis, an der die flehenden Blicke Mougniers hingen. Er gab sich noch nicht geschlagen, wollte trotz allem noch hoffen, daß sie sich schließlich doch werde durch Ergebenheit und Takt erweichen lassen, daß er den ersten Eindruck in Vergessenheit bringen könnte und es ihm gelingen werde, sie zu überreden. Die Verlegenheit, die durch ihre Haltung (sie bedauerte die Brutalität ihrer ersten Regung) über der Tafelrunde schwebte, mußte die Liebenswürdigkeit des Onkels erst in einen bewaffneten Waffenstillstand verwandeln, bei dem sich Spi nervös in unaufhörlichem Reden gefiel und kaum etwas aß. Paccaud schalt sie und drohte mit dem Arzt:

„Du überanstrengst Dich!"

„Verzeih. Ich habe wieder einen furchtbaren Tag gehabt. Immer glaube ich mit meinen Entdeckungen am tiefsten Grund des Elends angelangt zu sein, und immer finde ich noch mehr Schmutz und noch mehr Trübsal. Zum Beispiel heute Nachmittag ..."

Sie erzählte die Geschichte von dem Abbé Contran und dem kleinen Janfreu.

„Und was mich besonders widerwärtig berührte, ist die Blindheit der Eltern und ihre Verlegenheit, die Hilfen auszumühen, die man ihnen gewährt, ohne nach der Ursache zu fragen: Wenn Ihr gesehen hättet, wie enttäuscht sie nach dem Geständnis des Kleinen waren, das war schon fast komisch; es fehlte nicht viel und sie hätten ihm gesagt: „Du Trottel, konntest Du das nicht für Dich behalten? Dadurch, daß Du uns zu Gegenwart von Zeugen davon erzählt hast, hast Du uns gezwungen, einen Skandal zu machen! Wovon sollen wir jetzt leben?"

„Einen Skandal?" fragte Mougnier, der schon fürchtete, Spi werde nutzlos in die peinliche Angelegenheit hineingezogen werden. „Ihr Abbé wird leugnen. Und das Hilfswerk, dem er angehört, wird sich gegen das Ihre verschwören und über Erpressung schreien. Am besten würde man den ganzen Schmutz begraben sein lassen ... und wenns möglich ist, ganz im Stillen Ihren neuen Schützling aus den Klauen dieser Herren retten! Ich kenne sie, sie sind mächtig. Ich habe sie in Lussac an der Arbeit gesehen ... Ihr Rekonvaleszentenheim für den Klerus Südfrankreichs war nur ein Korrektionshaus für mehr oder weniger kompromittierte Weltgeistliche, die die Bistümer für einige Zeit aus dem Verkehr ziehen wollten. Wissen Sie, was sie in ihrer Zurückgezogenheit taten? ... Sie organisierten im Einvernehmen mit der Gemeinschaft der katholischen Jugendvereine die Rekrutierung und die Erziehung derjenigen, die morgen gegen alle das kämpfen werden, was wir lieben ... Die Pädérasten unter ihnen sind noch weniger gefährlich als die Lehrer!"

„Was meinst du dazu, Pate? Ich kann mir nicht denken, daß es viele gibt, wie den Abbé Contran."

Er hatte seine Pfeife angezündet. Mougnier rauchte nicht, um Spis Beispiel zu folgen.

„Ich glaube", sprach Paccaud, „daß es unter dem Militär und dem schlichten Zivil ebensoviel Anormale gibt. Die geschlechtliche Perversität wird nach und nach etwas ganz Alltägliches. Gibts nicht heutzutage, auch ohne die tägliche nahe Berührung in den Internaten, Seminaren und Kasernen, ganz abgesehen von den Kolonialsitten, die dazu verlocken, eine ganze Kategorie von jungen Leuten aller Schichten, die sich diesen Praktiken als etwas ganz Natürlichem hingeben?"

„Das sind Entgleiste ... arme Irre!"

Mougnier lächelte. Spi empörte sich darüber.

„Aber ich teile ja Ihren Abscheu", protestierte er, „Ich denke nur, daß die Moral ein recht dehnbarer Begriff ist, ein Ergebnis der Zeit, des Klimas und der Sitten! Denn was uns ungeheuerlich erscheint, heißt eines der zivilisierten Völker der Welt für durchaus gestattet! Sokrates, der Lehrer des Alkibiades gab seinem Schüler nicht nur Philosophieunterricht ..."

„Natürlich!" gab Paccaud lachend zu. „Ebensowenig wie Sappho ihren Lesbierinnen! Mit diesem ... wie soll ich sagen ... einseitigen Kult der Schönheit und einer derartigen Auffassung von der Empfängnis wäre allerdings eine radikale Lösung des Fortpflanzungsproblems gefunden! Weitende! Mein Neomalthusianismus geht nicht so weit..."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290130-19/fragment/page=0011

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Die ersten Erfolge der Delitzscher Erwerbslosen

In der stattgefundenen Erwerbslosenversammlung gab der Erwerbslosenrat einen Bericht. Hierbei konnte festgestellt werden, daß der Zusammenschluß der Erwerbslosen einige Erfolge zu verzeichnen hat. Der Erwerbslosenrat hat bei dem Delitzscher Arbeitsamt vorgesprochen wegen Abstellung der herrschenden Mißstände. Hier wurde der Beseitigung der Uebelstände ohne weiteres stattgegeben.

Die Unterstützung soll nicht mehr in drei Stunden ausgezahlt werden, sondern in sechs. Der zweite Bürgermeister bewilligte die Forderung einer Wärmehalle. Weit interessanter verlief die Debatte im Stadtverordnetenkollegium über die eingereichten Forderungen der Erwerbslosen zwecks Bereitstellung von Nahrungsmitteln, Kohlen, Mietunterstützungen usw. Die KPD.-Fraktion hatte schon vor Weihnachten einen diesbezüglichen Antrag gestellt. Dieser wurde von den Bürgerlichen und der SPD.-Fraktion abgelehnt. Letztere lochten ihr eigenes Parteisüppchen und stellten einen Sonderantrag.

Die Erwerbslosen geißelten in der Versammlung das Verhalten der SPD.,

da die bewilligten Mittel völlig unzureichend sind. Obendrein sollen die Klein- und Sozialrentner ebenfalls von diesem Fonds Unterstützung erhalten. Allgemein war eine große Empörung über die Arbeit der SPD.-Fraktion im Stadtparlament. Protest wurde desgleichen gegen die neuen Schandbestimmungen des Erwerbslosengesetzes erhoben. Folgende Resolution wurde von den Erwerbslosen einstimmig angenommen:

„Die Erwerbslosen von Delitzsch protestieren entschieden gegen die neuen Schandbestimmungen des Erwerbslosengesetzes, die die übergroße Mehrheit der Erwerbslosen betreffen. Sie verurteilen das Verhalten der Vertreter der politischen Parteien im Reichstage, die diesem Betrug zustimmten und das Elend breiter Volksschichten vermehren."

Darauf beschlossen noch die Erwerbslosen, daß die nächste Versammlung sich mit dem Erwerbslosengesetz beschäftigt.

Organisiert Euch!

Wollt Ihr, daß das Geschrei Eurer Widersacher zur Wahrheit wird, daß man Euch Eure kläglichen Renten noch mehr verringern soll? Wenn nicht, dann setzt Euch zur Gegenwehr und schließt Euch zusammen im Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, denn nur Eure eigenen Interessenvertretungen können Hilfe bringen für das harte Los, das Euch Rentnern beschieden ist. Unerbittliche Kämpfe mußten stattfinden um jeden Pfennig Rentenerhöhung.

Wieder steht im Reichstag Eure Lebensgestaltung zur Beratung. Es wird von einer Kommission abhängen, die eingesetzt wurde, um zu prüfen ob Eure kläglichen Renten um einige Pfennige erhöht werden können. Wie die Entscheidung auch ausfallen möge, nehmt den Kampf auf, wenn Ihr nicht noch mehr hungern und darben wollt. Eine auskömmliche Rente ist möglich. Die Landesversicherungsanstalt hat fast wieder eine Milliarde Vermögen. Wenn Ihr nicht wollt, daß diese Gelder wieder für Völkermorden verwandt werden, dann kämpft für Eure Rechte und Interessen. Werdet nicht durch Gleichgültigkeit Verräter Eurer eigenen Interessen, sondern kämpft mit uns gemeinsam.

Wir gehören zusammen. Gleiche Not und gleiches Leid umschlingt uns. Darum erscheint alle in der am Anfang des nächsten Monats stattfindenden Versammlung im „Ratskeller" zu Mühlberg. Auskunft erteilt Kollege Alfred Zelle, Mühlberg, Kühnersee Nr. 21.

Mussolini-Methoden im Cosdorfer Gemeindeparlament

Vor kurzem wurden die Gemeindevertreter in Cosdorf zu einer öffentlichen Sitzung nach dem Lokal Dickel einberufen. Der neue Gemeindevorsteher Karl Hoppe hatte dieselbe angesetzt.

Nach Angabe des Großagrariers Abel wurde Hoppe in der letzten Sitzung durch Zuruf einstimmig gewählt. Das stimmt jedoch nicht. Hierzu ist noch nicht das letzte Wort gesprochen. Den Hoppe hat nur Abel gewählt.

Die letzte Sitzung eröffnete Hoppe mit folgenden Worten: „Meine Herren, wir beginnen mit unserer Sitzung und begeben uns in die kleine Stube. Nicht wahr, Herr Abel? Auf diese Rede entwortete sofort ein kommunistischer Gemeindevertreter. Denn Hoppe bezweckte mit dem Rückzug in das Hinterzimmer, das viel zu klein ist, die Oeffentlichkeit von der Gemeindevertretersitzung auszuschließen. Sofort brüllte der Hoppe: „Wer ist Gemeindevorsteher, ich oder Sie?" Darauf erhielt er eine Antwort in gebührender Weise. Redensarten fielen: „Sie junger Mann".

Hoppe und Abel sei darauf geantwortet, daß der Verstand nicht im Alter, sondern im Kopfe sitzt.

In letzter Zeit haben die Einwohner an den Gemeindevertreter-Sitzungen sehr reges Interesse bewiesen. Das wird in Zukunft noch steigen, dafür sorgen die Kommunisten schon. Nach vielem Gezank legte der Gemeindevorsteher wieder los mit den Worten: „Meine Herren wir beginnen doch mit unserer Sitzung, nach einem geht's ja nicht. Nicht wahr, Herr Abel?" Sofort erscholl eine Stimme aus dem Hintergrunde: „Jawohl, Herr Hoppe."

Der „Neue" wollte verbieten, daß Zuhörer an der Sitzung teilnahmen. Darauf entstand wiederum eine heftige Debatte mit dem Erfolg, daß der „Neue" die Sitzung schloß. Höchstens zehn Minuten hatte dieselbe gedauert. Fluchtartig verließen Hoppe und Abel das Lokal und im Eiltempo rasten sie in ihr Bo[illegible] Sitzung bis spät in die Nacht abgehalten wurde.

Ein Kommunist, der sich an die Gemeindeverw[illegible] hatte den bürgerlichen Herrschaften den Gar[illegible]

Wir sind gespannt, wann die nächste Sitzung ein[illegible] und ob dieselbe wieder unter Ausschluß der Oeffentlich[illegible] soll. Auf keinen Fall werden dies die Arbeitervertre[illegible] Diese werden den Bürgerlichen schon den Marsch bl[illegible] wahr, Herr Hoppe und Abel?

Torgau. Ein Einbrecher vom Zuge erfaß[illegible] sach vorbestrafte Ein- und Ausbrecher Steglitz aus Berlin[illegible] dem Bahnhof Klitzschen eingebrochen und hatte sich ein[illegible] räten von Bier und Schnaps gütlich getan. In betrun[illegible] stande wanderte er dann die Bahngleise entlang. Zwi[illegible] von einem Zuge erfaßt und schwer verletzt. Er wurde [illegible] suchungsgefangener in das Torgauer Krankenhaus ge[illegible]

Bitterfeld-Wittenberg

Achtung! Achtung!

Erwerbslose des Kreises Wittenberg!

Am Sonntag, dem 3. Februar, vormittags 10 Uhr, findet in Wittenberg im Gewerkschaftshaus eine Kreiserwerbslosenkonferenz des Kreises Wittenberg statt. Alle Arbeitslosenausschüsse des Kreises müssen dort vertreten sein.

Prov.-Bezirks-Erwerbslosenausschuß.

Mißstände auf dem Bitterfelder Arbeitsamt

Trotz Verstärkung des Beamtenapparates auf dem Arbeitsamt, müssen die Erwerbslosen zwei bis vier Wochen warten, ehe sie Unterstützung erhalten. Es ist sogar vorgekommen, daß Erwerbslose, die nach langem Warten sich nach ihrem Antrag erkundigten, die Antwort bekamen, daß derselbe nicht mehr vorzufinden sei. Erneut mußten sie einen Antrag stellen.

Somit tritt der traurige Zustand bei den Arbeitslosen ein, daß sie mehrere Wochen ohne Bargeld sind und in den meisten Fällen Wohlfahrtsunterstützung von den Kommunen beziehen müssen. So hat man jetzt bei der Krisen- oder Sonderunterstützung den Arbeitslosen die Sonderanträge wieder ausgehändigt. Viele Erwerbslose mußten mit der letzten Zahlung der Unterstützung nach Hause gehen, da über den Sonderantrag noch nicht entschieden war.

Warum hat man die Sonderanträge nicht früher ausgehändigt?

Die Arbeitslosen fühlen in diesem Jahre zum ersten Male die Auswirkung des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes und seiner Sonderbestimmungen, die mit Hilfe der SPD. zustande kamen. Gegen diese Machinationen der Arbeitsamtsbureaukratie muß protestiert werden. Die Erwerbslosen, die dem Bitterfelder Arbeitsamt angehören, haben die Aufgabe, sich örtlich zusammenzuschließen und Erwerbslosenausschüsse zu wählen.

Je stärker die Konzentration der Arbeitslosen wird, umso stärker ist auch ihr Druck. Wehrt Euch gegen die Mißwirtschaft auf dem Arbeitsamt und gegen die schlechten Unterstützungsbedingungen.

Bitterfeld. Achtung, Freidenker! Die am Donnerstag, dem 31. Januar, angesetzte Freidenkermitgliederversammlung fällt aus. Alle Genossen, die Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes sind, gehen zur Generalversammlung der Fabrikarbeiter, abends 6 Uhr im „Volkshaus" zu Bitterfeld. Die Mitgliederversammlung der Freidenker findet Donnerstag, den 7. Februar, im „Volkshaus", abends 8 Uhr, statt.

Roitzsch. Endlich einen Rektor. Nach zehn Monaten ist es nunmehr dem Amtschimmel gelungen, einen Rektor für die hiesige Volksschule zu beschaffen. Von etwa sechs sozialdemokratischen Bewerbern ging der Rektor Fuchs durchs Ziel. Bisher war er in Zschornewitz tätig. Nachteiliges über ihn ist nicht bekannt geworden. Die werktätige Bevölkerung erwartet von ihm, daß er einen freiheitlichen Geist der hiesigen Schule einzuflößen vermag. Ueber seine erste Haltung ist die Einwohnerschaft allgemein erfreut. Er hat abgelehnt die Küsterstelle, die bisher mit der Rektorstelle verbunden war, zu übernehmen. Die Kirche wird sich vorläufig mit dem pensionierten Rektor als Organisten zufrieden geben müssen. Wie es später wird, darüber mag sich der Seelenhirte ruhig den Kopf zerbrechen. Somit hat er wenigstens eine Beschäftigung, denn an Arbeitsüberlastung leidet er bestimmt nicht.

Ramsin. Kriegspolitik in Arbeitervereinen. Momentan finden überall Maskenbälle statt. Die neuesten Schlager werden prämiert. So im Turnverein eine Maske als [illegible] Der Reichsbund für Kriegsbeschädigte und Hinterbl[illegible] mierte das Luftschiff „Graf Zeppelin". Vielleicht wird [illegible] der nächsten Maskenbälle der Panzerkreuzer prämiert. [illegible] Mitteln versucht man die Arbeiterschaft für die Zw[illegible] deutschen Imperialismus zugänglich zu machen. Bilde[illegible] die Arbeiter für kapitalistische Profitinteressen als Kan[illegible] dienen. Hiergegen ist energisch Front zu machen. Die [illegible] werktätige Bevölkerung muß erkennen, daß die Polit[illegible] Deutschnationalen bis herab zur Sozialdemokratie, eine [illegible] feindliche ist. Die Invaliden, die dem Reichsbund [illegible] müssen gegen derartige Vorkommnisse energisch protes[illegible] dieser Organisation den Rücken kehren. Denkt an die [illegible] Krieges. Tretet ein in den IVB. und helft dort mit, [illegible] aufzuklären.

Holzweißig. Aus der Haft entlassen. Die Ehe[illegible] Elektrikers Ernst, die im Verdacht stand, einen Mord[illegible] ihrem Gatten unternommen zu haben, wurde aus der [illegible] lassen, weil sich bei den weiteren Untersuchungen die Sch[illegible] ergab. Die Schwester der Frau Ernst, Käthe Benich, [illegible] Untersuchungshaft nach dem Krankenhaus übergeführt, [illegible] krank ist. Auch ihre Schuldlosigkeit ist erwiesen.

Piesteritz. Achtung, Zellengruppe. Die [illegible] woch, den 30. Januar, angesetzte Mitgliederversammlung [illegible] technischen Gründen etwa eine Woche verschoben werden. D[illegible] ladung der Mitglieder erfolgt sofort nach Festlegung des T[illegible]

Die Stadtleitung.

Rundfunk-Programm

Donnerstag, den 31. Januar

12 Uhr: Schallplattenkonzert. 14.15 Uhr: Bücherbesprechung der Stadtbibliothek Dresden: Anglistik. 15 Uhr: Freimeldungen. 16.30 Uhr: 17.45 Uhr: Funkwetterbeobachtung. 18.00 Uhr: Steuerratschläge. [illegible] vorausage und Zeitungsdienst. 18.30 bis 18.55 Uhr: Spanisch für Anfänger (Deutsche Welle, Berlin.) 19 Uhr: „Der konkurrenzbetriebliche Ge[illegible] 19.30 Uhr: „Die Förderung des Eislaufs durch Kunstbauten". [illegible] italienischen Opern. 21.15 Uhr: Märsche und Walzer. 22 Uhr: [illegible] 22.40 Uhr: Arbeitsnachweis, Schneebericht, Wettervoraussage, Wetter[illegible] Sportfunk. Anschließend: Uebertragung der Tanzmusik vom Zoo[illegible]

Freitag, den 1. Februar

12 Uhr: Schallplattenkonzert. 13 Uhr: Freimeldungen. 15.15 Uhr: [illegible] Frauenfunk mit Funkwerkerin. 16.30 Uhr: Alte Hausmusik. Um 17.30 Uhr Uebertragung auf den Deutschlandsender.) 17.45 Uhr: Funkwetter[illegible] 18.05 Uhr: Sozialversicherungs-Rundfunk. 18.20 Uhr: Wettervoraussage [illegible] angabe. 18.30 bis 18.55 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene. (Deutsche Welle.) 19 Uhr: „Das Britische Weltreich." IV. 19.30 Uhr: [illegible] englischen Schriftstums auf das deutsche im 19. Jahrhundert. II. [illegible] berne lieder im Rotkostüm. 21 Uhr: Alte und neue Klavier[illegible] Klaviersonate 22 Uhr: Arbeitsnachweis, Schneebericht, Wetterbericht und Sportfunk. Tanzmusik: Fortsetzung. Anschließend: Tanz[illegible]

Verantwortlich: Max Lademann, M. d. L., Halle a. d. S., für [illegible] Wirtschaft: Erich Behnke, Halle a. d. S., für Lokales und Sachsen; [illegible] Kühn, Merseburg, für Provinz (Merseburg, Weißenfels, Mansfeld, Sachsen) und Sport; Arthur Lelling, Halle a. d. S., für Provinz (Merseburg, Halle, Delitzsch, Torgau), Marianne Gundermann, Halle a. d. S., für [illegible] Bernhard Koenen, Merseburg, für Gewerkschaften und für den Bezirk; [illegible] Fritz Kraft, Halle a. d. S., für den Verlag. Anzeigenleiter: [illegible]

Werbt für den „Klassenkam[illegible]

Amol hilft bei Rheuma, Ischias, Neuralgie, Nervenschmerzen, Kopfschmerzen, Menstruationsbeschwerden. Apotheken u. Drogerien

Versammlungen der KPD.

Stadtorganisation Halle

Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen! Der Kommunistische Jugend-Verband, Gruppe Welten, lädt Euch zu nachstehenden Veranstaltungen herzlich ein:

Freitag, 1. Februar, 20 Uhr, Produktiv-Genossenschaft, Pr.-Genossenschaftsstr. 14. Thema: Was will der Kommunistische Jugendverband.

Freitag, 8. Februar, 20 Uhr, Produktiv-Genossenschaft, Drackenstedtstr. 14, Thema: Die Rolle des KJVD. im Befreiungskampf des Proletariats.

KJVD. Halle, Gruppe Welten.

Stadtteil Süden. Donnerstag, 31. Januar, 20 Uhr, bei Lose Stadtteilleitungssitzung. Sämtliche Zellen- und Straßenzellen-Kassierer müssen unbedingt an der Kassierer-Konferenz im „Volkspark" teilnehmen.

Mötzlich, Kassierer-Konferenz! Donnerstag, 31. Januar, 20 Uhr, im „Volkspark". Alle Zellenkassierer müssen anwesend sein. Referent Genosse Sämisch.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Diemitz. Donnerstag, 31. Januar, 20 Uhr, im Lokal „Tölauer Heide" öffentliche Einwohnerversammlung. Referent Genosse Nolle.

Diemitz. Donnerstag, 31. Januar, 20 Uhr, im „Geselligkeitshaus" Mitgliederversammlung.

Kietzscheben. Freitag, 1. Februar, 20 Uhr, in der „Sonne" Mitgliederversammlung.

Beesenlaublingen. Freitag, 1. Februar, 20 Uhr, im Lokal Jach, Beesdau, Fortsetzung des Kursus. Referent Genosse Berling.

Wettin. Freitag, 1. Februar, 19 Uhr, im „Kleinen Schweizerling". Erwerbslosenversammlung. Referent Genosse Lüdtke.

Lettin. Freitag, 1. Februar, 20 Uhr, in der „Erholung" gemeinsame Mitgliederversammlung der Partei und des RJB.

Die für Freitag, 1. Februar, angesetzte Unterbezirksleitungssitzung fällt aus.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Kötzschen. Freitag, 1. Februar, 20 Uhr, im Lokal Lindner 999-Feier. Referent Genosse Dölzig.

Unterbezirk Merseburg-Naumburg-Zeitz

Roßleben. Freitag, 1. Februar, 20 Uhr, im „Deutschen Haus" Mitgliederversammlung. Referent Genosse Schröter, M. d. R.

Zeitz. Freitag, 1. Februar, 20 Uhr, in der „Händlerbörse" allgemeine Mitgliederversammlung. Referent Genosse Gutjahr.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Achtung, Zellengruppe Piesteritz. Die für Mittwoch, 30. Januar, angesetzte Mitgliederversammlung muß aus technischen Gründen etwa eine Woche verschoben werden. Die Einladung der Mitglieder erfolgt sofort nach Festlegung des Termins.

Zahna. Donnerstag, 31. Januar, 20 Uhr, im Parteilokal Mitgliederversammlung. Referent Genosse Berner.

Golpa-Zscherndorf. Donnerstag, 31. Januar, 20 Uhr, im Café „Sport" kombinierte Sitzung. KPD., RGO., RJB., KJVD., alles muß erscheinen. Wichtige Tagesordnung.

Unterbezirk Zeitzkreis

Gützkreis. Freitag 1. Februar, 20 Uhr, Fortsetzung des Kursus. Referent Gen. Baumgärtel.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Belgern. Donnerstag, 31. Januar, 13 Uhr, Erwerbslosenversammlung. 20 Uhr öffentliche Einwohnerversammlung. Referent Genosse C. König.

Sonntag, 3. Februar, 9 Uhr, in Falkenberg im „Gesellschaftshaus" Sitzung der Unterbezirksleitung und der Arbeitsgebietsleiter. Referent Genosse Baumgärtel.

U.-B. Bodwitz. Die für Sonntag, 3. Februar angesetzte Kommunalkonferenz muß wegen der Unterbezirksleitungssitzung verschoben werden. Späterer Termin wird bekanntgegeben.

Elsterwerda. Freitag, 2. Februar, 18 Uhr, Erwerbslosenversammlung. Referent Genosse Schlag, M. d. L.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Presse: Max Gentsch, Halle a. d. S., Pfännerstraße 2. Hof 2 Treppen

Mitteilung der Gauführung. Die Nummern der Mitgliedbücher 31 551 und 40 350 sind gesperrt. Diesen Mitgliedern sind Duplikatsmitgliedbücher von der Gauführung auszustellen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Alle Kameraden müssen sich freihalten zur Generalversammlung am Freitag, dem 1. Februar, 20 Uhr im „Volkspark". Sämtliche Abteilungen haben Punkt 7 Uhr auf dem Paradeplatz, der geschlossene Spielmannszug um 7 Uhr ebenfalls da. Alles erscheint in Bundesfestkleidung.

Halle, 5. Abt. (Norden). Freitag, den 1. Februar, 19.30 Uhr, Antreten Wettiner Platz. Alle Kameraden müssen erscheinen.

Halle, Geschlossener Spielmannszug. Heute, Mittwoch, 19.30 Uhr, Antreten zum Üben bei Wöpel, Unterberg.

Halle, 3. Abt. Gemeinsame Verkaufsbesprechung mit Kameradschaftsführung Sonntag, den 3. Februar, vorm. 11 Uhr, bei Wöpel.

Halle, 3. Abt., 14. Kameradschaft. Sonntag, den 3. Februar, Generalversammlung 4 Uhr. Kameraden müssen unbedingt haben einzutreten.

Ammendorf. Donnerstag, 31. Januar, 20 Uhr, im „Burgschlößchen" große Funktionärsitzung.

Ammendorf. Freitag, den 1. Februar, abends 8 Uhr, D. D. g. schäft. Kameradschaftsversammlung im „Burgschlößchen" Mitgliederversammlung. Vortrag: Wie verhalte ich mich vor Gericht? Jeder Kamerad hat zu erscheinen.

Cösern. Freitag, den 1. Februar, 20 Uhr, bei Wenkel Uebungsstunde. Alle Spieler müssen unbedingt erscheinen.

Lettin. Freitag, 1. Februar, 20 Uhr, Kameradschaftsversammlung im Gasthof „Erholung".

Dieskau. Freitag, 1. Februar, 20 Uhr, bei Ziegler Monatsversammlung.

Unterbezirk Merseburg

Kötschen-Benna. Donnerstag, 31. Januar, 19 Uhr, bei Kamerad Zäjsch Uebungsstunde. Alle Spielleute haben zu erscheinen.

Kötschen-Benna. Sonnabend, 2. Februar, 20 Uhr, Kamerad Zäjsch, Bildungsabend. Alle KJVD.-Genossen haben zu erscheinen.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Freitag, 1. Februar, 20 Uhr, gemeinsame Versammlung des RJB. und der KPD. im „Germanenkeller". Alle Gruppenführer haben ein

Unterbezirk Naumburg

Roßleben. Freitag, 1. Februar, 20 Uhr, im Lokal Müller Mitgliederversammlung gemeinsam mit KPD. Ref.: Gen. Hans Schröter, M. d. R. Teilnahme ist Pflicht seines jeden Kameraden.

Unterbezirk Zeitz

Zeitz. Donnerstag, 31. Jan., 20 Uhr, in der „Kaffeeschänke" Untergauführersitzung.

Unterbezirk Wittenberg

Arnsburg. Freitag, 1. Februar, und Sonnabend, 2. Februar, läuft der russische Film „Die Liebe der Jeanne Ney" Genossen und Kameraden, erscheint in Massen!

Unterbezirk Zeitzkreis

Deutzisch. Freitag, 1. Februar, im „Linkenhof" Pflichtversammlung sämtlicher Funktionäre und Gruppenführer. Vortrag: Reformistische oder revolutionäre Streikausführung. Alle anderen Kameraden können daran teilnehmen. Referent angesagt.

Deutzisch. Sämtliche Gruppenführer haben die Januar-Abrechnung bis zum 2. Februar beim Kassierer zu erledigen.

Rote Jungfront Halle-Merseburg

Halle, Abt. 1. Donnerstag, 31. Januar, 20 Uhr, Schulungsabend „Das Reichsbanner" im „Neuhäuser" Kreismelder Straße. Referent Kamerad Harpke.

Halle, Abt. 2. Donnerstag, 31. Januar, 20 Uhr, Schulungsabend „Das Reichsbanner" im „Thüringer Schlaßhof". Funktionäre eine Stunde früher. Referent Kam. Wünschel, Berlin.

Halle, Abt. 3. Donnerstag, 31. Januar, 20 Uhr, Schulungsabend der Funktionäre über „Das Reichsbanner" bei Polzin. Referent Kamerad Dietrich.

Halle, Abt. 4. Donnerstag, 31. Januar, 20 Uhr, im „Volkspark" Abteilungsversammlung (Dichtbüchervertrieb). Funktionäre laden alle Kameraden ein und sorgen für restlosen Erscheinen.

Halle, Abt. 5. Donnerstag, 31. Januar, 20 Uhr, Funktionärsitzung in der „Goldenen Aexte".

Naumburg. Freitag, 1. Februar, 20 Uhr, im „Gelbenen Stiefel" wichtige Mitgliederversammlung. Referent der Gauführung ist anwesend.

Delitzsch. Donnerstag, 31. Januar, 20 Uhr, Jungfrontversammlung im „Lindenhof". Funktionäre und Gruppenführer treffen sich eine Stunde früher.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Halle. Donnerstag, 31. Januar, 20 Uhr, im „Volkspark" wichtige Funktionärinnen-Thema: Bundesgründungsfeier und „Kampagne 8 IV." [illegible] und starke Beteiligung erbeten!

Halle. Die Vorbereitungskommission zur Bundesgründungsfeier muß am Freitag, 31. Januar, 20 Uhr, zahlen zur Stelle sein.

Ammendorf. Freitag, 20 Uhr, treffen sich alle Genossinnen im „Burgschlößchen" einem Vortrag. Ferner beteiligen sich alle Genossinnen am Mittwoch [illegible] der Vorbereitung des Genossen Eisel.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg

Jugendsekretariat Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße [illegible]

Fernsprech-Nummer 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. „Junge Garde" im Bureau abholen.

Halle. Donnerstag Gruppenkassierer im Bureau Kassenbunde.

Halle. Donnerstag Bibliotheksstunde von 19 bis 20 Uhr in der „Kolbe".

Halle, Gruppe Welten. Freitag, 20 Uhr, in der Produktivgenossenschaft [illegible] **Lieber Gruppenabend. Thema: „Was will der KJVD."** Genosse Fritz. **Jahreschaftsführer neue „Junge Garde" beim Kassieren.**

Mötzlich abrechnen.

Halle, Gruppe Werden. **Freitag, 1. Februar, 20 Uhr, im „Volkspark" wichtige Mitgliederversammlung. Alle Mitglieder müssen erscheinen.**

Könnern. Donnerstag, 20 Uhr, im „Bürgergarten" Gruppenabend.

Bund der Freunde der J[illegible]

Sonntag, 3. Februar, finden in den nachstehend aufgeführten Unterbezirken Bezirksfaltlerer-Konferenzen statt, zu denen jede Ortsgruppe ihre Kassierer senden muß. Die Tagesordnung ist durch Kassierbriefe bekanntgegeben.

Unterbezirk Mansfeld. Sonntag, 3. Februar, 9 Uhr im „Volksbaus" Eisleben. Dazu haben folgende Ortsgruppen ihren Kassierer zu entsenden: Hettstedt, Leutschenthal, Eisleben, Hettstedt, Schlaitzlau, Oberröblingen am See.

Unterbezirk Sangerhausen-Roßbach. Sonntag, 3. Februar, 9 Uhr, in „Kolbe" zu entsenden: Sangerhausen, Leiblra, Rieleben, Helbrungen, Roßbach, Oberröblingen (Helme), Artern.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda. Sonntag, 3. Februar, 9 Uhr, in Torgau werden im Café Fuchs, Mückenberger Straße (nicht wie im Kassierbrief angegeben in der „Quelle"). Dazu haben folgende Ortsgruppen ihren Kassierer zu entsenden: Elsterwerda, Hohenleipisch, Mühlberg a. E., Domnitzsch, Fichtenberg.

Unterbezirk Bitterfeld. Sonntag, 3. Februar, 9 Uhr in Bitterfeld im „Feldschlößchen". Dazu haben folgende Ortsgruppen ihren Kassierer zu entsenden: Ellenburg, Wolfen, Zörbig, Ramsin, Delitzsch, Holzweißig, Piesteritz und Niemegk.

Bitterfeld. Freitag, 1. Februar, 20 Uhr, im „Hohenzollernport" Filmvortrag „10 Tage, die die Welt erschütterten".

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung, Halle-Merseburg

Halle a. d. Saale, Lerchenfeldstraße [illegible]

Ammendorf. Donnerstag, 31. Januar, 16½ Uhr, Lehrgangsstunde.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit

Delitzsch. Freitag, 1. Februar, 4½0 Uhr, in der Gemeindeschenke wichtige Mitgliederversammlung. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290130-19/fragment/page=0012